

PATENTBERATUNGSSTELLEN IN ÖSTERREICH

ENDBERICHT

HELMUT GASSLER, BRIGITTE ECKER, SUSANNE
MEYER, JULIA SCHMIDMAYER, FRANZISKA
STEYER

APRIL 2010

PATENTBERATUNGSSTELLEN IN ÖSTERREICH

ENDBERICHT

*Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie
und Jugend*

HELMUT GASSLER, BRIGITTE ECKER, SUSANNE
MEYER, JULIA SCHMIDMAYER, FRANZISKA
STEYER

Wien, April 2010

Projekt No. RTW.2008.AF.014-01

JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH
Institut für Technologie- und Regionalpolitik (InTeReg)
Haus der Forschung, Sensengasse 1, 1090 Wien
Tel. +43-1-581 75 20 und

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG/ PROBLEMSTELLUNG.....	4
2	ZUR ROLLE VON PATENTEN IM BETRIEBLICHEN INNOVATIONSPROZESS	6
3	MODUL 1: ANALYSE DES ANGEBOTS AN PATENTBERATUNG IN ÖSTERREICH.....	10
3.1.	Private Beratungsangebote	10
3.2.	Öffentliche Beratungsangebote	17
3.2.1	Angebote für den Hochschulsektor	20
3.2.2	Patentinformationsangebot des Österreichischen Patentamts	33
3.2.3	Innovatives-unternehmen.at	39
3.2.4	Einschlägige Beratungsangebote der Bundesländer	44
3.2.5	go international	48
3.2.6	OPEV	51
3.2.7	Enterprise Europe Network (EEN).....	53
4	MODUL 2: ANALYSE UND ASSESSMENT DES AWS-PROGRAMMS IPP (INNOVATIONSSCHUTZPROGRAMM)	58
4.1.	Zur Motivation des Programms IPP in Österreich.....	58
4.1.1	Die strategische Bedeutung der Schwellenländer China, Indien und Russland .	59
4.1.2	IPR-Schutzprogramme im internationalen Kontext	61
4.2.	Ziel und Inhalt des Programms IPP.....	69
4.3.	Assessment des Programms IPP.....	70
4.3.1	Positionierung des Programms IPP innerhalb des IPR-Programmportfolios der aws.....	71
4.3.2	Erfolgsnachweis anhand ausgewählter Leistungsindikatoren	72
4.3.3	Erfolgsnachweis anhand von Erfahrungen seitens der Fördernehmer	78
5	SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	80
6	LITERATURVERZEICHNIS	83

1 Einleitung/ Problemstellung

Geistige Eigentumsrechte und deren Schutz sind in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Faktor in der technologiepolitischen Diskussion geworden. In einer Zeit, in der Innovation zum wesentlichen Element der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit geworden ist, kommt dem nachhaltigen Schutz der Ergebnisse unternehmerischer Innovationsprozesse naturgemäß eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Durch die zunehmende Internationalisierung – nicht zuletzt abzulesen an den stark gestiegenen Exportquoten Österreich, der aktiven Internationalisierung durch Gründung von Auslandstöchtern, in denen auch in zunehmenden Ausmaß wiederum F&E-Aktivitäten durchgeführt werden sowie der zunehmenden Anzahl von im Ausland getätigten Patentanmeldungen – wird die Durchsetzung des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten immer schwieriger und gleichzeitig aber zu einer wichtigen Komponente im Rahmen der Innovationsstrategien von Unternehmen. Dies umso mehr als die innovatorische Kompetenz und der „Innovationsvorsprung“ vor allem gegenüber Konkurrenten aus sogenannten Schwellenländern, die ja erhebliche Lohnkostenvorteile im Vergleich zu österreichischen Unternehmen aufweisen, eine zentrale Komponente der Wettbewerbsfähigkeit darstellt. Durch diese zunehmende Internationalisierung müssen neben dem österreichischen Patentsystem zusätzlich auch supranationale (z.B. Europäisches Patentamt) bzw. ausländische nationale Patentämter berücksichtigt werden. Daraus resultiert ein gestiegenes Informationsbedürfnis in Bezug auf rechtliche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten in den jeweiligen Systemen.

In diesem komplexen Prozess des Schutzes geistiger Eigentumsrechte werden vor allem auch Klein- und Mittelunternehmen (KMU) aufgrund ihrer beschränkten finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen vor großen Herausforderungen gestellt. Dazu kommt, dass KMU generell ein Informationsdefizit in diesem Bereich aufweisen, was nicht zuletzt dazu geführt hat, dass die Neigung, vorhandene Innovationen patentrechtlich zu schützen, bei KMU tendenziell geringer ist als bei großen Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) die vorliegende Studie beauftragt, die sich zum Ziel setzt, die in Österreich vorhandenen öffentlichen (und in groben Zügen auch die privatwirtschaftlich angebotenen) Beratungsleistungen zum Thema Patentwesen und Schutz von geistigen Eigentumsrechten darzustellen. Ausgangspunkt der Studie ist die Erkenntnis, dass die Patentierung von Erfindungen und die Durchsetzung des Schutzes von den daraus resultierenden geistigen Eigentumsrechten ein mehrdimensionaler Prozess ist, der – neben finanziellen und zeitlichen Ressourcen – auch eine differenzierte Kenntnis der vielfältigen Aspekte der jeweiligen Patentsysteme bedarf. Diese Art von Ressourcen und Kenntnissen sind vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen oft nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Dieses spezifische Informationsdefizit rechtfertigt dann auch ein entsprechendes Beratungsangebot von Seiten der öffentlichen Hand.

Die Darstellung dieser Beratungsleistungen ist im Rahmen der Studie in zwei Module gegliedert. Modul 1 gibt einen Überblick über Patentberatungseinrichtungen in Österreich, wobei neben öffentlichen Angeboten auch ausgewählte private Beratungsleistungen kurz charakteri-

siert werden. Im Modul 2 werden dann konkrete Beratungsleistungen, die innerhalb der aws (austria wirtschaftsservice) angeboten werden, nämlich im Rahmen des Programms IPP (Innovationsschutzprogramm) analysiert und einem Assessment unterzogen. Das IPP ist ein Förderprogramm, das sich speziell an die Bedürfnisse und Anforderungen von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Anmeldung und Durchsetzung geistigen Eigentums in Schwellenländern („emerging economies“) mit Schwerpunkt China und Indien richtet.

Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung und wesentlichen Schlussfolgerungen aus der Analyse des vorhandenen Beratungsangebots.

2 Zur Rolle von Patenten im betrieblichen Innovationsprozess

Ein Patent ist eine territorial, sachlich und zeitlich begrenzte, geschützte technische Erfindung. Für die Erteilung eines Patentrechtes gelten folgende Kriterien, die in allen Industriestaaten gleichermaßen anerkannt sind (Oppenländer, 1984, Scholz und Schmalholz 1984, Evenson 1990)¹:

- **Neuheit:** Patentrechtlich ist eine Erfindung dann neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik zählt. Wichtigstes Kriterium für die Neuheit einer Erfindung ist, dass zum Zeitpunkt der Patentanmeldung weltweit keine Veröffentlichung vorliegt, die den Gegenstand der Erfindung bereits vorwegnimmt (sogenannte "neuheitsschädliche Veröffentlichungen").
- **Erfinderische Tätigkeit:** Nach Oppenländer kann erfinderische Tätigkeit folgendermaßen definiert werden: "...es muss sich um eine Erfindung handeln, d.h. eine Regel für technisches Handeln darstellen, die technisch schöpferisch, ausführbar und wiederholbar ist" (Oppenländer 1984, 51f). Der Begriff "Technik" ist in einem umfassenden Sinn zu verstehen: "Eine Aufgabenstellung ist im patentrechtlichen Sinn immer dann 'technisch', wenn zu ihrer Lösung die Benützung der Naturkräfte notwendig ist, auf deren Beherrschung die Technik im weitesten Sinn abzielt" (Gräser 1987, 9).
- **Gewerbliche Anwendbarkeit:** Mit gewerblicher Anwendbarkeit ist gefordert, "dass die Erfindung die Entfaltung einer solchen Tätigkeit (Technik) zulassen muss, welche die äußeren, 'bildhaften' Merkmale berufsmäßiger Beschäftigung erfüllt." (Gräser 1987, 10).

Ein Patent gewährt dem Erfinder somit ein zeitlich und räumlich begrenztes Verwertungsmonopol über eine technische Erfindung, es stellt daher ein exklusives Dispositionsrecht für neues technisch-gewerbliches Wissen dar. Im Gegenzug muss der Patentanmelder eine detaillierte Beschreibung seiner Erfindung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Dies wird auch deutlich bei der Übersetzung des lateinischen Wortes "patere": es bedeutet nämlich offenlegen und nicht schützen! Damit ergeben sich die zwei Hauptfunktionen von Patenten:

- die Schutzfunktion und
- die Informationsfunktion

¹ Anzumerken ist jedoch, dass es im Detail durchaus erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Patentfähigkeit von Erfindungen gibt. Bestes Beispiel hierfür ist Software, die in den USA patentierbar ist, während sich in Europa die Situation der Patentfähigkeit von Software wesentlich komplexer darstellt und Gegenstand kontrovers geführter Diskussionen und Verhandlungen ist (siehe Blind et al., 2005).

Die *Schutzfunktion* hat die Aufgabe, den Erfinder vor einer unerlaubten Nachahmung zu schützen und dadurch zu verhindern, dass ein "Imitator" die - oft sehr hohen - Entwicklungskosten spart und dadurch einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil bei der Vermarktung der Erfindung hat. Ohne diese Schutzfunktion verringert sich der Anreiz für Inventions- bzw. Innovationsprojekten, da die Entwicklungskosten nicht requiriert werden können:

"Without this [patent, der Verfasser] protection, imitators could use the invention without incurring these costs and, by implication, would be placed in an advantageous competitive position. The incentive to undertake inventive activity would therefore be seriously reduced in the absence of the patent system and the level of such activity would be sub-optimal from a social welfare point of view" (Bosworth und Wilson 1989, 197).

Durch das zeitlich begrenzte Monopol, das der Patentschutz gewährt, verringert sich also das Verwertungsrisiko. Der Erfinder ist vor potentiellen ungerechtfertigten Nachahmern geschützt und erhält dadurch Anreiz zu Folgeinvestitionen, die unter Umständen notwendig sind, um die Erfindung auf dem Markt auch ökonomisch verwerten zu können, also den Innovationsprozess zu beenden, d.h. die Erfindung bis zur potentiellen Marktreife und kommerziellen Verwertung weiterzuentwickeln.

Die *Informationsfunktion* ergibt sich aus der Tatsache, dass der Erfinder verpflichtet ist, im Austausch zum erhaltenen Monopol auf seine Erfindung eine detaillierte technische Beschreibung dieser Erfindung, die vom Patentamt veröffentlicht wird und somit jedem zugänglich ist, zu liefern. Diese Informationsfunktion von Patenten wird für den Wirtschaftsprozess zunehmend wichtig (vgl. Oppenländer 1984). Die Bedeutung der Informationsfunktion der Patente wird an einem Zitat des Frascati-Handbuchs der OECD deutlich:

"..they [Patente, der Verfasser] offer a unique store of information on recent technology - some experts believe that about 80 per cent of the information on technology constituted by patents can be found nowhere else, not even in technical reviews or other specialist documentation." (OECD 1980, 134f).

Patente sind also per definitionem das direkte Ergebnis des Inventionsprozesses, bzw. spezifischer jener Inventionen, von denen erwartet wird, dass sie kommerziellen Nutzen bringen. Da der Prozess der Erlangung eines Patentschutzes Zeit und Kosten erfordert, kann angenommen werden, dass ein ökonomisches Verwertungsinteresse dieses neuen technischen Wissens besteht. Daher kann davon ausgegangen werden, dass üblicherweise die Erfinder jene Ergebnisse zum Patent anmelden, denen sie entsprechende Bedeutung zumessen, d.h. sie erwarten, dass die potentiellen Erträge des Patentschutzes die entstehenden Aufwendungen kompensieren (neben den direkten Einnahmen aus der Verwertung der mit dem Patentschutz verbundenen zeitlich beschränkten Monopolansprüche ist auch der indirekte Nutzen aufgrund der 'Ausschließung' potentieller Konkurrenten von einem Technologiegebiet zu berücksichtigen bzw. ist dieser indirekte Nutzen unter Umständen höher als der direkte).

Insgesamt wird dem Patentsystem durch das Zusammenspiel von Schutz- und Informationsfunktion eine wesentliche Anreizfunktion für das Hervorbringen neuen technischen Wissens zugesprochen.

Patente spielen daher im betrieblichen Innovationsprozess oft eine zentrale Rolle:

- Der Schutz geistigen Eigentums für eine Erfindung bietet ein temporäres Monopol und schafft daher die entsprechenden Anreize, um Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen für erfinderische Tätigkeiten durchzuführen. Ohne diesen Schutz könnten Mitbewerber unter Umständen mit erheblich geringeren Kosten die Erfindung ebenfalls aufnehmen („re-engineering“) und vermarkten. Die exklusive Aneignbarkeit („appropriability“) der Ergebnisse von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten wäre somit nicht garantiert.
- Unterschiedliche Schutzstrategien, Patentstrategien (Abstecken von Claims, etc.): Zumindest ein Teil der Patente ist nur von strategischer Bedeutung: Die Verwendung des Patentsystems als Mittel der technologischen Strategiepoltik von Unternehmen umfasst zwei Aspekte. Zum einen werden darunter Vorratspatente verstanden, die zwar prinzipiell anwendungsreife Erfindungen darstellen können, aus marktstrategischen Überlegungen aber von den Unternehmen noch nicht wirtschaftlich genutzt werden. Zum zweiten fallen darunter auch die sogenannten Sperrpatente, die hauptsächlich eine vom Patentinhaber nicht zu kontrollierende Diffusion bzw. den Eintritt potentieller Konkurrenten in das jeweilige Technologiefeld verhindern soll. Mit Hilfe des Sperrpatentes wird versucht einen Produktionsbereich zu "umzäunen", um dadurch potentiellen Konkurrenten zumindest eine Zeitlang eine Markteintrittsbarriere aufzubauen. Damit kann unter Umständen ein Know-how Vorsprung entstehen, der von der Konkurrenz nur noch schwer einzuholen ist.
- Der Nutzen des Patentsystems für Unternehmen ergibt sich jedoch nicht nur aus ihrer Schutzfunktion sondern ebenso aus der Informationsfunktion. Dadurch werden Patente nämlich eine wertvolle Datenquelle für die strategische Unternehmensplanung (Brockhoff 1993). Sie ermöglichen z.B. komplexe technologische Marktanalysen, das Aufdecken neuer technologischer Trends und neuer technischer Lösungsansätze für alte Probleme, Beobachtung der Mitbewerber (durch Einschätzungen der Patentportfolios der Konkurrenten und ihrer zeitlichen Entwicklung). Patente werden auch als Rekrutierungstool (Abwerbung besonders aktiver/zentraler Erfinder) eingesetzt.

In der Nutzung dieser strategischen Möglichkeiten von Patentinformationen weisen jedoch kleine und mittlere Unternehmen spezifische inhärente Nachteile auf. Diese Nachteile beziehen sich vor allem auf folgende Aspekte:

- Geringere finanzielle Ressourcen um die unter Umständen erheblichen Kosten der Patentanmeldung, evtl. notwendiger zusätzliche Patentrecherchen sowie der nach der Erteilung anfallenden laufenden Patentgebühren abdecken zu können.
- Keine verantwortlichen Spezialisten in-house verfügbar: Die Erfindung adäquat in einer Patentschrift zu dokumentieren erfordert zusätzliche Zeit und Mühe sowie entsprechende Kenntnisse um die Erfindung so zu dokumentieren, dass eine zulässige

Umgehung des Patentschutzes durch Dritte verhindert werden kann bzw. ein möglichst breiter Schutz der Erfindung gewährleistet werden kann.

- In kleinen Unternehmen ist die Patentierung von Erfindungen kein laufender Prozess, sondern ergibt sich nur unregelmäßig, da es oft keine kontinuierlichen F&E-Aktivitäten, die regelmäßig zu neuen patentierbaren Erfindungen führen, gibt. Daher existieren auch nur geringere Lerneffekte in Bezug auf Patentierung und der Aufbau entsprechender Spezialkenntnisse ist innerhalb des Unternehmens nicht notwendig bzw. nicht adäquat.
- In KMU herrschen oft nur mangelnde rechtliche Kenntnisse bezüglich des Patentrechts und des Schutzes geistigen Eigentums vor. Ebenfalls fehlen unter Umständen genaue Kenntnisse über formale Prozesse der Patentanmeldung und des Patentschutzes sowie über optimale Patentierungsstrategien.
- Geringerer Überblick über die Patentstrategien der Konkurrenten, da neben dem „Tagsgeschäft“ die zeitlichen (und u.U. auch die finanziellen) Ressourcen für eine kontinuierliche Verfolgung/ Beobachtung des Patentierverhaltens bzw. des Patentportfolios der Konkurrenten fehlen.
- Sprachproblematik bei fremdsprachlichen Patenten bzw. des Abfassens fremdsprachlicher Patentschriften.

Kleine und mittlere Unternehmen haben also das generelle Problem, dass sie aufgrund geringer interner Ressourcen und dem nur unregelmäßig gegebenen Bedarf nach den hochspezialisierten Informationen bezüglich Patenten und Patentverwertungsstrategien keine eigenen einschlägigen Kapazitäten aufbauen können.² Der latent vorhandene Bedarf nach einschlägigen Informationen kann sich somit nicht konkretisieren. Aufgrund dieser inhärenten Nachteile von Klein- und Mittelunternehmen erscheint es angebracht, dass von Seiten der öffentlichen Hand spezifische Unterstützungsleistungen in Form von einschlägigen Informations- und Beratungsleistungen (bzw. der finanziellen Unterstützung der Inanspruchnahme entsprechender Informationen/ Beratungen) gegeben werden, um den inhärenten Informationsnachteil von KMUs in Bezug auf Patentinformation gegenüber Großunternehmen zumindest annähernd ausgleichen zu können.

² Ausnahmen davon sind natürlich besonders forschungsintensive Unternehmen, die u.U. gerade in der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Vermarktung ihr Geschäftsfeld finden. Ebenso gibt es natürlich Fälle in dem auch in Kleinstbetrieben spezialisiertes Know-how bezüglich Patenten intern verfügbar ist, z.B. wenn aufgrund kontinuierlicher Erfindungstätigkeit entsprechende Erfahrung mit dem Umgang mit Patentämtern, Lizenzvergabe etc. akkumuliert wurde.

3 Modul 1: Analyse des Angebots an Patentberatung in Österreich

Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die Angebotsvielfalt der in Österreich vorhandenen öffentlichen (und in groben Zügen auch die privatwirtschaftlich angebotenen) Beratungsleistungen zum Thema Patentwesen und Schutz von geistigen Eigentumsrechten zu geben. Zu Beginn des Kapitels werden in einem groben Überblick die privaten Beratungsangebote dargestellt, denen einerseits die Leistungen der Patentanwälte zuzuordnen sind als auch andererseits jene von privaten Beratungs- und Consultingunternehmen.

Derzeit existiert eine Vielzahl unterschiedlicher öffentlicher Patentberatungsstellen. Diese umfassen z.B. entsprechende Technologietransferstellen an den Universitäten (u.a. im Rahmen der Förderprogramme AplusB und uni:invent), in den (regionalen) Beratungsstellen der Wirtschaftskammern, in Förderagenturen (v.a. FFG, aws) etc. Aufgabe dieses Abschnitts ist es das Leistungsspektrum dieser Beratungsstellen zu erfassen und vor dem Hintergrund der Patentlandschaft Österreichs einzuschätzen.

3.1. PRIVATE BERATUNGSANGEBOTE

Spezialisiertes Beratungsangebot bezüglich des Patentsystems wird auch von privater Seite angeboten. An erster Stelle stehen dabei vor allem die österreichischen Patentanwälte, die das technische mit dem einschlägigen juristischen Know-how verknüpfen und somit als Sachverständige und Parteienvertreter vor den Behörden in allen patentrechtlichen Fragen fungieren. Daneben finden sich aber auch eine Reihe von privaten Beratungs- und Consultingunternehmen, die (technische) Innovationsberatung mit Beratung über Vermarktungs- und Verwertungsstrategien verknüpfen und im Rahmen dieser Beratungsleistungen auch Information über Patentierung, Bewertung von Patenten etc. anbieten.

Patentanwälte und Patentanwaltskammer

Derzeit (Stand 14.1. 2009) sind laut Österreichischer Patentanwaltskammer in Österreich 62 Patentanwälte tätig. Darüber hinaus sind 12 Patentanwalts-Gemeinschaften tätig. Das Tätigkeitsgebiet des Patentanwaltes ist im Patentanwaltsgesetz³ geregelt. Der Beruf des Patentanwalts ist in Österreich ein sogenannter „freier Beruf“, d.h. er unterliegt nicht der Gewerbeordnung. Voraussetzungen zur Zulassung als Patentanwalt sind ein abgeschlossenes technisches oder mathematisch-naturwissenschaftliches Universitätsstudium, ein fünfjähriges Praktikum als PatentanwaltsanwärterIn bei einem Patentanwalt sowie die staatliche Patentanwaltsprüfung. Der Patentanwalt ist zur berufsmäßigen Vertretung vor dem Patentamt und vor dem Obersten Patent- und Markensenat sowie in Angelegenheiten des Sorten- und des Muster-

³ vom 7. Juni 1967, BGBl. Nr. 214/1967, idF BGBl. 172/1983, 772/1992, 109/1993, 917/1993, I 112/1999, I 107/2001 und I 133/2005

schutzes vor den zuständigen Verwaltungsbehörden berechtigt. Das Leistungsangebot der Patentanwälte betrifft vor allem:

- Beratung in der Entwicklungsphase einer Innovation, insbesondere auch qualifizierte Hilfestellung bei der Abfassung der Patentschrift.
- Rechtlicher Beistand bei der Durchsetzung zum Schutz einer Marke, eines Produktes, eines Verfahrens, Designs oder einer Pflanzensorte (im In- und Ausland).
- Agieren in Nichtigkeits- oder Löschungsverfahren und im Eingriffsfall.
- Beistand in Verletzungsverfahren.
- Gutachter und Sachverständige.
- Begleitung eines Schutzrechtes während der gesamten Schutzdauer, Überwachung der Fristen, Übernahme amtlicher Zustellungen und Kontakt mit dem Mandanten und den Behörden (Attorney of Record).

Österreichische Patentanwälte sind in der Regel auch Vertreter vor dem Europäischen Patentamt, der Weltorganisation für Geistiges Eigentum und vor dem Europäischen Markenamt zugelassen.

Die Berufsausübung erfordert die Eintragung in die von der Patentanwaltskammer geführte Liste der Patentanwälte. Für EWR-Bürger mit entsprechender Ausbildung besteht ein entsprechendes Sonderverzeichnis. Der Patentanwaltskammer obliegt die unmittelbare Disziplinargewalt über alle eingetragenen Patentanwälte. Die Patentanwaltskammer wacht über die Einhaltung der Standards hinsichtlich Ausbildung, Prüfung und Berufsausübung der Patentanwälte. Die Österreichische Patentanwaltskammer verfolgt - gemäß ihres Mission Statements - folgende grundsätzliche Ziele:

- Die Stellung des gewerblichen Rechtsschutzes in Österreich zu stärken, um ErfinderInnen und SchutzrechtsinhaberInnen zu starken Schutzrechten zu verhelfen und im Gegenzug das öffentliche Interesse an der wirksamen Begrenzung von Schutzrechten zu wahren.
- Die Interessen der Patentanwaltschaft öffentlich zu vertreten und die Berufsausübung ihrer Mitglieder zu unterstützen und zu fördern.
- Die Qualifikation und Ausbildung der Patentanwälte kontinuierlich zu fördern und zu sichern, um den hohen Qualitätsstandard ihrer Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.

Die Patentanwaltskammer stellt zudem im Rahmen ihres Beratungsdienstes eine kostenlose Erstberatung bei einschlägigen Fragen zum Patentrecht zur Verfügung.

Private Beratungs- und Consultingunternehmen

Neben den Patentanwälten, die bei der Patentanwaltskammer gemeldet sind, gibt es in Österreich noch eine Reihe von privaten Beratungs- und Consultingunternehmen, die Beratungsleistungen hinsichtlich Patentierung und Verwertungsstrategien anbieten. Das Angebot dieser Unternehmen ist aber sehr unübersichtlich und die Leistungen reichen auch von (technischer) Patentbewertung und –beratung, Patentrecherchen, Patentportfolioanalysen (Konkurrenz- und technologische Marktbeobachtungsanalysen) hin bis zur Akquise von Lizenzkäufern. Daher erfolgt nachfolgend eine beispielhafte Darstellung der Leistungspalette von drei Unternehmen sowie ein Exkurs zu Max Planck Innovation (Garching Innovation) in Deutschland.

Beispiel 1: innotec Patentvermarktungs-GmbH

<http://www.innotec-patentvermarktung.at>

Die innotec Patentvermarktungs-GmbH, ist eine private Beratungsgesellschaft für Patentbewertung, -vermarktung und -management in Österreich mit Sitz in Braunau/Oberösterreich. Es werden Kunden in Österreich, Deutschland und der Schweiz bezüglich ihrer Patentstrategien betreut. Das Leistungsangebot von innotec-patentvermarktung zielt auf die umfassenden Einsatzmöglichkeiten des Patentsystems ab und bietet Beratungs- und Unterstützungsleistungen in folgenden Bereichen an:

- *Patentbewertung:* Immer mehr stellen immaterielle Vermögenswerte im Unternehmen eine kaum überschaubare Größe dar. Die innotec Patentvermarktungs-GmbH bietet eine objektive Bewertung von Patenten und Patentportfolios um damit eine Verhandlungsbasis mit Geschäftspartnern, Kapitalgebern, Investoren, potentiellen Lizenznehmern oder Käufern zu schaffen.
- *Patentvermarktung:* Ausgehend von einer Zielgruppenanalyse (wer kommt grundsätzlich aufgrund der Eigenschaften der Erfindung/des Patents für eine Lizenznahme in Frage?) wird eine Vorauswahl getätigt und darauf aufbauend werden entsprechende Kontaktaufnahmen unternommen. Auch ein möglicher direkter Verkauf der Patentrechte wird unterstützt.
- *Patentberatung:* Es werden umfassende Patentanalysen bestehender Patente angeboten, beispielsweise ob zu einer neuen Erfindung bereits eine identische oder ähnliche Erfindung als Patent existiert. Ebenfalls werden Patente potentieller Konkurrenten analysiert. Durch diese strategische Patentanalyse (im Sinne einer technologischen Umfeldanalyse) können wertvolle marktrelevante Informationen bereitgestellt werden.

Beispiel 2: Erfinder.at Patentverwertungs GmbH

<http://www.erfinder.at>

Die Erfinder.at PatentverwertungsGmbH, 1996 als IPOS gegründet, ist eines der ersten Unternehmen, welches Patentmarketing nach amerikanischem Vorbild im deutschsprachigen Raum anbietet. Seit 2004 gibt es neben dem Firmensitz in Berlin einen Standort in Salzburg. Die Serviceleistungen der Erfinder.at PatentverwertungsGmbH verstehen sich als Zusatzangebot zu der ohnehin während einer Produkteinführung am Markt nötigen Konsultation von Patentanwalt, Rechtsanwalt und Steuerberater. Dementsprechend bietet die Erfinder.at PatentverwertungsGmbH ihren Kunden die Begleitung über den gesamten Innovationsprozess hinweg an. Die Kunden werden bei der Prüfung des Marktpotenzials einer Idee bis hin zur Marktplatzierung des neuen Produkts unterstützt. Die Serviceleistungen umfassen ein Erstgespräch, sowie Innovationsberatung, Marktanalysen, Marketingkonzeption, Businessplanerstellung, Innovationsscouting, PR Betreuung, und den Lizenzverkauf. Die Beratungsleistungen werden entweder pauschal entgeltet (2.000 Euro für privater ErfinderInnen) oder es wird eine Beteiligung an der Erfindung von max. 25% vereinbart.

- *Innovationsberatung bzw. Ideenbewertung und Innovationsscouting:* Bereits auf der Webseite kann ein kostenloser Innovations-Check genutzt werden, der das Marktpotenzial einer Erfindung, d.h. seine Neuartigkeit prüft. In einem ersten ebenfalls kostenlosen Beratungsgespräch werden weitere Informationen ausgetauscht und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit geprüft. Neben der Prüfung vorhandener Ideen und Erfindungen werden auch Unternehmen beraten, die auf der Suche nach neuen Produkten, Erfindungen und Verfahren für ihre Angebotspalette sind. Hierbei wird darauf geachtet, dass diese Neuheiten zum Unternehmensgegenstand passen oder ein passendes zweites Standbein schaffen können.
- *Ideen-/ Innovationsvermarktung:* Das Angebot reicht von Marktanalysen über die Entwicklung von Marketingkonzepten bis hin zur Businessplanerstellung zur Lukrierung des nötigen Startkapitals sofern mit der Idee ein neues Unternehmen entstehen soll. Durch die umfassenden Beratungsleistungen wird sicher gestellt, dass die Idee zu einem später am Markt erfolgreichen Produkt heranreifen kann.
- *PR Betreuung und Lizenzverkauf:* Die Bekanntmachung neuer Produkte oder Geschäftsideen wird aktiv voran getrieben. Bei bereits vorhandenen patentrechtlich geschützten Neuheiten übernimmt Erfinder.at die Akquisition potentieller Lizenzpartner und betreut die Vertragsparteien auch nach Abschluss eines Lizenzvertrags.

Zusätzlich zu den online Informationen und Angeboten der Erfinder.at PatentverwertungsGmbH wurden deren Serviceleistungen im Bereich Lizenzverkauf ebenfalls um ein entsprechendes online Angebot erweitert. Dadurch kann seit November 2008 auf dem online Marktplatz www.patent-net.de eine bereits geschützte Erfindung öffentlich präsentiert werden. Darüber hinaus können die Ideen von den Usern der Website (anonym) bewertet werden. Durch die online Präsenz soll die Verknüpfung von Ideengebern mit an einer Marktumsetzung interessierten Unternehmen vorangetrieben werden. Anlass für die Etablierung des online Marktplatzes ist die Annahme, dass die Erfolge bei der Vermarktung von Schutzrechten privater Erfindungen in den USA und Korea auf der höheren Nutzung des Internets zu Vermarktungszwecken in diesen Regionen beruhen.

Die Erfinder.at PatentverwertungsGmbH war bereits in folgenden Branchen beratend aktiv:

- Automobilindustrie
- (Spezial)Maschinenbau
- Bauwirtschaft und Infrastruktur
- Informationsverarbeitung (Logistik, EDV, Software)
- Tourismus
- Sonstiges (Sportartikel, Werbeartikel, Fischereizubehör, Energy-Drinks)

Beispiel 3: Machner & Saurer GmbH

<http://www.austriapatent.com>

Das Unternehmen Machner & Saurer GmbH wurde 1992 durch Outsourcing der Patentabteilung der Firma "Böhler Edelstahl GmbH" gegründet. Sie hat ihren Firmensitz in Bruck an der Mur/Steiermark. Die Unternehmensgründer verfügen über langjährige Erfahrung auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes. Das Leistungsangebot der Machner & Saurer GmbH umfasst die Ermittlung und Beschaffung von Veröffentlichungen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet, sowie die Verwaltung, Pflege, Vermarktung und Verwertung geistigen Eigentums Dritter. In den folgenden Bereichen werden Unterstützungs- und Beratungsleistungen angeboten:

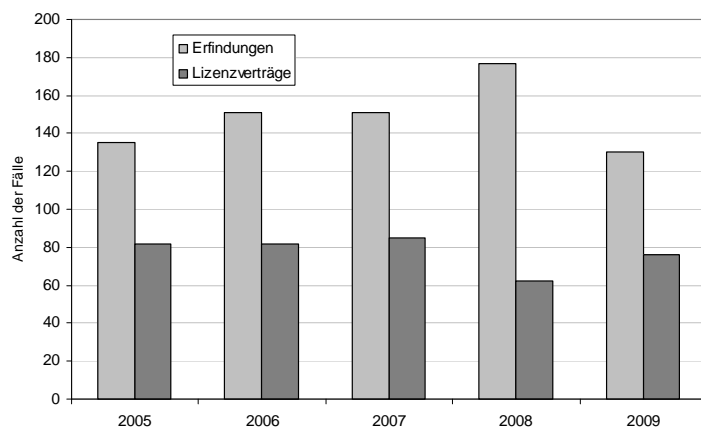
- *Patentinformation:* Die Machner & Saurer GmbH hat in Kooperation mit webquake eBusiness Consulting GmbH das Online Servicetool „eInfo“ entwickelt, das Patente und Anmeldungen digital bereitstellt. Informationen werden nach Such- bzw. Überwachungskriterien ausgewählt und selektiv einzelnen Benutzern zugeordnet.
- *Patent-, Marken- und Literaturrecherchen:* Hier werden v.a. der Rechtsstand von Schutzrechten und Marken überwacht sowie Recherchen nach Veröffentlichungen in nationalen und internationalen Datenbanken und Literaturarchiven durchgeführt.
- *Schutzrechtsverwaltung:* Evidenzhaltung der Jahresgebührentermine für Patente und Erneuerungstermine für Marken und Zahlung der Gebühren
- *Beratung und Betreuung von ErfinderInnen:* Das 4-köpfige Team der Machner & Saurer GmbH leistet ErfinderInnen Hilfestellung bei der Ausarbeitung der Einreichungsunterlagen sowie beim Entwurf einer Patentierungsstrategie. Darüber hinaus werden konkrete Vorschläge für die Patentverwertung gemacht und eine mögliche Erfindervergütung berechnet.

Exkurs: Max Planck Innovation (Garching Innovation) in Deutschland

Max-Planck-Innovation ist die „hausinterne“ Technologietransferstelle der Max Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG), die mit knapp 80 (76 Forschungsinstitute und drei sonstige Forschungseinrichtungen, darunter vier mit Standort im Ausland) Instituten, mehr als 4.100 wissenschaftlichen Mitarbeitern (ohne DissertantInnen und GastwissenschaftlerInnen) und einem Jahresbudget von ca. 1,3 Mrd. Euro die führende außeruniversitäre Forschungseinrichtung (der Schwerpunkt liegt im Bereich der Grundlagenforschung und umfasst einen breiten disziplinären Hintergrund, der Anteil der Naturwissenschaften ist mit ca. 84 % jedoch dominant) Deutschlands darstellt.

Max Planck Innovation GmbH wurde 1970 unter dem Namen Garching Instrumente GmbH gegründet, von 1993 bis 2006 lautete der Name Garching Innovation. Als „hausinterne“ Technologietransferinstitution bietet Max Planck Innovation den innerhalb der MPG-Instituten beschäftigten WissenschaftlerInnen alle notwendigen Dienstleistungen und Beratungen für die ökonomische Verwertung von Erkenntnissen der einzelnen MPG Institute an: Bewertung und Evaluierung von Erfindungen (durchschnittlich 130 bis 150 pro Jahr wovon letztlich 80 bis 100 pro Jahr auch tatsächlich zu Patentanmeldungen führen), Betreuung, Unterstützung und Investorenanbahnung für Spin-off-Gründungen (knapp 30 Spin-off-Gründungen zwischen 2002 und 2007) sowie Ausarbeitung von Lizenzverträgen (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2). Natürlich hilft die Max Planck Innovation GmbH auch bei der Vermittlung von Kontakten, wobei jedoch die Netzwerkbildung üblicherweise direkt zwischen den operativen Forschungsinstituten und entsprechenden Partnern in den jeweiligen Forschungsthemen zustande kommt. Um entsprechende Anreize zu setzen erhalten die Erfinder 30 Prozent der Bruttolizenzehinnahmen, welche Max Planck Innovation im Rahmen der Verwertung des vom Erfinder geschaffenen geistigem Eigentums bzw. entsprechender gewerblicher Schutzrechte der MPG (als Dienstnehmererfindung sind von Wissenschaftlicher der MPG geschaffene Erfindungen im Eigentum der MPG, sofern diese nicht auf ihre Eigentumsrechte verzichtet) erwirtschaftet.

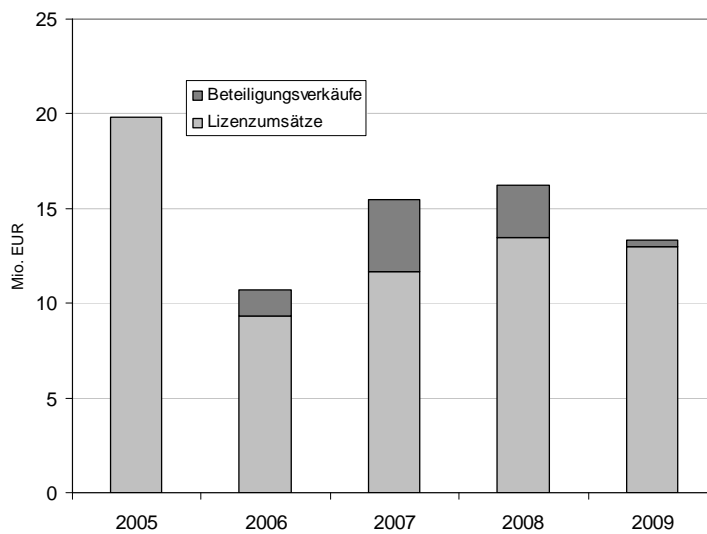
Abbildung 1: Betreute Erfindungen und abgeschlossene Lizenzverträge der Max Planck Innovation



Quelle: Max Planck Innovation

In Summe betreut Max-Planck-Innovation derzeit einen Bestand von rund 1.140 Erfindungen und 14 Firmenbeteiligungen. Seit 1979 haben wurden kumuliert etwa 3.200 Erfindungen begleitet, fast 1.900 Verwertungsverträge abgeschlossen. Die Zahl der betreuten Spin-off-Gründungen beträgt seit 1990 knapp 90. Die kumulierten Erlöse für die jeweiligen Erfinder, die einzelnen Max-Planck-Institute und die Max-Planck-Gesellschaft insgesamt summiert sich bislang auf ca. 260 Mio. Euro. Damit gilt Max Planck Innovation als eine der weltweit führenden Technologietransfer-Organisationen.

Abbildung 2: Erzielte Erlöse durch Lizenzen und Beteiligungsverkäufe



Quelle: Max Planck Innovation

3.2. ÖFFENTLICHE BERATUNGSANGEBOTE

In den letzten Jahren hat sich ein breites Angebot an öffentlichen Informations- und Beratungsleistungen zum Thema Patentwesen und Schutz von geistigen Eigentumsrechten etabliert. In Abbildung 3 wurde versucht, einen Überblick über die bestehende Vielfalt an Maßnahmen zu gewinnen. Zur besseren Unterscheidung wurden die Programmträger, programmabwickelnde Stellen und einzelnen Maßnahmen untereinander angeordnet. Wie nachfolgend ersichtlich wird, besteht eine starke Vernetzung und Zusammenarbeit der einzelnen Akteure. Zudem hat sich in den vergangenen Jahren die Rolle der geistigen Eigentumsrechte im Hochschulsektor verändert. Angestoßen durch die Neuregelung von IPR im UG 2002 empfiehlt der Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung (Rat FTE) eine Forcierung der Kommerzialisierung von Erfindungen im Hochschulsektor durch eine stärkere Bewusstseinsbildung, Stimulierung, Motivation und den Aufbau von Know-how sowie den systematischen Aufbau einer professionellen Infrastruktur für Patentierung und Verwertung.⁴ U.a. wurde als eine Konsequenz der Ratsempfehlung das Programm uni:invent aufgesetzt, das sich nun bereits in der 2. Programmperiode befindet.

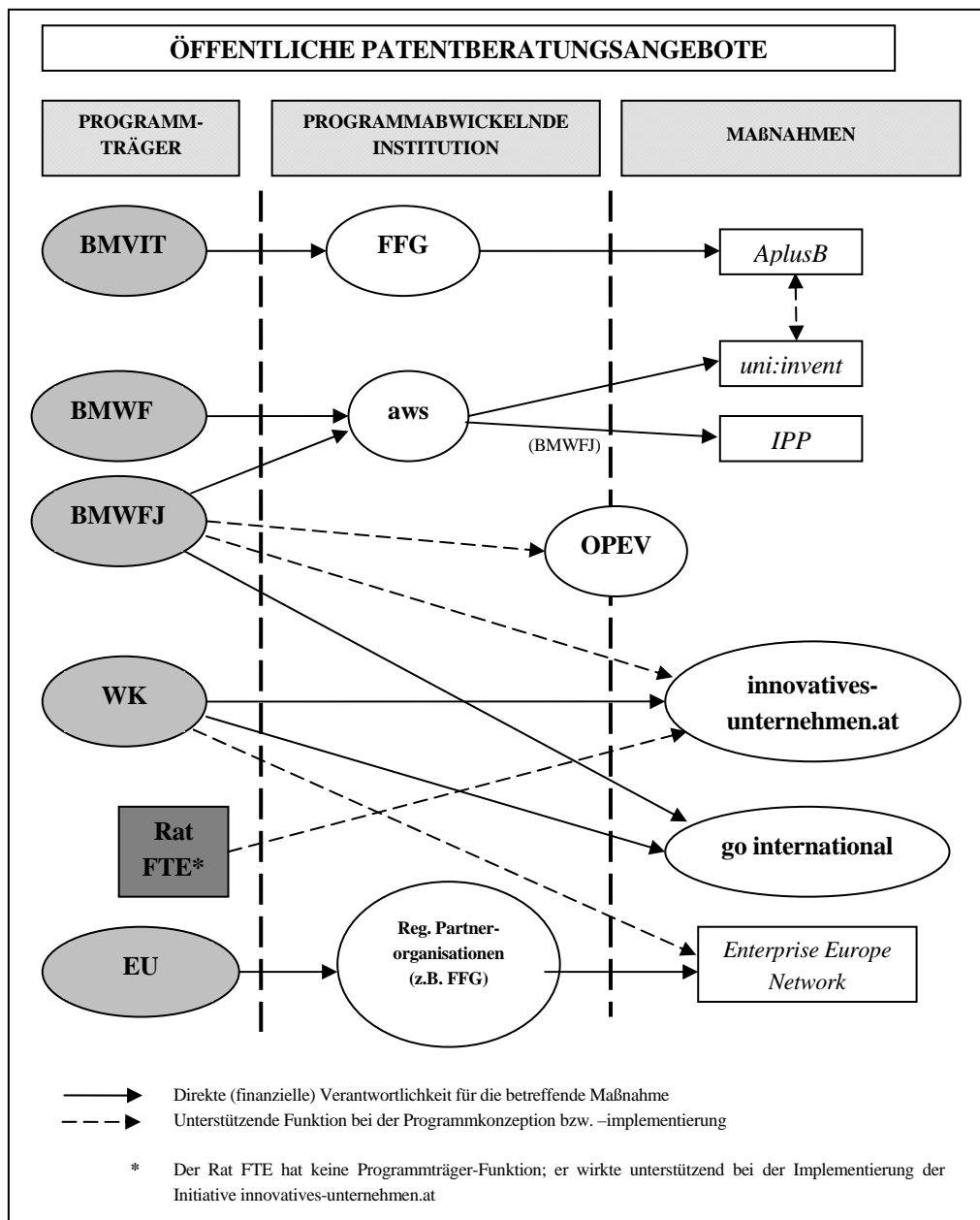
Nicht zu vernachlässigen ist natürlich die Unterstützung von KMU, da sie – wie schon im vorherigen Abschnitt erörtert – aufgrund von geringen internen Ressourcen beim Aufbau von einschlägigen Kompetenzen mit erheblichen Nachteilen konfrontiert sind. Daher gilt es, diese Defizite durch entsprechende Angebote der öffentlichen Hand auszugleichen.

Die Ministerien (im Besonderen das BMWFJ) nehmen eine wichtige Rolle als Programmträger ein. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) bietet in ihren regionalen Beratungsstellen Informations- bzw. Beratungsmaßnahmen an, die v.a. auf die Unterstützung von Unternehmen/ KMU abzielen. Die einschlägigen Leistungen der Wirtschaftskammer erfüllen somit eine wichtige Aktivierungsfunktion, indem sie KMU auf die spezifischen Rahmenbedingungen des Patentsystems hinweisen, vorhandene öffentliche Förderungen aufzeigen und somit eine „Brücke“ zu einschlägigen Programme und Maßnahmen der Förderagenturen legen.

Generell kann festgestellt werden, dass das Angebot an Beratungsleistungen sehr vielfältig ist. Die Präsenz von Beratungsleistungen auf dem Hochschulsektor ist stark durch die Förderprogramme uni:invent und AplusB geprägt. Jedoch ist auch eine Konzentration auf die Beratung von KMU – durch die Initiativen innovatives-unternehmen und IPP wahrnehmbar. Das Angebot reicht von Veranstaltungs-/ Informationsoffensiven bis hin zu konkreter finanzieller Unterstützung für Beratung und Aus-/ Weiterbildung.

⁴ Ratsempfehlung vom 14.2.2003 zu Verwertung von F&E: Intellectual Property Rights – Patente.

Abbildung 3: Überblick über öffentlichen Patentberatungsangebote



Quelle: Eigene Darstellung, JR

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Maßnahmen im Detail erörtert – beginnend mit den Angeboten auf dem Hochschulsektor, gefolgt von den einzelnen Initiativen der WKO und der Europäischen Kommission. Die einzelnen Initiativen werden anhand eines gleichbleibenden Rasters vorgestellt, das u.a. Fragen nach den Zielsetzungen, dem Inhalt und Zielgruppe sowie den Finanzierungsquellen der Initiative beantwortet.

	AplusB	tecma	uni:invent	serv.ip	discover.ip	Innovatives-Unternehmen.at	go international	OPEV	Enterprise Europe Network
<i>Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme</i>	Einrichtung von AplusB-Zentren zur Beratung und Betreuung von akademischen Gründungen	Unterstützungsprogramm zur Vermarktung österreichischer Erfindungen	Unterstützung österr. Universitäten bei der Bewertung, Patentierung u. Verwertung von Erfindungen	Bereitstellung von umfassenden Serviceleistungen im Zusammenhang mit gewerblichen Schutzrechten	Verbesserung der IP-Awareness v. KMUs, Beratung und Information über Nutzungsmöglichkeiten von geistigem Eigentum	Informations- / Beratungsprogramm zur Vermittlung von neuen Wissen im Bereich Unternehmertum u. Innovation	Unterstützung österr. Unternehmen bei bestehenden als auch zukünftigen Exportaktivitäten	Interessensvertretung der Innovatoren, ForscherInnen u. EntwicklerInnen sowie Inhaber v. Patenten	Europaweite Erschließung von Förder- u. Kooperationsmöglichkeiten für KMU
<i>Programmträger</i>	BMVIT	BMWFI	BMWF, BMWFI	Österr. Patentamt	BMWFI	WKO	WKO	OPEV	Europ. Kommission
<i>Abwickelnde Institutionen</i>	FFG	aws	aws-tecma	Österr. Patentamt	Österr. Patentamt, aws	Regionale WK	AWO der WK	OPEV	Reg. Partnerorg. (u.a. FFG)
<i>Inhalt der Initiative</i>	Finanzierung von AplusB-Zentren gebunden an institutionelle Träger (z.B. Unis, FHs)	Lizenzvermittlung mit oder ohne Patentfinanzierung	Etablierung einer nachhaltigen „Verwertungskultur“ u. Aufbau von effizienten Verwertungsstrukturen an Hochschulen	Durchführung von Recherchen in Patentdatenbanken als Informationsdienstleistungsunternehmen im Marken-, Muster- u. Patentbereich	Vortort-Gespräch und Analyse des KMU u. Präsentation von Handlungsoptionen zur eff. Nutzung von Schutzrechten	Informationsveranstaltungen u. Aussendungen für österr. UnternehmerInnen (insb. KMU)	Beratungsleistungen, Kofinanzierung von Exporttätigkeiten	Beratungsleistungen, Vorträge, Seminare zwecks Information u. Zusammenführung v. ErfinderInnen u. Unternehmen, Vergabe von Reisepreisen	Information, Beratung u. Unterstützung rund um den EU Binnenmarkt, europ. F&E-Förderung u. grenzüberschreitenden Techtransfer
<i>Umfang: geografisch, sektoral, Themenfelder</i>	Österreich; Keine sektorale Spezialisierung	International; keine sektorale Spezialisierung	Österreich; Technologiebereiche m. Relevanz f. Patentierung	Österreich; Keine sektorale Spezialisierung	Österreich; Keine sektorale Spezialisierung	Österreich	Österreich; Alle exportorientierten Sektoren	Österreich (mit regionalen Konzentrationen)	Europa
<i>Gesamtbudget</i>	77 Mio. Euro Gesamtbudget für 10 Jahre	Gemeinsam mit uni:invent 3 Mio. Euro Gesamtbudget p.a.*	Gemeinsam mit tecma 3 Mio. Euro Gesamtbudget p.a.*	3,5 Mio. Euro Gesamtbudget p.a.	25% d. Kosten vom EPA, 75% von ÖPA/ aws getragen	WKO-Budget und Kofinanzierung durch BMWFI	100 Mio. Euro durch WKO und BMWFI bereitgestellt	Jährliches Gesamtbudget von ca. 70.000 Euro	2,5 Mio. Euro österreichweites Gesamtbudget für 3 Jahre
<i>Evaluation</i>	Projekt- und Programmevaluation	Zwischenevaluierung der aws Technologieprogramme (2006)	Begleitende Programmevaluation	Good practice Beispiel (Radauer et al. 2007)	„Selbstevaluati-on“ durch Kundenbefragungen	Projektdokumentation der „innovierBAR“	Zwischenbilanz (2008), Evaluierungsstudie (2009)	-	Evaluierung des Vorgängerprogramms IRC

* Die Aufteilung des Budgets zwischen tecma und uni:invent erfolgt fallzahlbezogen.

3.2.1 Angebote für den Hochschulsektor

Die verstärkte Nutzung geistigen Eigentums an den Hochschulen hat in den vergangenen Jahren zunehmend Aufmerksamkeit von Seiten der Technologiepolitik gewonnen. Einschlägige Aktivitäten (patentierbare Erfindungen, Lizenzvergaben, direkte Kooperationen zwischen Universitäten und dem Unternehmenssektor, Ausgründungen in Form von akademischen spin-offs etc., vgl. Schartinger et al. 2001) werden mittlerweile als zentraler Transferkanal zwischen Wissenschaft-Wirtschaft und als eine wichtige Säule für ein optimales „Funktionieren“ eines nationalen Innovationssystems wahrgenommen. Entsprechend hat die öffentliche Hand mit einschlägigen Programmen zur Forcierung dieser unternehmerischen Aktivitäten an den Hochschulen reagiert. Vorreiter waren hier eindeutig die USA, wo bereits in den 1980er Jahren (Bayh-Dole-Act 1980) durch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Universitäten die Anreizsysteme in Richtung einer Zusammenarbeit Wissenschaft - Wirtschaft gestärkt wurden. Anzumerken ist dabei, dass die Organisation des Universitätssystems in den USA (wie auch in Großbritannien) mit dazu beitrug, dass von Seiten der Universitätsleitungen entsprechende Bereitschaft vorhanden war, selbst aktiv (und gegebenenfalls auch mit eigenen finanziellen Ressourcen) die wirtschaftliche Verwertung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse voranzutreiben und entsprechende Partnerschaften mit privaten Unternehmen einzugehen bzw. Risikokapital bereit zu stellen. In einigen wenigen Einzelfällen tragen hier entsprechende Rückflüsse aus Verwertungsergebnissen (Patent- und Lizenzrechte) bzw. Beteiligungserlöse (Spin-offs) auch durchaus signifikant zur Universitätsfinanzierung bei.

Auch in Österreich wurden – dem internationalen Trend bzw. diesen Beispielen folgend – regulative Rahmenbedingungen geändert sowie öffentliche Förderungsprogramme mit dem Ziel initiiert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um an den Universitäten entsprechende Aktivitäten zu erleichtern bzw. zu forcieren. Im Folgenden wird ein Überblick über die zentralen Förderprogramme in diesem Bereich (AplusB und uni:invent) gegeben. Darüber hinaus finden sich einige Anmerkungen zu den an den österreichischen Universitäten vorhandenen Technologieberatungsinfrastrukturen.

AplusB

AplusB fördert die Einrichtung eigener Zentren, die GründerInnen aus dem akademischen Sektor qualifiziert beraten und betreuen.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

In einschlägigen Studien zu Unternehmensgründungen in Österreich wurde festgestellt, dass Gründungen mit akademischem Hintergrund und/ oder in höheren Technologiesegmenten deutlich unterrepräsentiert sind (Egeln et al. 2008, Gassler et al. 2001). Folglich versuchte das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) Anfang 2000 mit der Konzeption des Programms AplusB dieser strukturellen Problematik entgegenzuwirken.

Durch die Schaffung von AplusB-Zentren soll WissenschaftlerInnen aus Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen die Möglichkeit gegeben werden, sich durch Stimulierung, Qualifizierung und Unterstützung auf dem Weg von der Idee zur Unternehmens-

gründung helfen und begleiten zu lassen. Dabei geht es nicht nur um die konkrete Unterstützung im Gründungsprozess, sondern auch Unternehmertum als Option im akademischen Denken und Handeln stärker zu verankern. (BMVIT 2006)

Um diese Programmmission zu erreichen, wurden folgende *operative Zielsetzungen* formuliert:

- Dauerhafter Anstieg der Zahl akademischer Spin-offs
- Steigerung der Qualität (Technologie- und Wissensintensität) und Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Gründungen
- Erweiterung des Potenzials an Unternehmensgründungen aus Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Verbesserung der unternehmerischen Verwertung von Forschungsergebnissen
- Unterstützung anderer Maßnahmen des Technologietransfers

Programmabwickelnde Institutionen

AplusB ist eine Initiative des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT). Mit der Abwicklung des Programms, d.h. Beratung, Auswahlverfahren, Einrichtung und Kontrolle ist die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) betraut.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Das AplusB-Programm finanziert so genannte AplusB-Zentren, die dann als institutionelle Träger/ Infrastrukturen (angesiedelt an den jeweils beteiligten Universitäten/ Fachhochschulen) die tatsächliche Förderung, Beratung und Betreuung potentieller GründerInnen durchführen. Die AplusB-Zentren müssen eine Reihe von Charakteristika aufweisen:

- AplusB-Zentren müssen als Partnerschaften unterschiedlicher Einrichtungen (Universitäten, Fachhochschulen, regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften) eingerichtet werden, wobei als formale Struktur eine GmbH erforderlich ist. Hierzu sind mindestens zwei Partner erforderlich, einerseits eine oder mehrere akademische Einrichtungen und andererseits entsprechende regionale wirtschaftspolitische Akteure (üblicherweise die Wirtschaftsförderungsgesellschaften des jeweiligen Bundeslands, regionale Wirtschaftskammer etc.). Einer der Partner soll dabei über ausgewiesenes Know-how in der Unterstützung und Betreuung forschungs- und technologieintensiven Unternehmensgründungen verfügen.
- Notwendig ist des Weiteren eine Abschätzung der anvisierten Größenverhältnisse (Zahl der geplanten Gründungsfälle), die sich aus einer genauen Potentialabschätzung, der jeweiligen Standortregion auf Basis der vorhandenen/ beteiligten akademischen Einrichtungen. Es sollen allerdings mindestens zehn konkrete Gründungsvorhaben laufend unterstützt und betreut werden.
- Hinsichtlich der Finanzierung gilt, dass sich der Bund (mittels der FFG) lediglich bis maximal 45 % an den Kosten des AplusB-Zentrums beteiligt. Die restlichen Finanzierungsmittel müssen aus den Eigenmitteln der Zentren (mindestens 20 %) sowie aus

Ländermitteln (mindestens 35 %) erfolgen. Die Finanzierung wird zunächst für fünf Jahre zugesichert, wobei es eine Option auf Verlängerung gibt (bei positiver Evaluierung des Zentrums weitere 5 Jahre).

- Die konkrete Ausgestaltung eines AplusB-Zentrum ist nicht en detail vorgegeben. Die Auswahl entsprechender Zentren erfolgt im Wettbewerbsverfahren. Die FFG veröffentlicht die Ausschreibungen (auf Basis der Programmrichtlinien) und prüft die Anträge entlang von Formalkriterien. Die Bewertung erfolgt durch eine unabhängige Expertenjury (mit internationaler Beteiligung).

Folgende Maßnahmen werden in den Zentren angeboten:

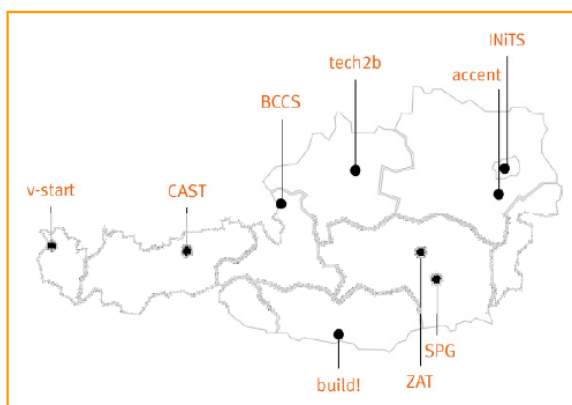
- *Mobilisierung und Stimulierung von Gründungen*, Interesse wecken (Veranstaltungen, Informationsarbeit, Lehrstühle für Entrepreneurship etc.).
- *Beratung, Qualifikation und Betreuung* für 1,5 Jahre (wissenschaftlich-fachliche Betreuung und Coaching, Management-Beratung, Weiterbildung, finanzielle Unterstützung).
- *Optimierung der Startbedingungen* für junge Unternehmen durch entsprechende Kooperationen mit Financiers und mit anderen Programmen.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Seit 2002 wurden in zwei Ausschreibungsrunden österreichweit insgesamt neun Zentren genehmigt, die ihren Betrieb bereits aufgenommen haben. Insgesamt sind 120 Partner in die Zentren eingebunden, die in den nächsten Jahren ca. 320 Gründungsprojekten betreuen werden.

Die ersten fünf Zentren resultieren aus der Ausschreibungsrunde 2001 und nahmen ihre operative Tätigkeit Mitte 2002 auf. Im Jahr 2005 folgten dann die vier Zentren der zweiten Ausschreibungsrunde 2004. Im Durchschnitt haben die Zentren drei bis vier Gesellschafter – meist Hochschulen und Träger aus dem öffentlichen Bereich. Die Beteiligung von privaten Unternehmen ist sehr schwach vertreten.

Abbildung 4: AplusB-Zentren



Quelle: Heydebreck/ Petersen (2008)

Derzeit (März 2009) gibt es neun Zentren, die bislang 262 Projekte betreut haben und aus denen 192 Gründungen hervorgegangen sind. Insgesamt halten die betreuten Projekte/ Unternehmen ca. 230 Patente. Die AplusB-Zentren sind unterschiedlich groß und weisen keine sektorale Spezialisierung auf. Die Zentren der ersten Ausschreibungsrunde haben bis dato durchschnittlich 30 Gründungen pro Zentrum hervorgebracht (INiTS in Wien als größtes Zentrum mit dem deutlich höchsten akademischen Potential ca. 50).

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Als Budget für die ersten zehn Jahre stehen insgesamt 77 Mio. Euro zur Verfügung, wovon 28,9 Mio. auf den Bund, 25,2 Mio. auf die Länder und 22,9 Mio. auf Eigenmittel entfallen.

Tabelle 1: Gesamtbudget und Finanzierungsquellen

Genehmigtes Budget	1. Förderperiode		2. Förderperiode		Summe	
<i>Gesamtbudget in Mio. Euro</i>	44,5	(100%)	32,5	(100%)	77,0	(100%)
Bundesförderung	18,5	(41%)	10,4	(32%)	28,9	(37%)
Landesförderung	15,4	(35%)	9,8	(30%)	25,2	(33%)
Eigenmittel	10,6	(24%)	12,4	(38%)	23,0	(30%)
<i>Geplante Gründungsvorhaben</i>	316		195		511	

Quelle: Heydebreck/ Petersen (2008)

Evaluation

Aufbau und Betrieb der AplusB-Zentren werden periodisch geprüft und bewertet. Dazu verwendet die FFG zwei Instrumente: Berichtswesen und Evaluierung. Die AplusB-Zentren liefern der FFG Halbjahres- und Jahresberichte, welche die Basis für die Auszahlung der jeweils nächsten Förderungsrate darstellen. Die Evaluierungen der AplusB-Zentren sind in ihren Grundzügen bereits in den Programmrichtlinien festgeschrieben. Es erfolgt eine Evaluierung im dritten Jahr mit vorwiegend Empfehlungscharakter und eine Evaluierung im fünften Jahr, die gleichzeitig die Planungen der Zentren für die verbleibenden fünf Jahre bewertet (*stop-or-go* Entscheidung). Des Weiteren wurde das AplusB-Programm im Frühjahr 2008 einer Interevaluierung im Hinblick auf AplusB-10+ unterzogen.

tecma

Das Programm tecma unterstützt und begleitet ForscherInnen, ErfinderInnen und Unternehmen bei der Vermarktung von aussichtsreichen Innovationen

Maßnahmenkonzeption und Zielsetzung

Das Programm „tecma“ (Technology Marketing Austria) wurde 1998 als Unterstützungsprogramm zur Vermarktung österreichischer Erfindungen von der aws gestartet. Die Programme uni:invent und IPP bauen auf diesem Kernprogramm auf bzw. ergänzen dieses.

Nach einer zwei- bis dreijährigen Etablierungs- und Positionierungsphase wurden die Beratungsleistungen von tecma weiter ausgebaut, die IPR-Agenden erweitert und der wachsenden Rolle der Universitäten im Bereich der Verwertung von IPR-Rechten Rechnung getragen. Schließlich wurden durch das UG 2002 jene gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die es den Universitäten ermöglichen, Dienstleistungen aufzugreifen und für eine wirtschaftliche Verwertung eigenständig zu nutzen. Dadurch wurden auch für die Universitäten die entsprechenden Anreize gesetzt, kommerzialisierbares Wissen stärker zu nutzen und über Patentverwertung einen Transfer aus wissenschaftlichen Einrichtungen zu ermöglichen. Weiterführend zu dieser Entwicklung initiierten das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium 2004 gemeinsam das Programm uni:invent. Tecma nimmt im Rahmen von uni:invent die Prüfung der Erfindungsmeldungen und gibt eine Empfehlung an den/ die RektorIn bezüglich des Aufgriffs der Erfindung ab. Im Fall einer Beauftragung durch die Universitäten verpflichtet sich tecma, den Verwertungsprozess zu gestalten, LizenzpartnerInnen zu finden, Lizenzverhandlungen zu führen bzw. die Einhaltung von Verträgen mit LizenznehmerInnen zu überwachen.⁵

Maßnahmenabwickelnde Institution

Die austria wirtschaftsservice (aws) ist für die Abwicklung des Programms tecma zuständig. Als Förderungsbank für österreichische Klein- und Mittelbetriebe unterstützt die aws Unternehmensfinanzierungen und stellt für Unternehmen Informationen und Know-how in unterschiedlichen Bereichen bereit.

Inhalt der Maßnahme: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Die Kerndienstleistungen von tecma sind Awareness-Maßnahmen zur Nutzung geistiger Eigentumsrechte sowie die Suche nach Umsetzungspartnern (z.B. LizenznehmerInnen) für Erfindungen von KMUs oder Forschungseinrichtungen (einschließlich Universitäten). Zielgruppe der Leistungen sind ForscherInnen, WissenschaftlerInnen, ErfinderInnen und Unternehmen, die ihre Forschungsergebnisse einer kommerziellen Verwertungen zuführen wollen⁶.

Tecma bietet zwei Arten von Leistungen an: die exklusive Lizenzvermittlung und die Lizenzvermittlung mit Patentfinanzierung. Bei der exklusiven Lizenzvermittlung wird zwischen der aws und dem/ der PatentinhaberIn ein Alleinvermittlungsvertrag geschlossen. Die aws sucht aktiv einen/ eine LizenznehmerIn, unterstützt bei den Lizenzverhandlungen und übernimmt gegebenenfalls das Lizenzgebührenmonitoring. Dadurch erhält der/ die LizenzgeberIn einen optimalen Verwertungspartner und wird bei der Suche entlastet. Bei der Lizenzvermittlung mit Finanzierung übernimmt die aws im Rahmen dieses Leistungspakets die nationale und internationale Patentanmeldung für die Erfindung sowie die Lizenzvermittlung und –finanzierung. Die Leistungen und das Risiko im Rahmen der Innovationsvermarktung werden durch eine Erfolgsbeteiligung abgegolten. Die Anteile bestimmen sich nach Leistungsumfang der aws.

⁵ Vgl. Schibany/ Jörg et al. (2006): Zwischenevaluierung der aws Technologieprogramme.

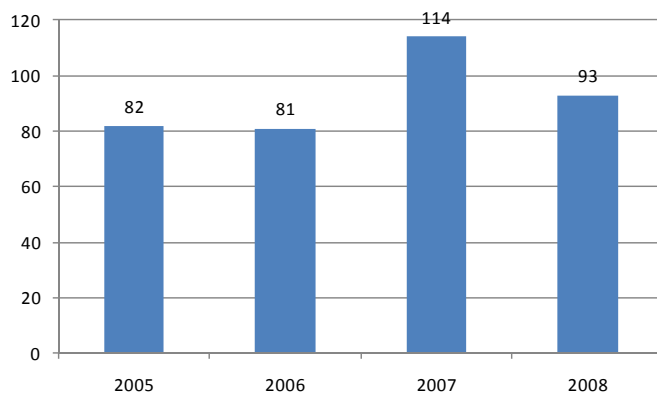
⁶ Um diese Leistungen in Anspruch nehmen zu können, muss der/ die ProjektnehmerIn in Österreich ansässig sein, über eine Erfindung verfügen, die verwertet werden soll und die Idee muss ein entsprechendes Verwertungspotential aufweisen.

Die Leistungen von tecma stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Potential- und Marktanalysen über nationale und internationale Verwertungsmöglichkeiten für Technologien, Erfindungen, Patente und Nutzungsrechte
- Anmeldung von Patenten und Schutzrechten unter Einschaltung von Patentanwälten; die Finanzierung kann über tecma erfolgen
- Unterstützung bei der optimalen Gestaltung von Technologieangeboten
- Suche nach geeigneten Verwertungspartnern
- Aktive Betreuung des Evaluierungsprozesses bei potentiellen Verwertungspartnern
- Führung der Vertragsverhandlungen im Rahmen des Verwertungsprozesses im Auftrag des Projektanten/ der Projektantin
- Monitoring der Lizenzverträge

Die Entwicklung der Projekte, die zwischen 2005 und 2008 abgewickelt wurden, wird in Abbildung 5 dargestellt:

Abbildung 5: Projektanzahlentwicklung

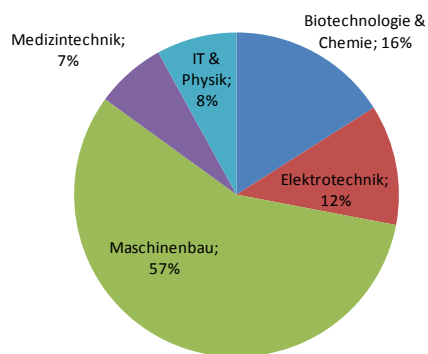


Quelle: aws blue papers, Wissenskapital 2008

Umfang: geografisch, sektoral, Themenfelder

Der überwiegende Teil der tecma-Projekte stammt aus dem Bereich Maschinenbau (57%) und Biotechnologie & Chemie (16%).

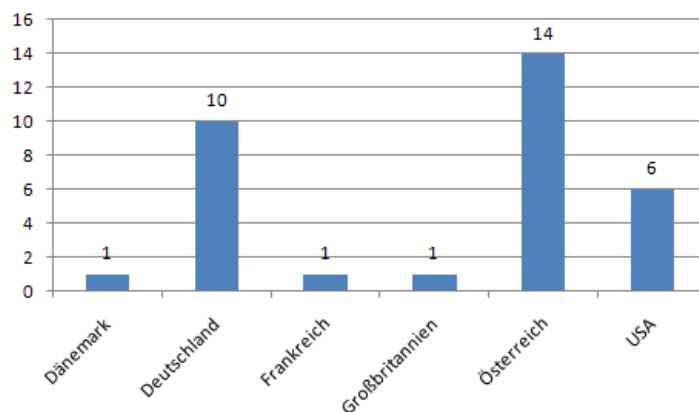
Abbildung 6: Verteilung nach Technologien (2008)



Quelle: aws blue papers, Wissenskapital 2008

In Abbildung 7 wird die Anzahl der Lizenzverträge nach LizenznehmerInnen dargestellt: Hier ist sehr klar zu erkennen, dass Verwertungsaktivitäten grenzüberschreitend sind. Zwar stammen immerhin 42 % der Lizenznehmer aus Österreich, aber der Wissens- und Technologiemarkt wird zunehmend international und enthält mehr potentielle LizenznehmerInnen als der nationale Markt.

Abbildung 7: Lizenzverträge nach LizenznehmerInnen (2001-2005)



Quelle: Jörg/ Schibany et al. (2006): Zwischenevaluierung der aws Technologieprogramme

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Gemeinsam mit uni:invent verfügt tecma über ein jährliches Budget von etwa 3 Mio. Euro.

Evaluation

Die Technologieprogramme der aws wurden 2006 von Jörg/ Schibany et al. evaluiert⁷. Dabei wurde u.a. das Programm tecma näher beleuchtet. Das Evaluationsteam kam bei der Bewer-

⁷ Vgl. Schibany/ Jörg et al. (2006): Zwischenevaluierung der aws Technologieprogramme

tung des Programms zu dem Schluss, dass sich tecma sehr klar positionieren konnte. Die Positionierung war dadurch charakterisiert, dass der Fokus auf den Transferaktivitäten aus den Universitäten lag. Des Weiteren wurde in der Evaluierung herausgestrichen, dass tecma aufgrund seiner Größe, des vorhandenen Know-hows sowie der möglichen Nutzung komplementärer Aktivitäten der aws Internationalisierungsaktivitäten auf effiziente Weise wahrnehmen kann, um auch am internationalen Technologiemarkt präsent sein zu können.

Uni:invent

uni:**invent** dient der Unterstützung österreichischer Universitäten bei der Bewertung, Patentierung und Verwertung von Erfindungen.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

Auf der Basis des UG 2002 sowie den Ergebnissen einer vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) eingerichteten Arbeitsgruppe wurde am 14. Februar 2003 eine Empfehlung des RFTE bezüglich Verwertung von F&E veröffentlicht. Die Zielsetzung dieser Empfehlung bestand darin, „ ... *Forschungsergebnisse aus den Universitäten in größerem Umfang einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen ... (um dadurch) die kommerzielle Nutzung möglichst vieler guter Erfindungen zu forcieren*“. Die Zielsetzungen der Ratsempfehlung lauten somit:

- Aufbau von Know-how an den Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen
- Aufbau von Verwertungsinfrastrukturen in Partnerschaft zwischen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Nutzung von professionellen Verwertungsagenturen für die Vermarktung von Patenten

Das Programm uni:invent – ein Kooperationsprogramm von BMWF und BMWFJ – wurde in der Ratsempfehlung vom 15. Dezember 2003 zur Finanzierung empfohlen. Die Programmlaufzeit betrug drei Jahre (Anfang 2004 – Ende 2006). Der Fokus lag auf der Implementierung einer Verwertungskultur an den österreichischen Universitäten. Nach dem Auslaufen wurde das Nachfolgerprogramm uni:invent II (Anfang 2007 – Ende 2009) aufgesetzt, das den Aufbau eines professionellen Managements geistiger Eigentumsrechte (IPR) an den teilnehmenden Universitäten unterstützt.

Programmabwickelnde Institutionen

Programmträger sind das BMWFJ und das BMWF. Die programmabwickelnde Stelle ist die aws-tecma. Sie übernimmt unterschiedliche Aufgaben wie z.B. Schulungen für die Erfinderberater, Begutachtung der Erfindungsmeldungen, Verwaltung der Patentkonten und Verwertungsaktivitäten. Auch gibt die aws nach Projektantragsprüfung (spätestens nach 6 Wochen ab Einreichung) eine Empfehlung über den Aufgriff der Erfindungsmeldung an die Universität ab; in den weitaus meisten Fällen schließt sich die Universität dabei durchaus der Empfehlung der aws an.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

In den Zielsetzungen von uni:invent ist die Forcierung der wirtschaftlichen Umsetzung von Forschungsergebnissen österreichischer Universitäten definiert. Durch gezieltes Screening ausgewählter Forschungsergebnisse auf deren Patentierbarkeit, respektive auf das kommerzielle Umsetzungspotential hin, soll die Umsetzung der österreichischen Spitzenforschung ermöglicht bzw. erleichtert werden. Die Etablierung einer nachhaltigen „Verwertungskultur“ an den Universitäten und der Aufbau von effizienten Verwertungsstrukturen durch das Programm sorgt mittelfristig für wichtige wirtschaftliche Impulse und ermöglicht den am Programm beteiligten Universitäten und ihren ForscherInnen neue Einkommensquellen. (uni:invent Folder)

Teilnahmeberechtigt sind alle österreichischen Universitäten, die Erfindungs- und Patentberatungsstellen bzw. Innovationsscouts an ihrer Einrichtung etablieren wollen. Entsprechend mussten die teilnahmeinteressierten Universitäten zu Programmbeginn ein individuelles Umsetzungskonzept erstellen. An den Einrichtungen sind verschiedene Modelle zur Etablierung der Innovationsscout(s) gewählt worden.

Das Programm ist modular aufgebaut und umfasst

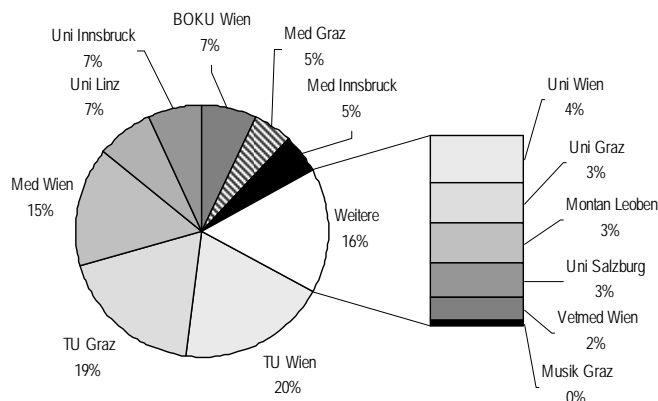
- (i) die Finanzierung von ErfinderberaterInnen und PatentberaterInnen direkt an den Universitäten (sog. Scouts),
- (ii) die Prüfung der Erfindungsmeldung und Abgabe einer Empfehlung bezüglich Aufgriff der Erfindungsmeldung an die Universitäten,
- (iii) die Patentverwertung und
- (iv) Patentfonds, ein virtueller Fonds der mit Mitteln des BMWF dotiert und für die Deckung entstehender Schutzrechtskosten genutzt wird .

Art und Höhe der Unterstützung: Die Förderung umfasst Zuschüsse und Services für die im Rahmen der Erfindungsverwertung an den Universitäten nötigen Aktivitäten. Für die teilnehmenden Universitäten selbst entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die Einreichungen erfolgen direkt bei der AWS-Tecma. Das Ausmaß der Leistungen für die einzelnen Universitäten variiert mit der Zahl der Erfindungs- und Patentmeldungen.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Das Programm uni:invent ist eine österreichweite Initiative, wobei sich die Universitäten in unterschiedlichem Ausmaß beteiligen bzw. die Leistungen in unterschiedlichem Ausmaß in Anspruch nehmen (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Erfindungsmeldungen nach Universitäten



Quelle: Schibany et al. (2009)

Sektoral beschränkt sich das Programm entsprechend seiner Zielstellung vor allem auf die Technologiebereiche, in denen Patentierungen von hohem ökonomischen Nutzen sind (vgl. Tabelle 2)

Tabelle 2: Erfindungsmeldungen nach Technologiefeldern

Institution	# Meldungen im Jahr							gesamt	Anteile							gesamt
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004		2005	2006	2007	2008	2009			
# Meldungen	110	199	341	253	287	131	1321	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%		
Biotechnologie	36	70	98	94	94	41	433	33%	35%	29%	37%	33%	31%	33%		
Chemie Verfahrenstechnik	10	39	55	37	50	20	211	9%	20%	16%	15%	17%	15%	16%		
Maschinenbau	12	25	43	29	41	20	170	11%	13%	13%	11%	14%	15%	13%		
Elektrotechnik	13	7	43	23	42	25	153	12%	4%	13%	9%	15%	19%	12%		
Physik	11	20	57	36	22	6	152	10%	10%	17%	14%	8%	5%	12%		
Medizintechnik	16	29	32	26	15	15	133	15%	15%	9%	10%	5%	11%	10%		
Informations-technologie	10	8	10	5	20	3	56	9%	4%	3%	2%	7%	2%	4%		
Computer-programm	2	1	3	3	3	1	13	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%		

Quelle: Schibany et al. (2009)

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Uni:invent wird mit Mitteln des BMWF und des BMWFJ finanziert, wobei durch das BMWF die Scouts und Schutzrechtskosten, durch das BMWFJ die Abwicklung von uni:invent durch die aws finanziert wird. Gemeinsam mit tecma steht uni:invent ein jährliches Budget von etwa 3 Mio. Euro zur Verfügung, je etwa zur Hälfte finanziert durch beide Ministerien.⁸

⁸ In der zweiten Förderperiode erfolgte die Finanzierung unter der Berücksichtigung der Sonderrichtlinie uni:invent II 2007 – 2009, wonach nach einem Pilotversuch im Jahr 2006 auch der Prototypenwettbewerb PRIZE ausgeschrieben

Evaluation

Im Rahmen eines begleitenden Monitoring wurde uni:invent halbjährlich evaluiert und zu vier Zeitpunkten Berichte erstellt (Oktober 2004, Februar und November 2005, Juni 2006). Nach Ablauf der ersten Programmphase (uni:invent I) wurde das Programm im Februar 2008 einer externen Evaluierung unterzogen, auf Basis derer die zweite Programmphase (uni:invent II) in Umsetzung gebracht wurde.

wurde; die Teilnahme an PRIZE war ausschließlich jenen Universitäten gestattet, die bereits auch an uni:invent II teilgenommen hatten.

Technologietransferstellen an Universitäten

Seit der Reform des Universitätsgesetzes 2002, wodurch den Universitäten das Verwertungsrecht für Dienstleistungen zugesprochen wurde, hat die Bedeutung von Beratungs- und Unterstützungsstellen zu IP-Rechten an den Universitäten zugenommen. Mittlerweile gibt es an allen österreichischen Universitäten, mit Ausnahme der Kunst- und Musikhochschulen, mehr oder weniger formalisierte Technologieberatungsstellen. Die Beratungsstellen an den Universitäten in Wien und Graz sind besonders professionalisiert, da die angebotenen Dienstleistungen gut aufeinander abgestimmt sind und interne Ablaufprozesse innerhalb der Universität klar definiert werden. An manchen dieser Universitäten gibt es auch eigens geschaffene Bereiche (z.B. „Erfinderservice“ an der TU Wien, „DLE Forschungsservice und Internationale Beziehungen“ an der Universität Wien, „Servicestelle Technologieverwertung“ an der TU Graz). Die Universität Innsbruck ist bspw. relativ früh im Bereich Erfindungsverwertung bzw. Schutz von geistigen Eigentumsrechten aktiv gewesen, hat ihr Angebot aber vollständig an externe Leistungsträger, wie bspw. AplusB Zentren oder spezialisierte Unternehmensgründungszentren, ausgelagert. Die Beratungsleistungen für Universitätsangestellte werden durch externe Kooperationen mit Erfindungs- und Patentverwertungsspezialisten gewährleistet. An anderen Universitäten wiederum, an denen das Beratungsangebot wenig formalisiert ist, wurden die Beratungsstellen zumeist über AplusB und/ oder uni:invent etabliert. An den Universitäten in Wien und Graz hingegen werden die Angebote, die sich aus der Teilnahme an den Bundesprogrammen AplusB und uni:invent ergeben, als zusätzliche Module im Beratungs- und Verwertungsprozess eingesetzt. Prinzipiell gilt, dass das Angebotsspektrum der Technologieberatungsstellen und dementsprechend das Ausmaß der Unterstützung für Universitätsangehörige an österreichischen Universitäten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über das vermarktungsbezogene Beratungsangebot an den österreichischen Universitäten.

Tabelle 3: Patentverwertungsstrukturen an den österreichischen Universitäten

	Teilnahme an		Technologie-transferstelle
	uni:invent	AplusB	
Universität Wien	✓	✓	✓
Medizinische Universität Wien	✓	✗	✓
Technische Universität Wien	✓	✓	✓
Universität für Bodenkultur Wien	✓	✓	✓
Wirtschaftsuniversität Wien	✗	✗	✗
Veterinärmedizinische Universität Wien	✓	✓	✓
Akademie der bildenden Künste	✗	✗	✗
Universität für angewandte Kunst in Wien	✗	✗	✗
Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien	✗	✗	✗

	Teilnahme an		Technologie- transferstelle
	uni:invent	AplusB	
Medizinische Universität Graz	✓	✓	✓
Technische Universität Graz	✓	✓	✓
Karl-Franzens-Universität-Graz	✓	✓	✓
Universität für Musik und Darstellende Kunst Graz	✗	✓	✗
Donau-Universität Krems	✗	✓	✗
Montanuniversität Leoben	✓	✓	✓
Johannes Kepler Universität Linz	✓	✓	✗
Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz	✗	✗	✗
Paris-Lodron-Universität Salzburg	✓	✓	✓
Mozarteum Salzburg	✗	✗	✗
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck	✓	✓	✓
Medizinische Universität Innsbruck	✓	✓	✗
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt	✓	✓	✗

Quelle: Internetrecherche, eigene Darstellung

3.2.2 Patentinformationsangebot des Österreichischen Patentamts

Serv.ip

Serv.ip ist seit 1994 als Informationsdienstleistungsunternehmen des Österreichischen Patentamts im Marken-, Muster- und Patentbereich tätig.

Maßnahmenkonzeption und Zielsetzung

Serv.ip führt als eigenständige Einrichtung vorrangig für KMU, jedoch offen für Firmen aller Größen sowie Patentanwälte und Privatpersonen (ErfinderInnen), unbürokratisch und schnell Recherchen in Patentdatenbanken durch. Darüber hinaus werden regelmäßig Veranstaltungen und Schulungen zum Thema Schutz geistigen Eigentums angeboten.

Zielsetzungen der Maßnahme sind:

- Information zu IPR und entsprechende Unterstützung von Firmen, insbesondere KMU in diesem Bereich. Durch Vor-Ort-Besuche auf die Bedürfnisse der Kunden zu-rechtgeschnittene Hilfestellung wird im Rahmen der Kampagne „discover.ip“ ange-boten.
- Verfügbarmachen technischer Informationen betreffend IPR (Patent-, Marken- und Gebrauchsmusterrecherchen)
- Organisation von Workshops und bewusstseinsbildenden Maßnahmen, insbesondere die Informationsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne „gedan-ken.gut.geschützt“, die von serv.ip in Kooperation mit dem Österreichischen Patent-amt abgewickelt wird
- Verfügbarmachen von Patentinformationen, Publikationen, Informationsbroschüren etc. im Internet
- Zusatzdienstleistungen, wie bspw. Patent- und Markenbeobachtung, Weiterleitung

Zielsetzung der Recherchedienstleistungen ist es vor allem auftretende Dopplungen von F&E Aktivitäten und somit Kosten frühzeitig zu unterbinden.

Maßnahmenabwickelnde Institution

Serv.ip ist eine ausgelagerte Tochterorganisation des Österreichischen Patentamts. Serv.ip ist wie ein Privatunternehmen organisiert, arbeitet allerdings ohne Gewinnabsicht jedoch mit dem Ziel der Kostendeckung. Serv.ip umfasst ca. 40 im Bereich IPR qualifizierte Mitarbeite-rInnen und kann im Bedarfsfall auf weitere 60 qualifizierte DienstnehmerInnen zurückgrei-fen.

Serv.ip arbeitet in enger Kooperation mit dem Österreichischen Patentamt und weiteren IPR-relevanten Institutionen wie regionalen Wirtschaftskammern, Industrieverbänden, Technolo-giezentren und der Patentanwaltskammer.

Das Gesamtbudget beträgt ca. 3,5 Mio. Euro pro Jahr.

Inhalt der Maßnahme: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Serv.ip ist als Einstiegsstelle für Unternehmen, ErfinderInnen und andere an IPR sowie Marktgegebenheiten/-entwicklungen Interessierte gedacht. Es bietet Recherchen in Patentdatenbanken zu folgenden Konditionen:

- *Expressrecherchen* zum Stand der Technik, die in maximal 4 Wochen abgeschlossen sind (um 1.155 Euro)
- *Expressgutachten* liefern eine Evaluierung der Patentierbarkeit der Erfindung innerhalb von maximal 4 Wochen (um 750 Euro)
- Die *Recherche zum Stand der Technik* ist wie die Expressrecherche eine Recherche zum Stand der Technik, allerdings mit einer längeren Bearbeitungsdauer (ab 2 Monate, Preis nach Vereinbarung)
- *Regelmäßige Patentbeobachtung* der wichtigsten Mitbewerber bzw. von potentiellen Kooperationspartner im relevanten Technologiefeld (um 120 Euro)
- *Patentbewertung (für österreichische KMUs)*: Das Programm IP-Score des Europäischen Patentamtes liefert wichtige Anhaltspunkte, ob sich die Investition in eine bestimmte Erfindung lohnt.

Neben den Recherchedienstleistungen organisiert serv.ip regelmäßig Veranstaltungen und Schulungen, um insbesondere KMU und UnternehmensgründerInnen für das Thema Schutz geistigen Eigentums zu sensibilisieren. Im Rahmen von kostenlosen Basisseminaren wird den TeilnehmerInnen ein Überblick über gewerbliche Schutzrechte (Erfindungs-, Marken- und Musterschutz) sowie die Unterschiede im nationalen, europäischen und internationalen Anmeldeverfahren vermittelt. Zur Vertiefung des Wissens und der Kenntnisse in Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes veranstaltet serv.ip eine Reihe kostenpflichtiger Spezialseminare und Workshops. Angeboten werden Seminare über den Markenschutz (national, die Gemeinschaftsmarke, international sowie Einblick in die Praxis, um jeweils 300 Euro), sowie spezielle Workshops zur Patentrecherche und zur Marke (um 350 Euro bzw. 650 Euro).

Im Rahmen der Kampagne „ideen.gut.geschützt“, die serv.ip in Kooperation mit dem Österreichischen Patentamt durchführt, werden bundesweit im Rahmen von Informationsveranstaltungen IPR-bezogene Informationen an Interessierte vor allem in Vorträgen vermittelt. Zielgruppe dieser Kampagne stellen insbesondere KMU dar.

Seit 2008 bietet serv.ip in Kooperation mit dem Patentamt und der aws ein neues Service für KMU, das sich „discover.ip“ nennt, an. Im Rahmen von „discover.ip“ werden bei interessierten KMU kostenlos der Status Quo im Bereich geistiges Eigentum erhoben, ein Stärken-Schwächen Profil erstellt und Empfehlungen für eine (bessere) Schutzstrategie gegeben.

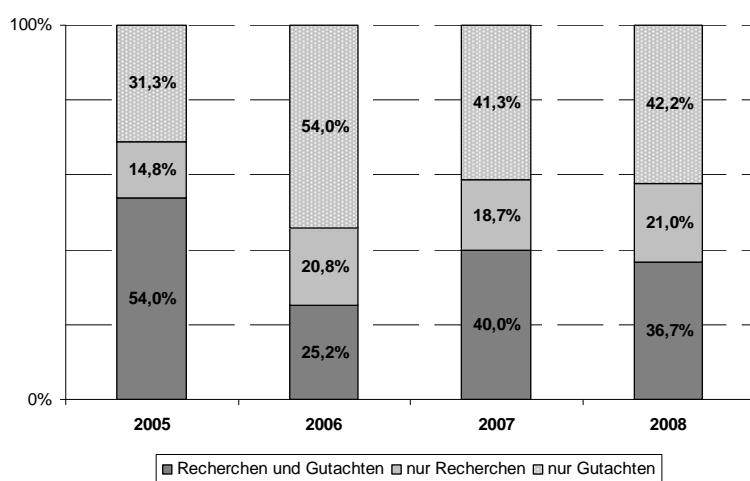
Umfang: geografisch, sektoral, Themenfelder

Serv.ip ist als unabhängig tätige Organisationseinheit des Patentamts in Wien ansässig. Das Serviceangebot ist geografisch jedoch nicht auf Wien begrenzt. Durch mögliche Online-Auskünfte können Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet bearbeitet werden. Grundsätz-

lich kann jedes Unternehmen egal welcher Branche und Größe die Serviceleistungen von serv.ip in Anspruch nehmen. Gleiches gilt für die Informationsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne „ideen.besser.schützen“ und das seit 2008 angelaufenen Service „discover.ip“.

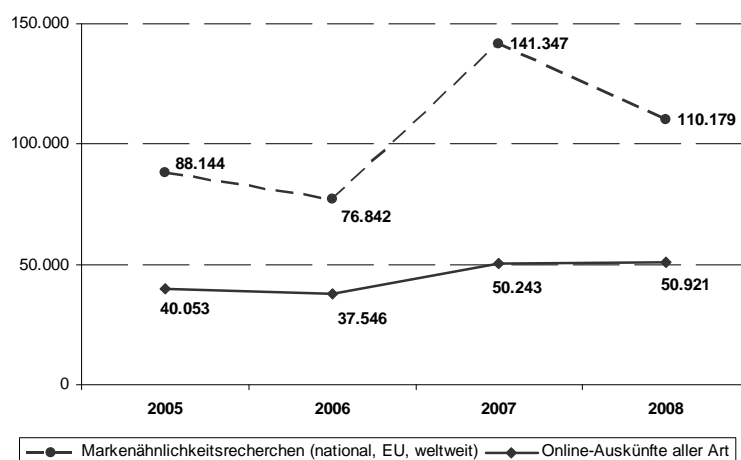
Die Entwicklung der Recherchetätigkeiten von serv.ip ist in der folgenden Abbildung dargestellt. Wie zu erkennen, hat bei den Prüfungen zur Neuheit von Erfindungen der Anteil der Paketeleistungen (Recherchen inkl. Gutachten) über den Zeitverlauf abgenommen. Die Nachfrage nach ausschließlich Gutachten resp. Recherchen hat hingegen zugenommen.

Tabelle 4: Entwicklung der Serviceleistungen zur Prüfung der Neuheit von Erfindungen durch serv.ip im Zeitverlauf (2005-2008)



Quelle: serv.ip Jahresabschlüsse (verfügbar auf der Internetpräsenz des Österreichischen Patentamts), eigene Darstellung

Tabelle 5: Entwicklung der serv.ip Serviceleistungen im Bereich Marken/ Gebrauchsmuster im Zeitverlauf (2005-2008)



Quelle: serv.ip Jahresabschlüsse (verfügbar auf der Internetpräsenz des Österreichischen Patentamts), eigene Darstellung

Im Jahr 2008 wurden von serv.ip insgesamt 2.135 Recherchen, Gutachten und Paketeleistungen (Recherchen und Gutachten) bearbeitet. Im Bereich Markenrecherchen führte serv.ip 2008 insgesamt 110.179 Rechercheaufträge auf nationaler, EU- und weltweiter Ebene durch. Darüber hinaus wurden 50.921 Online-Auskünfte aller Art bearbeitet. Die Entwicklung der Serviceleistungen Markenrecherchen und Auskünfte im Zeitverlauf ist in der folgenden Abbildung dargestellt.

Evaluation

Bisher gab es keine Evaluierung der Serviceleistungen von serv.ip. Allerdings wurde im Rahmen einer international vergleichenden Studie⁹ serv.ip als good practice Beispiel für eine öffentliche Servicestelle, die KMU den Umgang mit dem IPR System erleichtert, vorgestellt. Im Rahmen der Studie wurde auch eine Befragung einer kleinen Zahl von Unternehmen, welche die Services von serv.ip in Anspruch genommen haben vorgestellt. Eines der Ergebnisse, das sich in der Gestaltung von Informationsveranstaltungen durch serv.ip wieder spiegeln sollte, ist die Feststellung, dass die Kunden von serv.ip in zwei Segmente eingeteilt werden können, die „IPR freshmen“ und die „IPR seniors“, die aufgrund ihres unterschiedlichen Vorwissens unterschiedliche Ansprüche an die Informationsservices von serv.ip haben. Empfehlung war es deshalb, die Informationsveranstaltungen besser auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe abzustimmen. Ferner wurde eine stärker branchenbezogene Informationsweitergabe durch serv.ip angeregt (Radauer et.al 2007, S. A90).

⁹ A. Radauer, J. Streicher und F. Ohler (2007): Benchmarking National and Regional Support Services for SMEs in the Field of Intellectual and Industrial Property. Die Studie wurde von der Europäischen Kommission beauftragt und stellt alle wesentlichen öffentlich finanzierten Unterstützungsprogramme und Services für KMU im Bereich IPR in der EU, den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Japan dar. Der Annex enthält Fallstudien von 15 Services aus verschiedenen Staaten, darunter serv.ip als Beispiel aus Österreich.

discover.IP

Das Österreichische Patentamt und die austria wirtschaftsservice starteten im Oktober 2008 mit der Unterstützung des Europäischen Patentamts die Initiative discover.IP, eine neues Dienstleistungsangebot für technologisch orientierte KMUs in Österreich. Bei discover.IP wird den Unternehmen eine Analyse hinsichtlich effizienten Einsatzes von unternehmensinternem geistigen Eigentum geboten.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

Bei der Initiative discover.IP werden technologieorientierte KMUs in Österreich, beraten wie sie geistige Eigentumsrechte optimal nutzen können und werden hinsichtlich Rechtsschutzes informiert. Adressiert werden v.a. KMUs, die gar keine bis wenig Erfahrung im Bereich Schutzrechtsanmeldungen besitzen.

Ziel von discover.IP ist es, einerseits das Bewusstsein für geistiges Eigentum zu verbessern und andererseits den teilnehmenden Unternehmen die für sie passenden Möglichkeiten für eine verbesserte Nutzung aufzuzeigen.

Programmabwickelnde Institutionen

Das Projekt wird vom Österreichischen Patentamt in Kooperation mit der austria wirtschaftsservice durchgeführt. Das Österreichische Patentamt bringt das Wissen in den Bereichen gewerbliche Schutzrechte, Patentrecherche, Geheimhaltung und Dokumentation ein. Das wirtschaftliche Know-how wie Finanzierung, Patentverwertung, Lizenzierung etc. wird von der aws bereitgestellt. Durch die unterschiedlichen Schwerpunkte der Kooperationspartner kann ein ganzheitlicher Beratungsansatz angeboten werden.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

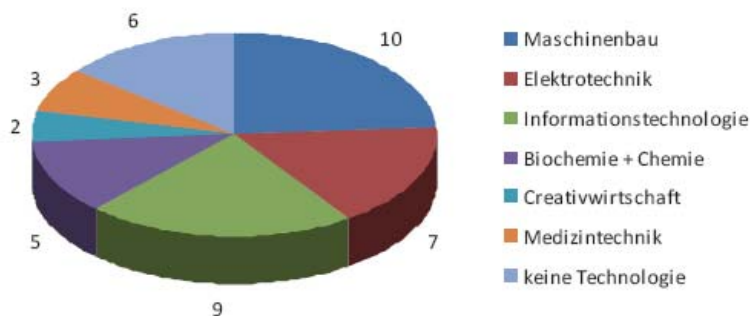
ExpertInnen des Österreichischen Patentamt und der aws besuchen das Unternehmen und erheben Schutzmöglichkeiten vor dem Hintergrund der spezifischen Situation und Strategie des Unternehmens sowie des Kooperations- und Lieferantennetzwerks. Dieses Erstgespräch wird gemeinsam mit der Firmenleitung mit einer Dauer von 1,5 bis 2,5 Stunden durchgeführt. Durch eine Kooperation mit ExpertInnen anderer Fördereinrichtungen und dem Europäischen Patentamt wird ein breites Spektrum an Empfehlungen ermöglicht.

Die Ergebnisse der Analyse werden in einem Bericht zusammengefasst und gegebenenfalls bei einem Nachfolgetermin präsentiert. Es werden die wichtigsten Handlungsoptionen besprochen und bestehende Fragen beantwortet. Diese Servicedienstleistung wird den Unternehmen unentgeltlich angeboten. Trotz des gesamtheitlichen Ansatzes, wird dennoch nicht die Dienstleistung eines Patentanwaltes/ einer Patentanwältin oder einer anderen berufsmäßigen Parteienvertretung ersetzt.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Seit Oktober 2008 gab es circa 80 Projektanfragen, wobei 60 Projekte durchgeführt wurden. Von den durchgeführten Projekten wurden bis jetzt 39 discover.IP-Projekte erfolgreich abgeschlossen. Die teilnehmenden Unternehmen sind vom Einzelunternehmer bis zum Unternehmen mit 230 Mitarbeitern in den unterschiedlichsten Branchen tätig und in 6 Bundesländern zu finden.

Abbildung 9: Tätigkeitsfelder der teilnehmenden Unternehmen



Quelle: Kögl, Christian: discover.IP – Wege zur verbesserten Nutzung von geistigem Eigentum in Unternehmen, Präsentation 14.10.2009

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Die Initiative discover.IP wurde ausgehend vom Europäischen Patent implementiert. Sie wird nicht nur in Österreich, sondern auch in 12 bis 13 anderen europäischen Ländern umgesetzt und zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur die Beratungskomponente, sondern auch die wirtschaftliche Verwertung abgedeckt wird.

25% der Kosten der Initiative werden vom Europäischen Patentamt finanziert, 75% werden von der aws und dem Österreichischen Patentamt mit Zustimmung des BMWFJ selbst getragen. Die Leistungen pro Projekt belaufen sich auf circa 1.500 Euro.

Evaluation

Nach Auskunft des Österreichischen Patentamts werden die Leistungen regelmäßig in Form einer Kundenzufriedenheitsanalyse selbst evaluiert. Die teilnehmenden KMUs verpflichten sich zu Feedback in Form eines kurzen Fragebogens an insgesamt drei Zeitpunkten: Sie erhalten einen Fragebogen mit max. 10 Fragen nach dem Erstgespräch, direkt nach Übergabe des Endberichtes sowie 12 Monaten danach.

Das Feedback der teilnehmenden Unternehmen zu den ersten Projekten ist ausgezeichnet und es zeigt sich, dass der Bedarf an einer umfassenden Dienstleistung besteht, der alle Aspekte des geistigen Eigentums mit berücksichtigt.

3.2.3 Innovatives-unternehmen.at

Das WKO/ WIFI Unternehmerservice hat es sich zur Aufgabe gemacht KMU mit Hilfe eines spezifischen Beratungsangebotes (in Form von einschlägigen Informationsveranstaltungen zum Thema Patentrecht/ Geistiges Eigentum) dabei zu unterstützen, ihre Innovationen voranzutreiben und (auch international) vermarkten zu können. Mit dem Programm innovatives-unternehmen.at wird – in enger Kooperation der jeweiligen Wirtschaftskammern in den Bundesländern sowie landeseigener Beratungs- und Förderungseinrichtungen (Agenturen) ein regional „dichtes“ Netz an einschlägiger Beratungsinfrastruktur aufgespannt. Dank der Einbindung der Wirtschaftskammern in die jeweilige regionale Wirtschaft fungiert das Programm als Multiplikator - Vermittler in Richtung der Förderagenturen. Das heißt, die teilnehmenden Unternehmen werden neben den grundsätzlichen patentrechtlichen Möglichkeiten auch über das bestehende Fördersystem der Agenturen (vor allem aws und FFG) einschlägig informiert. Das Programm sieht sich somit als Informationsanbieter und -verstärker als Teil eines Netzwerkes aller mit Fragen der geistigen Eigentumsrechte befasster Institutionen in Österreich. Im folgenden wird zunächst die grundsätzliche Struktur dieser Initiative dargestellt und anschließend werden die entsprechenden Beratungsleistungen sowie die jeweiligen eingebundenen Institutionen in den einzelnen Bundesländern aufgelistet.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

Die Wirtschaftskammer Österreich startete im Jahr 2006 die Initiative innovatives-unternehmen in Zusammenarbeit mit dem RFTE sowie dem BMWFJ, wobei das WIFI Unternehmerservice als operative Schnittstelle zu den interessierten Unternehmen fungiert. Das Unternehmerservice-Netzwerk ist die Koordinationsstelle des bundesweiten Unternehmerservice-Netzwerkes (UNS) der Wirtschaftskammern Österreichs. Es bereitet neue Themen auf, die für Unternehmen in Zukunft von Wichtigkeit sein werden und bietet zu aktuellen Themen Veranstaltungen und Publikationen an. Im Mittelpunkt der Tätigkeit des WIFI Unternehmerservice steht die Entwicklung und Koordination von geförderten Beratungsprogrammen mit Kofinanzierungspartnern. Der Projektpartner für die Informationsoffensive innovatives-unternehmen ist das BMWFJ. Die seit 2006 laufende Initiative hat es sich dabei zum Ziel gesetzt, besonders KMU dabei zu unterstützen, ihre Innovationen richtig und erfolgreich voranzutreiben. Über die Jahre wurde das Angebot ständig erweitert. Bereits 2007 fanden in den Bundesländern Patentsprechtage statt, in denen sich UnternehmerInnen von erfahrenen PatentberaterInnen kostenlos informieren, eine Datenbankrecherche und mögliche Schutzrechtsoptionen für ihr Unternehmen identifizieren lassen konnten. Auch 2009 finden in allen Bundesländern Veranstaltungsreihen statt, bei denen ein deutlicher Schwerpunkt auf Innovationen gesetzt wird.¹⁰

¹⁰ Siehe auch <http://www.innovatives-unternehmen.at/>

Programmabwickelnde Institutionen

Das Unternehmerservice-Netzwerk ist die Koordinationsstelle des bundesweiten Unternehmerservice-Netzwerkes (UNS) der Wirtschaftskammern Österreichs. Die UNS-Netzwerkpartner betreuen in den regionalen Landesberatungsstellen der WK geförderte Beratungen in jedem Bundesland. Insbesondere werden die Geschäftsfelder „Unternehmensführung & Management“, „Innovation & Technologie“, „Energie & Umwelt“ sowie „Arbeit & Gesundheit“ abgedeckt. Zusätzlich gibt es eine Ansprechpartnerin in Wien zum bundesweiten Angebot, die auch als Koordinatorin der Initiative eingesetzt wurde.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Die Informationsoffensive innovatives-unternehmen vermittelt österreichischen UnternehmerInnen, insbesondere KMU, im Rahmen von Informationsveranstaltungen und Beratungen wichtiges, neues Wissen im Bereich Unternehmertum und Innovation. Die Unternehmen werden in ihrem Innovationsprozess begleitet, indem Zugang zu nationalen und internationalen ExpertInnen, Förderinstitutionen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Verbänden sowie zu anderen Unternehmen geschaffen wird. Sie erhalten vom Unternehmerservice-Netzwerk Unterstützung bei Fragen zu vielfältigen Themen und Problemstellungen in Zusammenhang mit Inventions- und Innovationsprozessen. Insbesondere wird auch ein Überblick über die Förder-, Finanzierungs- und Vermarktungsmöglichkeiten von Innovationen, Einsatz neuer Technologien und Patentierung gegeben. Konkret finden interessierte Unternehmen Antworten zu folgenden Fragestellungen:

- Umsetzung einer Innovation von der Idee bis zur Marktreife
- Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationen
- Geeignete Innovationsförderungen
- Information zu neuen Technologien
- effizientes Projektmanagement und Prozessoptimierung
- Innovationsvermarktung im internationalen Umfeld
- Innovationsschutz durch Patentierung. Internationaler Schutz von Ideen und deren Rechtsdurchsetzung
- Möglichkeiten der Internationalisierungsförderung für innovative Unternehmen

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Die Initiative innovatives-unternehmen ist ein österreichweites Beratungsprogramm, wobei die jeweiligen Stellen der Landeswirtschaftskammern – meist in Kooperation mit einschlägigen regionalen Initiativen - die Betreuung/ Beratung vor Ort in den Bundesländern übernehmen. Es werden jährlich in allen Bundesländern Beratungs- und Informationsveranstaltungen zu einschlägigen Themen durchgeführt bzw. gibt es in jeder Wirtschaftskammer der Bundesländer entsprechende Ansprechpartner zur Initiative.

Einen Überblick über die Zahl einschlägiger Veranstaltungen (Patentsprechtage) sowie die entsprechende Zahl der Teilnehmer nach Bundesländern in den vergangenen drei Jahren gibt Tabelle 6:

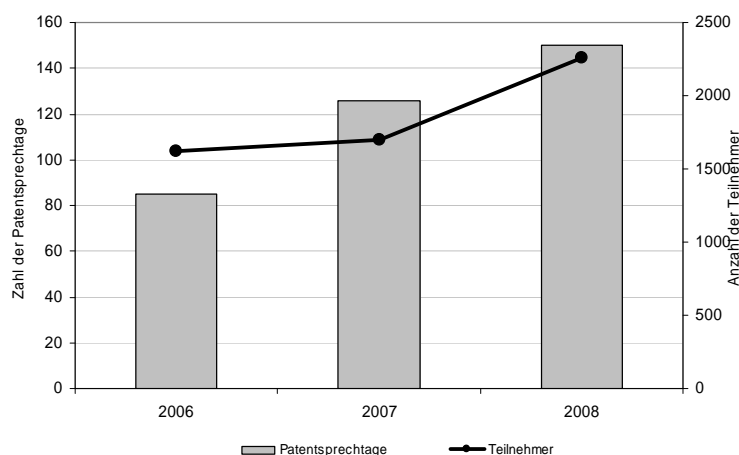
Tabelle 6: Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmer nach Bundesländer

	Patentsprechtage	Anzahl Teilnehmer
Burgenland	5	73
Kärnten	72	703
NÖ	64	913
OÖ	88	865
Sbg	43	955
Stmk	46	1616
Tirol	24	285
Vorarlberg	1	65
Wien	18	99
<i>Summe Österreich</i>	<i>361</i>	<i>5574</i>

Quelle: WKO

Die Entwicklung in den vergangenen Jahren ist in Abbildung 10 dargestellt. Die Zahl der einschlägigen Veranstaltungen (Patentsprechtage) ist deutlich gestiegen. Im Jahr 2008 wurden mit 150 Veranstaltungen fast doppelt so viele als im Jahr 2006 (85 Patentsprechtage) durchgeführt. Auch die Anzahl der Teilnehmer hat sich erhöht, und zwar von ca. 1600 im Jahr 2006 auf über 2250 im Jahr 2008. Diese hohe Zahl an Teilnehmer zeigt die große „Sichtbarkeit“ dieser Initiative auf, die – nicht zuletzt durch das flächendeckende Veranstaltungsangebot in allen Bundesländern – die Zielgruppe sehr gut erreicht.

Abbildung 10: Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmer im Zeitablauf



Quelle: WKO

Konkret finden sich in den einzelnen Bundesländern folgende Leistungen bzw. involvierten Initiativen/ Institutionen:

Burgenland

Durchführende Institution: Wirtschaftskammer Burgenland

Einschlägige Veranstaltungen und Sprechstage zum gewerbliche Schutzrechte, Patentsprechstage

Kärnten

Durchführende Institution: Unternehmerservice der Wirtschaftskammer Kärnten

Patentsprechstage (kostenlose einschlägige Information durch einen Patentanwalt), Informationsveranstaltungen zu ausgewählten, spezifischen Themen (z.B. Patentrecht, Markenrecht etc.)

Niederösterreich

Durchführende Institution: Der Technologie- und InnovationsPartner (TIP), eine gemeinsame Einrichtung der Wirtschaftskammer Niederösterreich und der Wirtschaftsförderung der Niederösterreichischen Landesregierung

TIP stellt auch eigenen Serviceleistungen wie die Analyse des unternehmerischen Innovationsumfeldes, Informationen über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten sowie die Herstellung von Kontakten zu anderen innovationsunterstützenden Einrichtungen oder Forschungseinrichtungen, Normenauskünfte und Recherchen in Patent- und Technologiedatenbanken etc. zur Verfügung. Vier Regionalstellen erleichtern den Zugang und schaffen ein flächendeckendes Netz für die einschlägige Informationsbereitstellung in Niederösterreich.

Einschlägige Veranstaltungen, Patentsprechstage, Förderungssprechstage

Oberösterreich

Durchführende Institution: Service-Center der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Die angebotenen Leistungen umfassen dabei einschlägige Veranstaltungen und Workshops, spezifische Innovationsberatung für Unternehmen, Unterstützung bei der Informationsbeschaffung zu den Themen Innovation, Förderungen, Patent- und Markenfragen und vernetzen Sie mit den relevanten Experten, finanzielle Förderung einer weitergehenden Beratung durch externe Berater und Experten, Vermittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in der Initiative Technologie- und Innovations-Management (TIM).

Salzburg

Durchführende Institution: Innovationsservice Salzburg, eine Initiative der Wirtschaftskammer Salzburg sowie des Landes Salzburg. Das Land Salzburg und die Wirtschaftskammer Salzburg haben seit 2001 diese Initiative eingerichtet, wobei ein „one-stop-shop-Konzept“ angestrebt wird. Ziel ist die Verbesserung der Treffsicherheit der eingesetzten Förderinstrumente sowie bestmögliche Transparenz im Angebot von innovationsunterstützenden Dienstleistungen. Salzburger Unternehmen werden über das Angebot an Innovationsförderungen,

Experten und Know-how-Quellen, Patenten, Technologiekoooperationen, Risikokapital sowie über technologieorientierte Unternehmensgründungen informiert.

Leistungsschwerpunkte sind: Information über Förderungen für Innovation, Entwicklungen und neue Technologien; Patentstrategien und Schutzrechte, Strategische Planung von Produktentwicklungen und Innovationen; Forschungs-, Entwicklungs- und Fördercoaching für Salzburger Betriebe; Vermittlung von Kontakten zu Forschungseinrichtungen; Informationen über neue technische Entwicklungen und Produktionsverfahren; Mitwirkung bei branchenübergreifenden Aktivitäten und regionalen Netzwerkinitiativen; Unterstützung beim internationalen Technologietransfer; Lobbying bei technologiepolitischen Initiativen des Bundes.

Steiermark

Durchführende Institution: Wirtschaftsservice der Wirtschaftskammer Steiermark

Einschlägige Veranstaltungen, Patentsprechtag

Tirol

Durchführende Institution: TIZ – Technologieberatung und -kooperation im Service Point der Wirtschaftskammer Tirol. Einschlägige Informationen/ Beratungen zum Thema Patenten, Design- und Markenschutz, Lizenzen.

Patentsprechtag, Fördersprechtag, Einschlägige Veranstaltungen (z.B. bezüglich Förderung/ Erstellung von Förderansuchen bei der FFG etc.)

Vorarlberg

Durchführende Institution: Förder- und Gründerservice der Wirtschaftskammer Vorarlberg

Veranstaltungen und Beratungen zur Thematik Ideenfindung und Ideenverwertung

Wien

Durchführende Institution: WIFI Wien

Vermittlung und finanzielle Förderung von einschlägigen Beratungsleistungen; Patentsprechtag; Patentrecherchetage

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Die (geringen) laufenden Kosten (Öffentlichkeitsarbeit für die Veranstaltungen, Unkostenerersatz für die vortragenden Referenten etc.) werden aus den jeweiligen Budgets der Landeswirtschaftskammern bzw. den WIFI-Stellen getragen. Die Konzepterstellung bzw. entsprechende Pilotveranstaltungen wurden vom BMWFJ kofinanziert.

Evaluierung

Da innovatives-unternehmen kein Förderprogramm im eigentlichen Sinn, sondern eine Informationsoffensive in Form von Veranstaltungen ist, gibt es keine Evaluierung.

3.2.4 Einschlägige Beratungsangebote der Bundesländer

Auf Ebene der Bundesländer finden sich einige zusätzliche Institutionen und Programme, die sich der Beratung von Unternehmen in den Bereichen Technologie, Innovation, F&E und Verwertung von Schutzrechten widmen. Institutionell finden sich diese Initiativen bzw. Serviceangebote zumeist in den jeweiligen Wirtschaftsförderungsagenturen der einzelnen Bundesländer, die – üblicherweise als GmbHs organisiert – ein breites Aufgabenspektrum abdecken. Teilweise sind die Initiativen auch mit der schon beschriebenen Beratungsoffensive der WKO (innovatives-unternehmen.at) verschränkt. Generell weisen auch alle diese Angebote eine Vermittlerrolle in Richtung des umfassenden einschlägigen Förderangebotes auf Bundesebene (aws, FFG) auf (teilweise auch durch Abhaltung spezieller Fördersprechtage, in denen konkrete Informationen über relevante Förderungen auf Bundesebene zur Verfügung gestellt werden). Ebenso besteht vielfach eine Verknüpfung mit der Initiative EEN (Enterprise Europe Network), so dass die einzelnen Beratungsangebote als ein vernetztes Gesamtpaket zu verstehen sind.

Burgenland (<http://www.wibag.at>)

Die Wirtschaftsservice Burgenland AG (WiBAG) wurde 1994 gegründet und ist die zentrale Schnittstelle für alle Wirtschaftsförderungen im Burgenland. Die WiBAG unterstützt Unternehmen mit Beratungsleistungen eines Beraterpools, der schwerpunktmäßig nach unterschiedlichen Fachbereichen – u.a. auch nach den Bereich Innovation und Technologie – strukturiert ist.

Kärnten (<http://www.kwf.at/>)

Im Rahmen des KWF (Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds) findet sich das Programm KWF-Beraterpool, wo entsprechende ExpertInnen mit einschlägigen Know-how Informations- und Beratungsleistungen – u.a. auch im Fachgebiet Innovation und F&E - zur Verfügung stehen. Für den Bereich Innovation/ F&E stehen dabei drei spezialisierte Beratungsunternehmen als Partner zur Verfügung.

Niederösterreich (<http://www.noe.gv.at>)

Der niederösterreichische Wirtschafts- und Tourismusfonds bietet umfangreiche Förderleistungen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation an, die folgende Förderungen umfassen:

- Förderung von industrieller Forschung und experimenteller Entwicklung
- Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen sowie Zusammenarbeit mit Forschungszentren
- Finanzierung von technischen Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld industrieller Forschung oder experimenteller Entwicklung

- Unterstützung beim Erwerb gewerblicher Schutzrechte bei KMU sowie
- Förderung junger innovativer Unternehmen

Zusätzlich zu den Leistungen des niederösterreichischen Wirtschafts- und Tourismusfonds ist die Technologiefinanzierungsgesellschaft des Landes Niederösterreich „tecnnet capital“ (<http://www.tecnet.co.at>) für die Finanzierung von technologieorientierten und innovativen Unternehmen, Management von Technologieprojekten, Patent- und Technologieverwertung sowie die Beteiligungen am Niederösterreichischen AplusB Gründerzentrum (accent Gründerservice GmbH) und dem Risikokapitalfonds tecnet equity Beteiligungs Invest AG zuständig.

Die tecnet capital bietet umfassende Beratungsleistungen bei der Verwertung von Patenten bzw. Erfindungen an. Die Unterstützung ist primär auf Institutionen aus Niederösterreich ausgelegt. Sie sieht ihre Leistungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Marktplatz im Bereich Technologietransfer und positioniert sich als Verwertungspartner für Forschungszentren sowie als kompetenter Geschäftspartner für Industriebetriebe. In Beratungsgesprächen werden gemeinsam mit dem Forschungspartner Strategien zum Schutz seiner Forschungsergebnisse entwickelt. Des Weiteren übernimmt die tecnet capital die Technologiebewertung und Marktanalyse von Patenten bzw. Erfindungen sowie ihre anschließende Vermarktung.

Oberösterreich (<http://www.catt.at>)

CATT Innovation Management GmbH

Die CATT Innovation Management GmbH unterstützt und begleitet Unternehmen und Institutionen aus Oberösterreich in den Bereichen Forschungs-, Mobilitäts- und Innovationsförderungen sowie Technologietransfer und Schutzrechte. Mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot positioniert sich die CATT als „one-stop-shop“ im Innovationsmanagement. Zu den Auftraggebern zählen u.a. das Land Oberösterreich, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, die Wirtschaftskammer Oberösterreich sowie die Europäische Kommission.

Die CATT begleitet ihre Kunden beginnend mit einer individuellen Beratung über Vorgehensweisen für Schutzrechtsideen sowie Rahmenbedingungen einer Schutzrechtsanmeldung, bis hin zu Schulungen zur Weiterbildung von MitarbeiterInnen im Bereich von Schutzrechtsangelegenheiten (z.B. Intensivschulung im Ausmaß von 1,5 Tagen).

Die CATT führt Beratungsgespräche über die Möglichkeiten von Patentrecherchen durch. Unternehmen können sich im Rahmen der monatlichen TIM-Recherchetage und der Patentberatungstage, die abwechselnd bei der CATT und im WIFI OÖ abgehalten werden, beraten lassen. Geförderte Beratung bietet die Wirtschaftskammer OÖ mit der Initiative „Ideenbewertung mit dem Innovationsradar“ an. Hier werden 2/3 der externen Beratungsleistungen (max. 1.056 Euro) gefördert, die bei einer Beurteilung der technischen Realisierbarkeit und der Marktchancen von neuen Ideen entstehen.

Nach der Beurteilung der Eignung einer Erfindung wird auch eine Unterstützung bei der Patentverwertung durch die CATT angeboten. Die CATT fungiert zusätzlich als Regionalpartner des EEN und kann daher Unternehmen kostenlose Leistungen wie die Erstellung von Technologieprofilen, die Suche nach Kooperationspartnern sowie die Unterstützung bei der Patentverwertung und die Ermittlung und Auswahl eines Lizenznehmers anbieten. Bei Bedarf wird auch ein Coaching bei der Vorbereitung und Durchführung von Lizenzverhandlungen mit dem Verwertungspartner durchgeführt. Muster von Lizenzverträgen können dafür zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus gibt es seit dem Jahr 2000 TIM (Technologie- und Innovations-Management), eine Technologieberatungsinitiative des Landes Oberösterreich und der Wirtschaftskammer Oberösterreich, die im Rahmen der Initiative innovatives-unternehmen.at von der CATT Innovation Management GmbH und der WKO Oberösterreich abgewickelt wird. Ziel von der Initiative TIM ist es, eine umfangreiche und kostenlose Beratung und Begleitung bei technischen Entwicklungsprojekten für oberösterreichische Unternehmen anzubieten. Ausgehend von einer Idee oder einer konkreten technischen Aufgabenstellung sucht TIM die geeigneten Experten, überprüft das geplante Projekt auf Übereinstimmung mit den relevanten Technologieförderungen und entsprechender Finanzierungen. TIM recherchiert projektbezogen den aktuellen Stand des Wissens und gibt erste Hilfestellung zu Fragen des Schutzes bzw. der Patentierfähigkeit von Innovationen.

Salzburg (<http://www.salzburg.gv.at/themen/wt/zis-homepage.htm>)

Das ZIS (Zentrum für Innovation und Standortpolitik) ist das zentrale Serviceportal als „one-stop-shop“ für die Salzburger Wirtschaft in allen Fragen die Wirtschaft, Innovation und Technologie betreffen. Bestandteil des ZIS ist die ITG Salzburg (Innovations- & Technologietransfer Salzburg GmbH), die – neben vielfältigen anderen Aufgaben im Bereich (regionalem) Innovationsmanagement – auch als Anlaufstelle für Unternehmen, die Information im Bereich Innovation und Technologietransfer benötigen, fungiert. Unter anderem organisiert die ITG eine Road-Show für KMU, wo in Form von Veranstaltungen Informationen speziell für kleine und mittlere Unternehmen in Bezug auf Fördermöglichkeiten in Österreich und auf EU-Ebene vermittelt werden.

Steiermark (<http://www.sfg.at>)

In der Steiermark werden die Aufgaben des Enterprise Europe Network in einer Kooperation zwischen SFG (Steirische Wirtschaftsförderung) und dem Internationalisierungszentrum Steiermark ICS wahrgenommen. Die SFG übernimmt dabei alle Agenden rund um das Thema des europaweiten Technologietransfers.

Zusätzlich bietet die SFG in ihrem Angebot rund um Technologie und Innovation auch Unterstützung bei der Inanspruchnahme von externen Beratungsleistungen an. Im Rahmen des Förderprogramms Rat!Geber werden Beratungskostenzuschüsse gewährt. Für weiterführende Informationen zu den Themen Patentschutz, Markt- und Technologierecherchen wird auf die Leistungen der AWS verwiesen.

Tirol (<http://www.zukunftsstiftung.at>)

Neben ihren vielfältigen anderen Aufgaben im Bereich der (technologieorientierten) Standortpolitik bietet die Tiroler Zukunftsstiftung für interessierte Unternehmen auch einschlägige Beratungsleistungen im Bereich einschlägiger Förderungen (Landes-, Bundes-, EU-Ebene) sowie Technologiebrokering und Netzwerkbildung an. Diese Brokering- bzw. Vermittlungsfunktion kann von allen am Standort Tirol interessierten Personen und Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Vorarlberg (<http://www.wisto.at/>)

Mit der Wirtschafts-Standort Vorarlberg GmbH (WISTO) existiert in Vorarlberg eine Beratungseinrichtung, die einschlägige Dienstleistungen im Technologiebereich und Patentwesen anbietet. Darüber hinaus ist WISTO auch das regionale Büro des internationalen Netzwerks der EEN (Enterprise Europe Network) und somit die Verbindungsschiene zur Suche und Erschließung europäischen Know-hows und europäischer Kooperationspartner im Zusammenhang mit technologischen Problemstellungen.

Das Beratungsangebot von WISTO umfasst (neben der generellen Förderungsberatung über entsprechende Programme auf Landes-, Bundes- und Europaebene) einschlägige Technologie- und Patentrecherchedienste (Technologie- und Patentanalysen) sowie Patentsprechtag bei denen Fragen zur Problematik von Marken- und Schutzrechten in individuellen Einzelgesprächen behandelt werden können. Die Patentsprechtag finden im ungefähren Monatsrhythmus statt.

Wien (<http://www.zit.co.at>)

Seit März 2008 bietet das Zentrum für Innovation und Technologie (ZIT) Technologieberatung als neue Dienstleistung an, um insbesondere den Bedürfnissen von KMU besser entsprechen zu können. Das ZIT unterstützt Unternehmen kostenlos bei der Suche nach den richtigen ExpertInnen zur Lösung von technologischen Fragestellungen, bei der Suche nach Fördermöglichkeiten zur Finanzierung des Innovationsprojekts und bei der Vermittlung von Kontakten zur Klärung von offenen Fragen in anderen Bereichen wie z.B. Marktanalyse, gewerbliche Schutzrechte.

3.2.5 go international

Die Internationalisierungsoffensive „go international“ richtet sich an alle Unternehmen, die entweder zum ersten Mal Exportaktivitäten aufbauen oder aber neue Märkte erschließen wollen.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

„Go international“ ist eine Initiative zur Außenhandelsförderung der WKO und des BMWFJ mit einer Laufzeit von fünf Jahren (2003-2007). Sie beruht auf einem Drei-Säulen-Ansatz, der die drei Säulen der österreichischen Außenwirtschaft, also Warenexporte, Dienstleistungsexporte und ausländische Direktinvestitionen, zu adressieren versucht und in allen drei Bereichen spürbar wirksam werden möchte.

Bei der Programmkonzeption wurde sehr großer Wert auf die Schaffung eines Stakeholder Value gelegt. Dementsprechend wurden bei der Ausarbeitung der Maßnahmenpakete (in den Bereichen Exportmotivation, Branchen- und Themenfokussierung, internationale Bildungs- und Technologievernetzung und Dienstleistungsexport) die Ideen und Interessen aller beteiligten Gruppen (Wirtschaft, Wirtschaftsforschung, Interessensvertretungen, öffentliche Verwaltung) eingebunden. Eine intensive Zusammenarbeit mit der WKO sowie Workshops und Kontakte der Stabstelle für Strategische Außenwirtschaft, insbesondere auch mit Multiplikatoren wie Geschäftsbanken, dienen ebenfalls dem Programmziel. Die von go international gesetzten Maßnahmen sind flexibel genug um¹¹:

- spezifische Stärken der österreichischen Außenwirtschaft wie der Marktanteil auf bestimmten Zielmärkten, etwa in Osteuropa oder die starke Stellung auf Nischenmärkten zu unterstützen und strukturelle Schwächen beseitigen zu helfen,
- sowohl Kleinunternehmen, die erstmals in den Export gehen wollen, als auch „Exportprofis“, die neue Märkte erschließen wollen, entsprechende Unterstützung anbieten zu können, sowie
- für Zielmärkte mit besonderem Potential länder- oder regionenspezifische Maßnahmenpakete anbieten zu können.

Anfang 2008 wurde der Fördervertrag für go international zwischen der WKO und dem BMWFJ bis März 2009 verlängert. Infolgedessen wurden u.a. auch die Beschreibungen der einzelnen Maßnahmen adaptiert und in diesem Zusammenhang auch vermehrt quantitative Input-Ziele definiert bzw. bestehende Ziele erweitert.

Programmabwickelnde Institutionen

Das BMWFJ hat gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich 2003 die Internationalisierungsoffensive „go international“ gestartet, um die österreichische Exportwirtschaft bei

¹¹ Bezugnehmend auf das Dokument „Hintergrund, Zielsetzungen und Schwerpunkte von go international“:
<http://www.go-international.at/fileadmin/go/Programm/gointernationalHintergrundZielsetzungenSchwerpunkt.pdf>

ihren erfolgreichen außenwirtschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen. Die Außenwirtschaft Österreich der WKO ist für die Koordination und Implementierung der Initiative zuständig.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Zielgruppe der Initiative go international sind Unternehmen, die bereits im Export aktiv sind oder in ausländische Märkte eindringen wollen. Die Unterstützung der Unternehmen rangiert von Beratungsleistungen bis hin zur Kofinanzierung von Auslandsengagements/ Exporttätigkeiten. Die Leistungen im Einzelnen lassen sich dabei wie folgt in Tabelle 7 darstellen.

Tabelle 7: Förderbereiche der Initiative go international

1 Exportmotivation	2 Branchen- und Themenfokus
Motivation und Information für Neuexporteure Internetportal für Exporteure Export-Startpaket und Exporthandbuch Kompetenzwerkstatt für Auslandsengagement Exportberatung und Exportbegleitung Markterkundungen jenseits der Grenze Internationalisierung durch Nachbarschaftsförderung Export-Angels im Ausland Marktpräsenz durch Inkubator-Büros Peer-Netzwerke zwischen österreichischen Niederlassungen und Partnern im Ausland Weltweiter Unternehmensauftritt im Internet (www.advantageaustria.org)	Branchenfokus Förderung österreichischer Gruppenausstellungen im Ausland ,Going to‘ – Nutzung strategisch wichtiger Investitions- und Absatzmärkte Wissenschaftliche Fachkongresse um Symposien Export-Kooperationen für den Markteintritt Direktförderung von Incoming Missions Finanzierung von Beratungskosten im Ausland
3 Internationale Technologievernetzung	4 Wettbewerbsfähigkeit durch Bildung
Stärkung der globalen Technologiepräsenz Zukunftsreisen in High-tech Zentren Zugang zu internationalen Technologieeinrichtungen und High-tech Partnern Internationale Technologievernetzung zwischen Firmen ,Gazellenförderung‘ für Österreichs Technologie-Unternehmen	Bewusstseinsstärkung für internationale wirtschaftliche Zusammenhänge Vernetzung von Bildungseinrichtungen Weiterbildungsprogramme für österreichische Auslandsniederlassungen und –projekte Internationalisierung von Human Resources Wissen von MigrantInnen als Zukunftschance
5 Dienstleistungsexport und internationales Projektgeschäft	
Projekte internationaler Finanzinstitutionen & EU Netzwerkprojekte für die Wirtschaft Exportplattform für den Planungs- und Beratungsbereich Fokus: Export von Dienstleistungen Weltweite Positionierung der österreichischen Kreativwirtschaft Sponsoring österreichischer Projekte im Ausland	

Quelle: <http://www.go-international.at/go-international/foerderprogramme/index.php>, Stand April 2010.

Rückblickend wurde im Jahr 2008 (aufgrund der Vertragsverlängerung) der Maßnahmenkatalog von go international adaptiert: Bemerkenswert dabei ist, dass die Maßnahme „Innovati-

onsvermarktung“ zunächst auf KMU beschränkt und die Förderung für Patente auf Länder außerhalb der EU/ EFTA Ländern eingeschränkt wurde. Schließlich folgte per 1. April 2009 eine neuerliche Richtlinie, auf Basis derer zwar Beratungskosten im Bereich IPR (wie z.B. Anwaltskosten) geltend gemacht werden können, sonstige Maßnahmen zwecks Innovations-schutzes und –vermarktung zukünftig jedoch explizit kein Themenfeld der WKO sind. In diesem Bereich interessierte Unternehmen werden an die aws weitergeleitet.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Österreichweite Initiative, die alle exportorientierten Sektoren adressiert.

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

go international umfasst Maßnahmen aus Bundesmitteln im Umfang von insgesamt 40,3 Mio. Euro, komplettiert um außenwirtschaftliche Initiativen und Programme der Wirtschaftskammer Österreich im selben Ausmaß (bis Frühjahr 2009).

Evaluation

Das Maßnahmenbündel von go international wurde in zwei Studien näher untersucht: Das WIFO erstellte im Jahr 2007 bzw. 2008 eine Zwischenbilanz der Internationalisierungsoffensive; aufbauend auf diesen Ergebnissen wurde Anfang 2009 eine Evaluierungsstudie zu den Maßnahmen der Internationalisierungsoffensive vom Institut für Betriebswirtschaftslehre des Außenhandels der Wirtschaftsuniversität Wien¹² verfasst.

Ziel der WIFO-Studie (Horvath und Janger, 2008) war es, eine erste Zwischenbilanz der Internationalisierungsoffensive go international zu ziehen. Zunächst wurden die knapp 30 Maßnahmen beschrieben und das Förderungsdesign der einzelnen Maßnahmen anhand volkswirtschaftlicher Effizienz- und Effektivitätsgrundsätze beleuchtet. Aufgrund der kurzen Zeit seit Beginn der Offensive war eine Nachzeichnung der Wirkungen nur eingeschränkt möglich. Die deskriptive Statistik zeigte aber durchaus positive Anhaltspunkte für mögliche durch go international ausgelöste Veränderungen, die zu einem späteren Zeitpunkt bei Vorliegen längerer Zeitreihen ökonometrisch überprüft werden können.

Die Evaluation der WU Wien baut auf den Ergebnissen der Zwischenbilanz des WIFO auf. Die Maßnahmen wurden hinsichtlich ihrer Erfüllung der vertraglichen Vorgaben überprüft. In vielen Fällen beschränkte sich die Überprüfbarkeit dabei auf inputseitige Zielsetzungen, weil eine outputseitige Zielvorgabe nur bei wenigen Maßnahmen explizit vorgesehen ist. Ergänzend wurden noch die Resultate eines internationalen Vergleichs mit ausländischen Exportförderungs- und Internationalisierungsprogrammen vorgestellt, die zur Ableitung von Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung des Programms beitragen.

¹² Siehe Moser (2009).

3.2.6 OPEV

Der Österreichische Innovatoren-, Patentinhaber- und Erfinderverband (OPEV) ist die Interessensvertretung der Innovatoren, ForscherInnen und EntwicklerInnen sowie der Inhaber von Patenten und Gebrauchsmustern.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

Wenige Jahre nachdem 1899 das Österreichische Patentgesetz in Kraft getreten ist, wurde die zentrale, unabhängige Anlaufstelle, der Österreichische Erfinderverband gegründet, welcher sich die Unterstützung österreichischer Erfindungen zum Ziel setzte. Im Laufe der Zeit wurde der Verein in den Österreichischen Innovatoren-, Patentinhaber- und Erfinderverband umbenannt.

Der OPEV positioniert sich als Plattform, die die Ideen der ErfinderInnen mit den Vorstellungen und Bedürfnissen der Wirtschaft verbindet. Durch ein Netzwerk an ExpertInnen, die unentgeltlich die Mitglieder der OPEV beraten, werden die beiden Gruppen – ErfinderInnen und Wirtschaft – zusammengeführt.¹³

Programmabwickelnde Institutionen

Der Österreichische Innovatoren-, Patentinhaber- und Erfinderverband ist ein gemeinnütziger Verein, der nicht auf Gewinn ausgerichtet ist. Seine Mitglieder sind unterschiedlichen Bereichen wie Einzelerfinder, universitäre Institute, Selbstständige, Firmen, etc. zugeordnet.

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Der OPEV begleitet seine Mitglieder teilweise von der Idee bis zur Vermarktung mit Beratungsleistungen, die auch die Präsentation von Erfindungen auf internationalen Messen beinhaltet (z.B. Internationale Messe für Erfindungen und Neuheiten in Nürnberg/ Deutschland, WISA St. Pölten). Es werden die nachfolgenden Unterstützungsleistungen angeboten:

- Erlangung von Patenten und Gebrauchsmustern (juristisch und technisch)
- Patentrechtliche Beratung, Betreuungsarbeit
- Publikmachen von Ideen, Patenten, Gebrauchsmustern und Marken mittels Information in der Öffentlichkeit, Österreichische Erfinderzeitung (welche mind. 4x jährlich erscheint) und Erfindermessen
- Betreuung auf Erfindermessen im In- und Ausland
- Beratung bei Marketing und Werbemaßnahmen
- Unterstützung und Hilfe bei Prototypenbau und Verwertung von Erfindungen
- Hilfe bei der Verwertung von Erfindungen zur Erzielung eines Nutzens für den Erfinder und für die österreichische Wirtschaft.

¹³ Für weitere Informationen siehe <http://www.erfinderverband.at>.

Zusätzlich zu den Beratungsleistungen organisiert der OPEV Vorträge, Workshops und Seminare sowie Verkaufstrainings. Insgesamt werden jährlich rund 200 Beratungen durchgeführt (130 Beratungen durch Patentanwälte, 70 sonstige Beratungen).

Im Rahmen des Schulwettbewerbs „jugend innovativ“ unterstützt der OPEV die GewinnerInnen mit Reisepreisen. Um Österreich bei internationalen Wettbewerben, Messen und Workshops und wissenschaftlichen Camps weltweit zu vertreten, finanziert die OPEV jährlich drei bis sechs Erfindungen (d.s. mindestens zwei SchülerInnen pro Erfindung). Das jährliche Budget der Reisepreise (in Form von Reisekosten und Kostenübernahme für einen Messtand) umfasst rund 7.000 Euro.

Ein wichtiges Anliegen des Patentinhaber- und Erfinderverbandes ist die Zusammenführung von ErfinderInnen und Unternehmen. Der OPEV stellt für Firmen den Kontakt zu entsprechenden ErfinderInnen her. Des Weiteren können sich Betriebe bei der Vermarktung ihrer Erfindung beraten lassen.

Um das Angebot des Erfinderverbandes für seine Mitglieder aber auch für PartnerInnen aus der Wirtschaft noch attraktiver gestalten zu können, wurde eine virtuelle Verwertungsbörse auf www.erfinderverband.at ins Leben gerufen. Darin können ErfinderInnen ihre Erfindungen mit detaillierten Informationen platzieren. Dieser Service ist für Mitglieder kostenlos. Unternehmen haben auf dieser Plattform die Möglichkeit, unter den umfangreichen Erfindungen zu suchen und anschließend Kontakt mit den jeweiligen ErfinderInnen aufzunehmen. Unternehmer – insbesondere KMU – haben aber auch die Möglichkeit, anhand einer Problembeschreibung aktiv nach einem Auftragserfinder zu suchen.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Innerhalb der Netzwerke gibt es regionale Konzentrationen, z.B. Erfindergruppe Wien, Niederösterreich, Burgenland, jedoch herrscht keine themenspezifische Begrenzung vor.

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Der OPEV ist ein Verband, der sich größtenteils aus den ehrenamtlichen Tätigkeiten seiner Mitglieder finanziert. Das jährliche Gesamtbudget des Verbands beträgt rund 70.000 Euro.

Evaluation

Keine Evaluation bekannt.

3.2.7 Enterprise Europe Network (EEN)

Das Enterprise Europe Network ist die zentrale Anlaufstelle für Organisationen zu Themen rund um den EU-Binnenmarkt, die europäische Forschungsförderung und den grenzüberschreitenden Technologietransfer.

Programmkonzeption und Zielsetzung der Maßnahme

Das CIP (Competitiveness and Innovation Programme) ist das zentrale Programm der EU zur Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Im Rahmen des CIP wurde das Enterprise Europe Network geschaffen, welches Firmen und Forschungseinrichtungen bei Internationalisierungsaktivitäten am Europäischen Markt unterstützt.¹⁴ Das Enterprise Europe Network vereinigt seit Beginn 2008 die früheren „Euro Info Centres“ (EU Rechts-, Förder- und Unternehmenskooperations-Services) und die „Innovation Relay Centres“ (Technologietransfer). Es bietet Information, Beratung und Unterstützung rund um den EU Binnenmarkt, die europäische Forschungsförderung und den grenzüberschreitenden Technologietransfer.

Das Enterprise Europe Network unterstützt Unternehmen und F&E Einrichtungen bei der Suche und Verwertung von innovativen Technologien und F&E Ergebnissen in Europa. Die Aufgabe besteht darin für österreichische Firmen und Forschungseinrichtungen europäische Kooperationspartner für

- Produktions-, Vertriebs-, Lizenzabkommen,
- Joint-Ventures, technische Zusammenarbeit
- Forschungs- und Entwicklungsprojekte

zu finden.

Programmabwickelnde Institutionen

Im Rahmen der EEN arbeiten EU-weit (plus Kandidaten- und Beitrittswerberländern) 4.000 ExpertInnen in über 70 regionalen Konsortien mit mehr als 500 lokalen Partnerorganisationen für die Anliegen der Unternehmen insb. KMU im jeweiligen Land. In Österreich obliegt die Koordination und Strategieplanung gemeinsam der WKÖ und der FFG. Die operative Arbeit im EEN Österreich ist regional und nach thematischen Zuständigkeiten auf verschiedene Partner aufgeteilt, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist:

Tabelle 8: regionale und thematische Zuständigkeiten der EEN Partner in Österreich

Bundesland	Abwickelnde Stelle	Thematische Zuständigkeiten
Wien, NÖ, Burgenland	WKO, FFG, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds	EU Business Services, Binnenmarktbeschwerden, SOLVIT, Int. Technologiekoooperation, Technologietransfer, FP7, IKT Ausschreibungen, CIP Programm, Koordina-

¹⁴ Für weitere Informationen siehe <http://www.enterpriseeuropenetwork.at/>

		tion EEN und Dokumentation
Oberösterreich	WK Oberösterreich, CATT Innovation Management GmbH	EU Business Services, OÖ Förderlobby EU+, Technologietransfer, FP7,
Steiermark	Internationalisierungszentrum Steiermark GmbH (ICS), Steirische Wirtschaftsförderung (SFG)	EU Business Services, Technologietransfer
Kärnten	WK Kärnten	EU Business Services, Technologietransfer
Salzburg	WK Salzburg	Technologietransfer, Innovationsservice, FP7
Tirol	WK Tirol, Büro für Europäische Programme (BEP)	EU Business Services, EU Information und Beratung, EU Förderungen, Unternehmenskooperationen, Steuer- und Zollausskünfte, Auskunft zu Waren- und Dienstleistungsverkehr, Technologietransfer, Leitung EEN
Vorarlberg	WK Vorarlberg, WISTO – Wirtschafts-Standort Vorarlberg GmbH	EU Business Services, Technologietransfer

Quelle: <http://www.enterpriseeuropenetwork.at/>

Inhalt der Initiative: Voraussetzungen, Zielgruppe, Art und Höhe der Unterstützung

Das Leistungsangebot des Enterprise Europe Network umfasst die europaweite Erschließung von optimalen Förder- und Kooperationsmöglichkeiten für KMU:

- *EU-Rechtsauskünfte:* Informationen z.B. darüber, welchen Vorschriften ein Produkt unterliegt und was KMU bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen beachten müssen.
- *Information zu EU Fördermöglichkeiten:* Das Enterprise Europe Network bietet eine Erstberatung zu Fördermöglichkeiten - sowohl auf EU Ebene als auch national. Anhand einer groben Projektbeschreibung werden Programme recherchiert, die in Frage kommen. Zudem steht den KMU mit dem „EU-Förderguide“ ein kostenloses Internet-Tool zur Verfügung, u.a. mit Informationen über aktuelle Ausschreibungen aus EU-Förderprogrammen.
- *Anbahnung von internationalen Unternehmenskooperationen:* Hilfe bei der Suche nach Geschäftspartnern - insbesondere durch die europaweite Kooperationsdatenbank und die Organisation von „Match-Making-Events“.
- *Unterstützung beim internationalen Technologietransfer:* Unterstützung bei der europaweiten Vermarktung und Suche von Technologien und F&E Ergebnissen, Information durch eine europaweite Technologiedatenbank, persönliche Kontaktanbahnung durch „Technologie Match-Making-Events“.
- *Information zu Ausschreibungen im Rahmen des CIP* (IKT, Energie, Ökoinnovationen)
- *Information zum 7. EU Forschungsrahmenprogramm:* Beratung zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, spezielle für Ausschreibungen, die für KMU relevant sind.

- *Information zu Finanzierungsmöglichkeiten* durch die Europäische Investitionsbank (EIB)

Im Rahmen eines Beratungsgesprächs wird der Technologiebedarf einer Institution analysiert und Möglichkeiten für internationale Kooperationen konkretisiert. Entsprechend dieser Analyse erhält das KMU eine auf seine Ansprüche zugeschnittene Unterstützung. Zusätzlich werden u.a. Fragen zu Themen wie Verwertung von Innovationen, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte bei internationalen Lizenzverträgen sowie Benutzung und Anmeldung von Marken von den zuständigen Ansprechpartnern im EEN beantwortet.

In der nachfolgenden Tabelle wird ein Überblick über das Ausmaß der Beratungs- und Informationsleistungen im Bereich Technologietransfer des EEN gegeben:

Tabelle 9: Technologietransfer in Zahlen (Innovation Relay Centre Austria - 4 Jahre)*

Betreute Kunden	14.800
Firmenbesuche, Firmenaudits	1.140
Erstellte Technologieprofile	1.450
Verbreitete Technologieprofile	16.000
Technologie Newsletter Abonnenten	1.200
Internationale Kooperationsbörsen	34
Ö Teilnehmer bei int. Kooperationsbörsen	1.180
Kontakte für österreichische Technologien	2.150
Kontakte für ausländische Technologien	2.400
Erfolgreiche Technologietransfers	105

**Das Enterprise Europe Network vereinigt seit Beginn 2008 die früheren „Euro Info Centres (EU Rechts-, Förder- und Unternehmenskooperations-Services) und die „Innovation Relay Centres“ (Technologietransfer)*

Quelle: <http://www.enterpriseeuropenetwork.at/>

Der Zugang zu nationalen und internationalen Technologie- und Forschungsk Kooperationen wird durch die Bereitstellung eines online Technologie-Markplatzes für Österreich und Europa erleichtert. Ziel ist es, Anbieter und Nachfrager für marktreife Forschungsergebnisse, technologische Innovationen, technische Problemstellungen und F&E-Kooperationen zusammenzuführen. Die EEN Partner unterstützen Unternehmen und F&E-Einrichtungen bei Fragestellungen zur

- Identifizierung von neuen Absatzmärkten für Innovationen
- Vermittlung von Lösungsanbietern und –nachfragern
- Lizenzierung und Verkauf von Patenten und Forschungsergebnissen.

Durch die Bereitstellung einer Online Datenbank sowie einer maßgeschneiderten Partnersuche können nationale bzw. internationale Akteure identifiziert werden, die technologische Innovationen entwickeln. Des Weiteren wird Hilfestellung bei der Entscheidung Forschungsprojekt versus Technologietransfer geleistet.

Zielgruppe des EEN sind in Österreich vor allem KMU. Es werden jedoch auch Großunternehmen und Forschungseinrichtungen betreut. Der Kontakt kommt sowohl durch Anfragen der Unternehmen selbst als auch durch die umgekehrte Kontaktanfrage durch die EEN Institutionen (FFG, WKO etc.) zu Stande. In der Regel wird im Bereich Technologietransfer für ein anfragendes österreichisches Unternehmen nach einem passenden Partnerunternehmen im EU Ausland gesucht zu dem dann der Kontakt durch die EEN Institution(en) angebahnt wird. Danach obliegt es den Unternehmenspartnern ihr Geschäft weiter im Miteinander abzuwickeln, d.h. die EEN Institution(en) ziehen sich wieder zurück. Sie stehen allerdings jederzeit erneut zur Verfügung sobald es in der Unternehmenspartnerschaft Probleme gibt und erneut um Rat angesucht wird.

Umfang: geographisch, sektoral, Themenfelder

Das Enterprise Europe Network umfasst 600 Partnerorganisationen in 40 Ländern mit mehr als 4.000 ExpertInnen. In Österreich ist das Enterprise Europe Network durch 12 regionale Partnerorganisationen in allen Bundesländern vertreten.

Auf der Homepage des EEN wird eine Statistik zur Verfügung gestellt, die einen Überblick über die Anzahl der Technologieprofile je Technologiebranche gibt. Die Anzahl der Technologieprofile gibt weiters Aufschluss, wie viele Firmen und F&E-Einrichtungen bei welchen Technologiebranchen registriert sind.

Tabelle 10: Verteilung der Technologiebranchen

Technologiebranche	Anzahl Technologieprofile
Industrielle Fertigung, Material- und Transporttechnologien	4.939
Elektronik, Informationstechnologien und Telekommunikation	4.211
Biologie/ Biotechnologie	2.347
Sicherheit und Umweltschutz	1.786
Energie	1.542
Industrielle Technologien	1.382
Lebensmittelindustrie	1.074
Technische und Exakte Wissenschaften	923
Messtechnik und Standards	838
Land- und Forstwirtschaft und Marine Ressourcen	516
Wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte	265

Quelle: <http://www.enterpriseeuropenetwork.at/marktplatz/>

Finanzierungsquellen, Gesamtbudget

Das Enterprise Europe Network wird von der Europäischen Kommission zu 50 % gefördert und um nationale Gelder ergänzt, die von der Wirtschaftskammer Österreich zur Verfügung gestellt werden. Ein Großteil der Serviceleistungen kann daher kostenlos oder mit geringer Selbstbeteiligung der Unternehmen angeboten werden. Das österreichweite Budget beträgt 2,5 Mio. Euro für eine Zeitspanne von drei Jahren.

Evaluation

Da das EEN in seiner jetzigen Ausgestaltung erst seit März 2008 agiert, gibt es zum derzeitigen Zeitpunkt keine Evaluationen. Das Vorgängernetzwerk der Innovation Relay Centers ist zwar mehrfach evaluiert worden, mit der Schließung dessen Internetpräsenz sind die Evaluierungen jedoch nicht mehr verfügbar.

4 Modul 2: Analyse und Assessment des aws-Programms IPP (Innovationsschutzprogramm)

Ziel dieses Kapitels ist es, einen Einblick in das österreichische Innovationsschutzprogramm IPP zu geben. Ausgehend von der Motivation, ein solches Programm in Österreich zu etablieren, zum einen angesichts der als Handelspartner immer bedeutsamer werdenden Schwellenländer und das Bestreben international agierender Unternehmen, ihre Produkte auch in diesen Märkten vor Fälschungen und Piraterie zu schützen, sowie zum anderen angesichts einer Vielzahl von auf internationaler sowie nationaler Ebene etablierten Programme, die sich dieser schutzrechtlichen Problematik gezielt annehmen, soll nicht nur der Inhalt, sondern auch der bislang erzielte Erfolg dieses Programms in Österreich dargestellt werden.

Hierzu gilt es, zunächst die Positionierung dieses Programms innerhalb des Programmportfolios der aws zu betrachten, sowie anhand von ausgewählten Indikatoren eine Leistungsbeurteilung vorzunehmen. Um auch die Sicht externer stakeholder, in diesem Fall von Fördernehmern sowie der Verantwortlichen eines in der Vergangenheit in Österreich dem IPP sehr ähnlich aufgesetzten Programms der WKO („go international“), einzubeziehen, wurde eine Reihe von Gesprächen und Interviews geführt. Die Ergebnisse dieser qualitativen Kurzumfrage sollen schließlich ebenso dargestellt werden wie die daraus ergebenden Verbesserungspotentiale für die zukünftige Ausrichtung des Programms.

4.1. ZUR MOTIVATION DES PROGRAMMS IPP IN ÖSTERREICH

Das Innovationsschutzprogramm (IPP) wurde 2006 im Rahmen des KMU-Pakets vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend beauftragt und hat die allgemeine Zielsetzung *„österreichische, primär Klein- und Mittelunternehmen, bei der Schaffung, Durchsetzung, Verwertung und Überwachung ihrer geistigen Eigentumsrechte zur Stärkung und Festigung ihres Wachstums-, Innovations- und Internationalisierungspotentials effizient zu unterstützen.“* Für das Programm verantwortlich ist die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws), Österreichs Förderbank für unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung, deren Hauptaufgabe es ist, einerseits Unternehmensfinanzierungen zu unterstützen und andererseits Know-How und Informationen für Unternehmen bereitzustellen. So auch in diesem Falle, wo die aws die Betreuung des Innovationsschutzprogramms übernommen hat und somit zum einen mittels Beratungs- und Serviceleistungen, sowie zum anderen mittels finanzieller Unterstützung den Unternehmen zum Thema Schutz geistiger Eigentumsrechte im Speziellen in Schwellenländern wie China, Indien oder Russland zur Seite steht.

Ausschlaggebend für die Entwicklung bzw. Etablierung eines solchen Programms wie IPP in Österreich waren vor allem zwei Fakten: zum Ersten die Bedenken österreichischer Unternehmen, ihre Produkte im Sinne einer umfassenden Verwertung ihrer Forschungs- und Entwicklungsleistung in vor allem den genannten Schwellenländern und Wachstumsmärkten nicht genügend schützen zu können; und zum Zweiten die Entwicklung einer Vielzahl von Programmen und Initiativen auf internationaler wie auch nationaler Ebene, die sich – politisch

motiviert – explizit diesem Problem annehmen. Beide Fakten sollen in Folge kurz dargestellt und erläutert werden.

4.1.1 Die strategische Bedeutung der Schwellenländer China, Indien und Russland

Angesichts dessen dass Länder wie China, Russland und Indien als Wirtschaftsstandort i.w.S. (verstanden als Standort für Exporte/ Importe, Direktinvestitionen, Technologiekoooperationen etc.) für österreichische Unternehmen in den vergangenen Jahren an strategischer Bedeutung zunehmend gewonnen haben, lässt sich diese Entwicklung wie folgt anhand mehrerer Dimensionen argumentieren.

Zum Ersten weisen die betreffenden Länder allein aufgrund ihrer Größe ein *enormes Marktpotential* auf und bieten somit entsprechende Absatzchancen für (exportorientierte) österreichische Unternehmen. Diese Länder konnten in den vergangenen Jahren beträchtliche (teilweise zweistellige!) Wachstumsraten ihrer Volkswirtschaften erzielen. Insbesondere China (aber auch Indien) hatten zudem keinen gravierenden Einbruch ihrer Volkswirtschaften im Zuge der globalen Wirtschaftskrise 2008 und in den darauf folgenden Jahren zu verzeichnen: Lediglich ihre Wachstumsraten gingen etwas zurück, begannen sich aber rasch (d.h. im Jahr 2009) wieder auf hohem Niveau zu erholen. Dieses rasante Wirtschaftswachstum hat natürlich entsprechende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zur Folge, zum einen im Infrastrukturbereich (Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung, Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikationsinfrastruktur etc.) und zum anderen auch im Bereich von Investitionsgütern für die jeweils rasch wachsenden industriellen Sektoren. Darüber hinaus führt das nachhaltige Wirtschaftswachstum aber auch bereits zu einer Ausbildung einer entsprechend kaufkräftigen Mittelschicht, die bezüglich ihrer Konsumbedürfnisse zunehmend bei den westlichen Wohlfahrtsstaaten Anleihen nimmt. Für alle diese Marktpotentiale finden sich in Österreich Unternehmen, die in bestimmten Nischen technologisch mit zur Spitze zu zählen sind und eine entsprechende (Welt-)Marktposition aufweisen. Viele dieser Unternehmen sind auch bereits auf diesen Märkten aktiv vertreten. Dennoch sollte trotz aller (durchaus berechtigter) Euphorie hinsichtlich der beachtlichen Marktpotentiale dieser Länder aber nicht vergessen werden, dass deren derzeitiger Stellenwert für Österreich (bzw. österreichische Unternehmen) doch ein begrenzter ist. Auch wenn von deutlichen Steigerungen in den nächsten Jahren auszugehen ist, bleibt jedoch das Faktum bestehen, dass für Österreich nähere Märkte in den EU-Staaten weiterhin eine überragende Rolle spielen werden.

Zur Abschätzung des Marktpotentials lassen sich in erster Linie die Exporte Österreichs in die betreffenden Länder heranziehen. Insgesamt betragen die Exporte Österreichs im Jahr 2009 (vorläufige Ergebnisse der Statistik Austria vom 5. März 2010) 94,2 Mrd. Euro.¹⁵ Ein Großteil dieser Exporte entfallen dabei auf EU-Länder (plus Schweiz) und hier wiederum auf die Nachbarländer, wobei Deutschland (mit 29,2 Mrd. Euro) natürlich den größten Anteil auf sich zieht. Die Exportwerte für die hier betrachteten Länder betragen 2,1 Mrd. Euro in die Russische Föderation, 2,0 Mrd. Euro nach China und knapp 0,6 Mrd. Euro nach Indien. Somit sind – *v.a. Russland und China – durchaus beachtliche Handelspartner* und übertreffen z.B. die

¹⁵ Damit drückt sich auch der starke Einbruch der Exporte aufgrund der Wirtschaftskrise aus. Im Jahr 2008 betragen die Gesamtexporte Österreichs noch 117,5 Mrd. Euro.

absoluten Werte von Ländern wie z.B. Slowenien (2,0 Mrd.), Slowakei (1,8 Mrd.), Spanien (1,7 Mrd.) oder die Niederlande (1,6 Mrd.).

Von insgesamt knapp 4.300 Auslands-tochterunternehmen österreichischer Unternehmen¹⁶ entfallen etwa nur 82 (mit ca. 28.200 Beschäftigten und 3,8 Mrd. Euro Jahresumsatz) auf die Russische Föderation und 79 (bzw. plus 15 Unternehmen in Hongkong) auf China (12.000 plus 250 Beschäftigte und 2,1 Mrd. plus 0,09 Mrd. Euro Jahresumsatz). Zum Vergleich: Insgesamt beträgt die Zahl der in österreichischen Auslandsstöchern beschäftigten Personen 760.000 bei einem gesamten Jahresumsatz von 178,3 Mrd. Euro. Die zunehmende strategische Bedeutung dieser Länder drückt sich auch in den Patentanmeldungen Österreichs an den entsprechenden nationalen Patentämtern (in China, Indien und Russland) aus. **Patentanmeldungen sind hoch korreliert mit dem entsprechenden Handelskaufkommen** (letztlich geht es ja auch darum, marktfähige Erfindungen vor Nachahmung zu schützen, eine Patentanmeldung im Geltungsbereich eines ausländischen Patentamts drückt daher ein direktes Interesse für den dortigen Absatzmarkt aus).¹⁷ Lagen z.B. in China die österreichischen Patentanmeldungen Mitte der 1990er Jahre noch unter 50 Anmeldungen pro Jahr, wurden in den vergangenen Jahren Werte von 346 (2007) bzw. von 379 (2008) Anmeldungen erzielt.¹⁸ Die entsprechenden Werte für Indien betragen 52 (2004) bzw. für Russland 162 (2008). Während in Indien die Zahl der Anmeldungen im Zeitablauf relativ konstant bleibt (Schwankungen um die 50 Anmeldungen pro Jahr) stiegen die Anmeldungen in Russland ebenfalls stark an, noch Mitte der 1990er Jahre wurden hier lediglich um die 40 Anmeldungen pro Jahr registriert. Dies lässt darauf schließen, dass das Marktpotential Indien von österreichischen Technologieunternehmen (die grosso modo patentaffiner sind) derzeit in noch vergleichsweise geringem Ausmaß wahrgenommen wird.

Die Bedeutung dieser Länder als Technologiestandort für österreichische Unternehmen kann auch anhand der Co-Patentierungen erfasst werden, d.h. für österreichische Patente wird ermittelt, inwiefern auch ausländische Erfinder am Patent beteiligt waren.¹⁹ In den Jahren 2003 bis 2006 betrug die Zahl der österreichischen Patentanmeldungen via Europäisches Patentamt in Summe 6.820 Anmeldungen, davon waren 1.710 Patentanmeldungen mit mindestens einem ausländischen Ko-Erfinder angemeldet worden. Die meisten Ko-Erfinder sind in Deutschland beheimatet (1085), gefolgt – bereits mit großem Abstand – von der Schweiz (280) und den USA (128). Auf die hier betrachteten Länder entfallen nur relativ wenige Patentanmeldungen mit Ko-Erfindern: Indien (8), China (7), Hongkong-China (5) sowie die Russische Föderation mit 7. Insgesamt zeigt sich somit, dass offensichtlich erst eine kleine Anzahl von Unternehmen Technologieentwicklung in diesen Ländern (bzw. mit Beteiligung von Ingenieuren/ Wissenschaftlern dieser Länder) durchführt.

Das **technologische Potential bzw. die F&E-Aktivitäten** sind in diesen Ländern ebenfalls nicht zu unterschätzen. China hatte in den letzten Jahren mit einer der stärksten Wachstumsraten bezüglich FuE-Aufwendungen und liegt mit einer F&E-Quote von derzeit ca. 1,5 % des BIP (zum Vergleich: 0,5 % Mitte der 1990er Jahre) bereits im Bereich von einigen hochent-

¹⁶ Als österreichisches Auslandsunternehmen werden hier Unternehmen mit Standort außerhalb von Österreich verstanden, die mehrheitlich (> 50 %) unter Kontrolle eines in Österreich ansässigen Mutterunternehmens stehen.

¹⁷ Als Hauptherkunftsland für Produktfälschungen gilt heute China; einem Bericht der Europäischen Kommission zufolge sind 2008 immerhin 55 % der gefälschten Produkte diesem Land zuzuordnen.

¹⁸ Datenquelle: WIPO, Dezember 2009. Zum Vergleich: Die Zahl der österreichischen Patentanmeldungen am US-amerikanischen Patentamt stieg von ca. 500 - 600 Mitte der 1990er Jahre auf 1438 (2007) bzw. 1408 (2008).

¹⁹ Datenquelle: OECD Patent Statistics (2010).

wickelten OECD-Ländern. Indien weist zwar relativ gesehen noch geringe FuE-Intensitäten auf, allerdings sind die absoluten Zahlen - was entsprechende Humankapitalkapazitäten (Ingenieure, Naturwissenschaftler etc.) betrifft - allein aufgrund der schieren Größe Indiens durchaus beachtlich. Zudem weist Indien etliche FuE-orientierte Ausbildungsstätten auf, die auf eine jahrzehntelange Tradition auf hohem wissenschaftlichem Niveau bauen. Insgesamt gelten beide Länder als attraktiv für die Ansiedlung von FuE-Labors durch multinationale Unternehmen.

Schließlich betrifft ein weiterer Punkt (der vielfach in den Medien, aber auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion oft besonders herausgestrichen wird) die Position dieser Länder als *Produktionsstandort in der globalen räumlichen Arbeitsteilung* multinationaler Unternehmen. Dabei werden konzernintern den verschiedenen Produktionsschritten jene Länder als Produktionsstandort zugeteilt, in denen die entsprechenden Standortfaktoren besonders günstig ausgeprägt sind. Im Falle der hier betrachteten Länder China und Indien sind das vor allem Lohnkostenvorteile aufgrund des enormen Arbeitskräftepotentials bei im Vergleich zu (West-)Europa sehr niedrigen Löhnen.²⁰ Tatsächlich konnte sich in den letzten Jahrzehnten vor allem China aufgrund dieser Standortfaktoren als bedeutender Produktionsstandort für multinationale Unternehmen etablieren, während Indien vor allem als Standort für die Erbringung von (räumlich handelbaren) Dienstleistungen (z.B. Lohnverrechnung und andere back office services, Software-Erstellung und -wartung, Datendienste etc.) etablieren konnte. Eine empirische Einschätzung der Bedeutung dieses Standortmotivs für österreichische Unternehmen ist mit den vorliegenden Daten nur sehr bedingt möglich. Direktinvestitionsstatistiken sind hierfür nur teilweise geeignet, da ausländische Direktinvestitionen auch (bzw. u.U. vor allem) aufgrund des Marktmotivs (Bearbeitung des ausländischen Absatzmarktes durch die entsprechenden Vor-Ort-Produktionsstätten) getätigt werden. Anekdotische Evidenz zeigt aber, dass durchaus einige österreichische Unternehmen aufgrund dieses Motivs in diesen Ländern Produktionsstandorte (bzw. entsprechende Zulieferverflechtungen unter österreichischer Kontrolle) aufgebaut haben. Allerdings ist anzumerken, dass aufgrund der relativen Kleinheit von österreichischen Unternehmensgruppen, lohnkostenmotivierte Ansiedlungen und Investitionen in den vergangenen Jahren hauptsächlich in Osteuropa bzw. Südosteuropa getätigt wurden, wo die entsprechenden Lohnkostenvorteile ebenfalls vorhanden sind (und in Fall von Ländern wie Rumänien oder der Ukraine auch auf mittlere Frist hin noch bestehen bleiben werden).

4.1.2 IPR-Schutzprogramme im internationalen Kontext

Das Problem der Produktpiraterie und -fälschungen wird seit Mitte dieses Jahrzehnts auch seitens der Europäischen Kommission verstärkt aufgegriffen und in anderen Ländern aktiv angegangen. Zu diesem Zwecke wurden gezielt politisch gestützte Programme entwickelt, welche vor allem auf bewusstseinsbildende Maßnahmen abzielen. Einen Überblick hierzu verschafft Technopolis 2007 in der Studie „Effects of counterfeiting on EU SMEs and a re-

²⁰ Hierzu ist anzumerken, dass auch die Produktivität in diesen Ländern entsprechend geringer ist. Allerdings kann konzernintern die Produktivität eines Standorts (z.B. aufgrund der Ausstattung mit einem modernen Kapitalstock und entsprechenden Ausbildungsprogrammen für die ArbeitnehmerInnen) die Produktivität beträchtlich höher sein als die aggregierten makroökonomischen Werte. Da die (durchschnittlichen) Löhne allerdings auf Basis der aggregierten mak-

view of various public and private IPR enforcement initiatives and resources“. Die meisten Programme beschränken sich dabei auf (1) IP Bewusstseinsbildung, (2) Bereitstellung von Informationen zu IPR, sowie (3) Schulungen und Workshops. Auch sprechen viele Programme eine größere Zielgruppe an (z.B. Forscher, Politiker) und rufen zu einer stärkeren Zusammenarbeit aller beteiligter Akteure auf. Selten gibt es eine Spezialisierung auf besonders schutzbedürftige Märkte oder wird sogar Unterstützung in Form monetärer Mittel geboten. Im Weiteren wird eine Auswahl von Programmen und Initiativen auf EU-Ebene sowie auch auf nationaler Ebene vorgestellt.

Auf EU-Ebene: Ausgewählte Beispiele

Programm China IPR SME Helpdesk

Institution: EU von der DG Enterprise

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen

Gründung: 2008

Kurzbeschreibung: Der China IPR SME Helpdesk bereitet Wissen für den Schutz von IPRs in China auf. Es versteht sich als erste Anlaufstellen für KMU in Europe, die Probleme hinsichtlich IPRs haben oder erwarten. China IPR SME Helpdesk soll bei der Verwertung der IPRs und auftretenden Risiken helfen. Es werden auf einer Online-Plattform kostenlos Informationen zur Verfügung gestellt, erste Beratungstools und Schulungsmodulare. Des Weiteren werden ebenfalls Workshops in China als auch Europa angeboten.

Website: <http://www.china-iprhelpdesk.eu/>

Programm: IPR dialogues China

Institution: Europäische Kommission, DG Trade

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen

Gründung: 2004

Kurzbeschreibung: Zwar hat China seit 1980 und speziell mit dem WTO Eintritt den Standard seiner IPRs verbessert, trotzdem leiden viele EU Firmen unter wirtschaftliche Schäden durch Fälschungen und Produktpiraterie. Die EU und China führen deshalb jährlich (seit 2004) Dialoge in Brüssel und Peking durch, um Schwächen zu identifizieren und sich auf Verbesserungen zu einigen. Da Umsetzungen auf diesem politischen Level schwierig sind, wurde 2005 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die fokussierte Diskussionen und Analysen durchführt und sowohl Vertreter der Industrie als auch andere relevante Akteure integriert. Die Arbeitsgruppe widmet sich jährlich einem neuen Industriezweig/ Thema (2005: Pharmazie, 2006: ICT, 2007: Engineering, 2008: Online Piraterie / Copyrights, 2009: Trademarks). Zusätzlich wurden zwei IP Experten vom Europäischen Patentamt und EU Trademarks and Designs Registration Office im Namen der EU nach Peking geschickt.

roökonomischen Produktivität ermittelt werden, können somit Produktionsstandorte multinationaler Unternehmen an derartigen Niedriglohnstandorten – zumindest mittelfristig - beträchtliche Vorteile erzielen.

Website:

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/intellectual-property/dialogues/>

Programm: IPR enforcement Surveys and Priority Countries

Institution: EU Kommission, DG Trade

Dienstleistungsangebot: Bereitstellung von Informationen

Gründung: 1. Befragung 2005

Kurzbeschreibung: Alle zwei Jahre wird von der EU Kommission eine Befragung zur Durchsetzung von IPR durchgeführt. Basierend auf dieser Befragung wird eine Liste von „Priority Countries“ erstellt, in denen Produktfälschungen und -piraterie ein ernsthaftes Problem ist. Diese Länder werden in den EU Programmen gesondert berücksichtigt. China ist „Priority Country“ Nummer 1. Im Jahr 2008 haben 700 KMU aus 70 Ländern an der Umfrage teilgenommen.

Website:

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/intellectual-property/enforcement/>

Programm: PATLIB

Institution: European Patent Office (EPO)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen, kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen

Gründung: mind. seit 1995

Kurzbeschreibung: Das EPO in Kooperation mit den nationalen Patentämtern unterstützt ein Netzwerk von Patent Informationszentren („PATLIB Centres“) in Europa. Vornehmlich sind die „PATLIB Centres“ in den nationalen Patentämtern oder Hochschulen angesiedelt. „PATLIB Centres“ stellen Patentinformationen auf Grundlage von nationalen und internationalen Patentdatenbanken zur Verfügung. MitarbeiterInnen haben bewusstseinsfördernde Module entwickelt, bieten individualisierte Beratungen und Trainingsprogramme an. Einige „PATLIB Centres“ kooperieren mit Anwälten und Unternehmensberatungen. „PATLIB Centres“ kontaktieren KMU aktiv und bieten ihre kostenlosen (oder gering bezahlten) Dienstleistungen an. Zum Austausch der einzelnen „PATLIB Centres“ findet jedes Jahr die „PATLIB Conference“ statt. Zurzeit gibt es 328 „PATLIB Centres“ in 34 Ländern.

Website: <http://www.epo.org/patents/patent-information/patlib/directory.html>

http://www.wipo.int/sme/en/best_practices/patlib.htm

Programm: EU-China Project on the Protection of Intellectual Property Rights (IPR2)

Institution: European Patent Office

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen

Gründung: 2007-2011

Kurzbeschreibung: Die EU stellt in diesem Programm 16,2 Mio. Euro zur Verfügung, um China mit technischen Details bei der Verbesserung der rechtlichen und administrativen

Rahmenbedingungen beim Aufbau eines international wettbewerbsfähigen IPR Systems zu unterstützen. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Durchsetzung von IPRs. Auf der Chinesischen Seite arbeitet das Wirtschaftsministerium (Ministry of Commerce) mit Einbeziehung von ca. 20 weiteren Regierungsakteuren und auf der Europäischen Seite ist das Europäische Patentamt durch ein Team in Peking vertreten. Seit Beginn 2010 wurden Roadmaps für die Implementierung von Patentgesetzen (Februar 2010) und Copyrightgesetzen (April 2010) veröffentlicht.

Website: www.ipr2.org

Programm: Transatlantic Intellectual Property Rights (IPR) Collaboration

Institution: Europäische Kommission, DG Relex (Partner: AWS, Technopolis, Eurochambres, US Chamber of Commerce, AT Consult)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen

Gründung: 2008-2009

Kurzbeschreibung: Das Projekt zielt auf eine Zusammenarbeit der USA und EU (1) im Bereich IPR Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit und bei KMU ab und (2) in dem internationalen Vergleich von IPR Strategien als Antwort auf deren Verletzung. Dabei steht Asien, insbesondere China, im Mittelpunkt der Diskussion, trotz hoher Schutzrechtsverletzungen innerhalb der EU und USA. Ergebnisse der Diskussionen ergaben bei der EU Schwächen in der bisherigen Datenlage zu Fälschungen und Produktpiraterie. Darüber hinaus wurde auf die zielgruppenspezifische Arbeit in der Bewusstseinsbildung aufmerksam gemacht und auf den gemeinsamen Nutzen von Politikempfehlungen in diesem Bereich hingewiesen, die von den EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden können. Auch in Zukunft wollen/ sollen die EU und die USA ihre Zusammenarbeit intensivieren, mit dem Ziel, ein starkes internationales IP Rechtssystem zu bewahren. Die Idee der gemeinsamen Kooperation hat mit diesem Programm einen Anfang gefunden, praktische Instrumente und wirkliche Schutzmechanismen für KMU sind aber in der Zukunft nicht zu erwarten.

Website: <http://www.ipr-policy.eu/>

Programm: The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA)

Institution: EU Kommission

Dienstleistungsangebot: Bereitstellung von Informationen

Gründung: 2007

Kurzbeschreibung: Seit 2007 begannen die EU und eine Reihe von anderen WTO Staaten mit der Ausarbeitung eines internationalen Abkommens - the Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Das Ziel ist eine internationale Kooperation zu etablieren, rechtliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten und Durchsetzungsinstrumente von IPRs zu entwickeln. Bisher haben sieben Gesprächsrunden ohne schriftliche Ergebnisse stattgefunden.

Website:

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/intellectual-property/anti-counterfeiting/>

Auf nationaler Ebene: Ausgewählte Beispiele

Belgien: The Counterfeiting Round Tables

Verantwortliche Institution: Ministre pour l'Entreprise et la Simplification, Service Public Fédéral Economie, Service Public Fédéral Finances

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung

Gründung: 2006

Kurzbeschreibung: Das Ministre pour l'Entreprise et la Simplification, Service Public Fédéral Economie und Service Public Fédéral Finances haben insgesamt 10 "Runde Tische" organisiert, bei denen öffentliche Einrichtungen, der Zoll und Branchenvertreter auf der einen Seite und IPR Besitzer auf der anderen Seite zusammenarbeiteten. Es wurden drei Arbeitsgruppen um folgende Themen herausgebildet: (1) Aufsicht und Kontrolle von IPRs, (2) rechtliche Aspekte und (3) bewusstseinsfördernde Maßnahmen. Nur die letzte Arbeitsgruppe war kürzlich noch aktiv. Zu ihren Leistungen zählte die Durchführung einer Befragung, um herauszufinden welche Kenntnisse über IPR vorhanden sind und wo Informations- und Beratungsbedarf besteht. Ein wichtiges Ergebnis der "Runde Tische" ist die Verschiedenheit der einzelnen Branchen. Während z.B. die Textilindustrie wenig Interesse an zusätzlichen Schutzmaßnahmen zeigt, ist die pharmazeutische Industrie dankbar. Des Weiteren stellte sich heraus, dass KMU Programme, die alleine auf Bewusstseinsbildung abzielen, z.B. durch Broschüren, als wenig wirksam wahrgenommen werden.

Website: www.minfin.fgov.be; www.mineco.fgov.be

Deutschland: APM-Aktionskreis Deutscher Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie

Verantwortliche Institution: APM e.V.

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen

Gründung: 1997

Kurzbeschreibung: Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Markenverband initiierten 1997 die Gründung des „Aktionskreises gegen Produkt- und Markenpiraterie e.V. (APM)“. APM ist die führende Organisation in Deutschland, die gegen Produktpiraterie kämpft und gilt als sehr gut organisiert. Mitglieder sind mittlere und große Unternehmen aus Deutschland und dem Ausland. Unternehmen sind vornehmlich aus der Automobil-, Textil- oder Maschinenbauindustrie. Die Aufgabe von APM besteht (1) in der Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Politikern und Behörden, (2) in der Organisation von Veranstaltungen und Schulungen zum Thema Fälschungen sowie (3) in der Unterstützung von Firmen beim Vorgehen gegen Rechtsverstöße auf dem Gebiet des geistigen Eigentums (Monitoring-Aktivitäten, Untersuchungsteams).

Website: <http://www.markenpiraterie-apm.de/index.php>

Frankreich: Regional Fund of Industrial Property Diffusion (Fonds Régional de Diffusion de la Propriété Industrielle (FRDPI))

Verantwortliche Institution: National Institute of Intellectual Property (INPI)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen, kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen

Gründung: seit 2001 ist das INPI aktiv beim Bewerben von IPR-Schutz, genauer Launch dieses Programms nicht bekannt

Kurzbeschreibung: FRDPI unterstützt bewusstseinsbildende Maßnahmen und Schulungen im Bereich IPR für KMU, Unternehmer, Forschungsinstitute, Forscher und Studenten. Das INPI bietet sowohl Hilfe bei der administrativen als auch der technischen Weiterentwicklung von Unternehmen in IPR-Fragen. Bis zu 50% der unternehmerischen Kosten kann FRDPI tragen. Außerdem werden innerhalb des Programms Konferenzen, Workshops und Schulungen angeboten, IPR Diagnosen erstellt und Lehr- und Kommunikationsmodule entwickelt.

Website: <http://www.inpi.fr/>

Frankreich: Pre-diagnosis Industrial Property (Pré-diagnostic propriété industrielle)

Verantwortliche Institution: National Intellectual Property Office (INPI) at the regional level

Dienstleistungsangebot: kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen

Gründung: 2004

Kurzbeschreibung: Pre-Diagnosis Industrial Property ist eine Initiative zur ex-ante Bestimmung und Evaluierung von IPRs für KMU, deren Kapazitäten für Marken- und Patentregistrierungen und deren Management beschränkt sind. Die Pre-Diagnose wird von Experten des INPI durchgeführt. Die Kosten dafür werden gänzlich von der INPI getragen.

Website: <http://www.inpi.fr/>

Großbritannien: UK National IP Crime Strategy

Verantwortliche Institution: Patent Office

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen

Gründung: 2004

Kurzbeschreibung: Diese Initiative, unterstützt durch die Regierung in Großbritannien, versteht sich einerseits als „clearing house“ für Institutionen und Firmen, die sich mit IP Fragen beschäftigen (Zoll, Kammern, Verbände, Rechtssprecher) und andererseits als Beratungsinitiative. Die Initiative ist breit aufgestellt. Sie unterstützt Forschung im Bereich Produktpiraterie, bietet Schulungen und Austauschmöglichkeiten für Experten, publiziert Studien über die Funktionalität von IP-Systemen und sorgt für praktisch anwendbare Instrumente. Das Wissen wird Schwellenländern, wie China, zugänglich gemacht. Es wurde ein Roadmap für britische Unternehmen erstellt, die beim Schutz und bei der Durchsetzung von IPRs in China helfen soll.

Website: www.patent.gov.uk/ipcrimestrategy.pdf

Großbritannien: ACID (Anti Copying In Design)

Verantwortliche Institution: ACID (private company)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen, kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen
Gründung: 1998

Kurzbeschreibung: Diese Organisation hat über 1.000 Mitglieder aus kreativen Industrien (z.B. Designer, Architekten, Manufacturers). ACID unterstützt seine Mitglieder im Schutz, in der Verwertung und in der Kommerzialisierung von IPRs. Das Ziel von ACID besteht aus mehreren Säulen:

- 1) Educate to Protect™: Bewusstseinsfördernde Programme, Seminare und Beratungen, in denen IPRs in zielgruppengerechte und anwendbare Instrumente übersetzt werden. Daraus soll eine Strategie zur Prävention von Fälschung und Produktpiraterie auf Unternehmensbasis entwickelt werden.
- 2) Mediate to Resolve™: Mit diesem Programm soll Bewusstsein für alternative Streit-schlichtungsverfahren wie Mediation und Arbitration geschaffen werden. Es werden Standardvorlagen für Mediationen and Mitglieder herausgegeben.
- 3) Commission it, Don't Copy it™: Diese Initiative zielt auf eine Vereinbarung von Käufer und Verkäufer ab, Produkte nicht zu kopieren.
- 4) IP Audits: One-to-one Beratungen für Unternehmen werden angeboten, die zu einer IP Strategie führen sollen.
- 5) ACID LOBBY™: Seit 2004 versucht ACID sich durch Öffentlichkeitsarbeit Verhör bei Ministerien, Bildungseinrichtungen und der Öffentlichkeit zu verschaffen.

Website: <http://acid.eu.com/>

Italien: Anticounterfeting Desks (Desk Anticontraffazione)

Verantwortliche Institution: Istituto per il Commercio Estero (ICT)
 Ministero Sviluppo Economico (Ministry of Economic Development) mit Unterstützung von Istituto per il Commercio Estero (ICT) (Ministry of Foreign Affairs)
Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen, kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen
Gründung: 2007

Kurzbeschreibung: Der Anticounterfeting Desk wurde von der italienischen Regierung ins Leben gerufen und bietet Unterstützung für italienische Firmen im Bereich Produkt- und Markenfälschung in Märkten mit hohem Schutzbedarf an (China, Indien, Taiwan, Südkorea, Türkei, Vietnam, Russland). Der Anticounterfeting Desk ist beim Istituto per il Commercio Estero angesiedelt. Er bietet kostenlose Unterstützung in folgenden Bereichen: Information für die Registrierung von IPRs in Märkten mit besonderem Schutzbedarf, Rechtsberatung für Unternehmen, Marktmonitoring, Unterstützung bei der Durchsetzung von IPRs, Öffentlichkeitsarbeit für Bewusstseinsbildung für IP Schutz, Organisation von Workshops, Unterstützung von Kammern, Industrieverbänden. In der von Technopolis durchgeführten Studie: „Effects of counterfeiting on EU SMEs and a review of various public and private IPR enforcement initiatives“ (2007) wird diese Initiative als sehr innovativ bezeichnet, da sie direkt auf Problemmärkte von Unternehmen fokussiert.

Website: <http://www.ice.gov.it/>; <http://www.sviluppoeconomico.gov.it/>

Japan: The International Intellectual Property Protection Forum (IIPPF)

Verantwortliche Institution: Jetro – Japan External Trade Organization (Sub-coordinator)
Japan Intellectual Property Association (JIPA) (Coordinator)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung, Bereitstellung von Informationen, Schulungen/ Workshops für Unternehmen, kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen

Gründung: 2002

Kurzbeschreibung: Ziel des Programms ist es japanische Firmen beim Schutz ihres Eigentumsrechts zu unterstützen. Das Programm enthält vier Projekte, wovon sich eines mit China-spezifischen Problemen beschäftigt, während die anderen Projekte sich auch auf andere Länder oder allgemeine Unterstützung beziehen. Jetro möchte japanische Unternehmen zur Anmeldung von Schutzrechten in China zu motivieren. Dabei arbeitet Jetro eng mit der Japan Intellectual Property Association zusammen. Jetro baute bisher fünf Business Consultation Centers in China auf. Zum Schutz der Eigentumsrechte japanischer Unternehmen in China arbeitet Jetro eng mit japanischen Firmen zusammen, um eine Forum für Austausch und Kooperation zu schaffen. Es werden Informationsveranstaltungen, Austauschplattformen und Schulungen für Unternehmer angeboten. Wenn IPs verletzt wurden, steht Jetro beratend bei der Durchsetzung zur Seite. Zudem steht Jetro aktiv im Austausch mit der chinesischen Regierung auf lokaler und nationaler Ebene, um die Interessen der Firmen durchzusetzen. Dabei wird auch die chinesische Regierung bei der Durchsetzung neuer Gesetze und Aufbau neuer Programme unterstützt. Zudem arbeitet Jetro mit Organisation in Peking, Shanghai und Guangzhou zusammen, die sich mit IP Fragen beschäftigen und bildet Allianzen mit anderen internationalen Organisationen.

Website: <http://www.jetro.go.jp/en/jetro/activities/overseas/>;
<http://www.jipa.or.jp/english/index.html>

Schweden: Insurance covering court costs for counterfeiting of IPR

Verantwortliche Institution: Swedish Inventors' Association (Svenska Uppfinnareföreningen SUF) and Lloyd's

Dienstleistungsangebot: Kundenspezifische Beratung und Dienstleistungen

Gründung: 2007

Kurzbeschreibung: Die Swedish Inventors' Association führte in Kooperation mit Lloyd's eine Versicherung für die Abdeckung von Verfahrenskosten bei der Durchsetzung von IPRs ein. Die Versicherungsprämie richtet sich sowohl nach dem monetären Wert des Produktes als auch nach der geographischen Reichweite des Schutzes (1.250 bis 105.000 Euro pro Jahr). Des Weiteren werden Veranstaltungen und Seminare organisiert.

Website: www.uppfinnare.se

Türkei: IPR Promotion Campaign (Fikri Mülkiyet Tanitim Kampanyasi)

Verantwortliche Institution: Turkish Patent Institute (TPE)

Dienstleistungsangebot: IP Bewusstseinsbildung

Gründung: 2002

Kurzbeschreibung: TPE hat seit 2002 stark auf „IPR Promotion Campaigns“ gesetzt. TPE bietet Seminare zum Thema IPR an und hat 24 Help Desks in verschiedenen Städten etabliert. Nach den ersten drei Jahren der massiven Bewerbung sind die Marken- und Patentregistrierungen um 60 % gestiegen.

Website: http://www.tpe.gov.tr/portal/default_en.jsp

4.2. ZIEL UND INHALT DES PROGRAMMS IPP

Generelles Ziel des Programms Innovationsschutz und Innovationsvermarktung (IPP) in Österreich ist die *„effiziente Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Schaffung, Durchsetzung, Verwertung und Überwachung ihrer geistigen Eigentumsrechte zur Stärkung und Festigung ihres Wachstums-, Innovations- und Internationalisierungspotentials.“*²¹ Damit soll vor allem ein Anreiz zur Verwertung neu geschaffener gewerblicher Schutzrechte geboten werden. Zielgruppe sind im Speziellen österreichische KMU, die ihr Know-how aufbauen und die Durchsetzung ihrer geistigen Eigentumsrechte in Schwellenländern und Wachstumsmärkten sicherstellen wollen. Die aws bietet dabei Unterstützung sowohl hinsichtlich Serviceleistung wie z.B. Informationsveranstaltungen und –materialien, sowie Beratung bei der Entwicklung von individuellen Patentstrategien als auch hinsichtlich monetärer Förderung in Form von Zuschüssen an. Die Einreichung ist laufend möglich und erfolgt direkt bei der aws. Im Konkreten stellen sich die **Leistungen seitens der aws im Rahmen des IPP** wie folgt in Form einer Reihe von Maßnahmen dar:

- Maßnahmen zur *Anmeldung bzw. Registrierung von Immaterialgüterrechten* (wie Patente und andere Schutzrechte) insbesondere in Schwellenländern und Wachstumsmärkten wie z.B. China, Indien und Russland;
- Maßnahmen zur *Vermarktung und Verwertung von Immaterialgüterrechten* weltweit;
- Maßnahmen zur *Identifikation von Immaterialgüterrechts-Verletzungen* insbesondere in Schwellenländern und Wachstumsmärkten;
- Maßnahmen zur *Durchsetzung bestehender Immaterialgüterrechte* insbesondere in Schwellenländern und Wachstumsmärkten; sowie
- Maßnahmen zur *Überwachung und Durchsetzung von Vereinbarungen* (z.B. Lizenzen) hinsichtlich Immaterialgüterrechte.

Die Laufzeit des derzeitigen Programms IPP ist vom 1. Juli 2008 bis 31. Dezember 2010 anberaumt; gefördert werden kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der jeweils aktuellen Bestimmungen des EU-Wettbewerbsrechts, welche über einen Sitz oder eine Betriebsstätte in Österreich verfügen. Gefördert werden grundsätzlich Projekte, welche dazu beitragen, geistige Eigentumsrechte national und international zu schützen, zu vermarkten und zu verteidigen. Die **Beurteilung der Förderwürdigkeit** seitens der aws erfolgt dabei anhand vier Kriterien:

²¹ Siehe hierzu Innovationsschutz und Innovationsvermarktung, Programmdokument gemäß Punkt 1.3 der Richtlinie „Jungunternehmer- und Innovationsförderung für KMU – Prämienförderung“ vom 19. Mai 2009.

- 1) Ex post-Analyse der Unternehmensentwicklung (Entwicklung der Investitions- und Forschungstätigkeit, Beschäftigtenzahl, Umsatz etc.);
- 2) Die wirtschaftliche Bedeutung von Schutzrechten für das Unternehmen;
- 3) Evaluierung der Patent- und Vermarktungsstrategie des Unternehmens, sowie
- 4) Evaluierung von Risiken und Chancen der Verfolgung einer Schutzrechtsverletzung.

Zu den **förderbaren Kosten** zählen:

- Kosten externer Berater und Behörden (z.B. Honorare für Patentanwälte, Prüfungsgebühren, amtliche gebühren, Recherchekosten etc.), die im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Einreichung und Durchführung der Anmeldung von Immaterialgüterrechten entstehen;
- Übersetzungskosten im Zusammenhang mit der Anmeldung bzw. Verteidigung von Immaterialgüterrechten;
- Kosten zur Aufrechterhaltung eines Immaterialgüterrechts;
- Kosten geeigneter externer Berater im Zusammenhang mit der Identifikation von Immaterialgüterrechts-Verletzungen vor allem in Schwellenländern und Wachstumsmärkten;
- Beratungskosten im Zusammenhang mit Rechtsverfolgungsmaßnahmen zur Durchsetzung bestehender Immaterialgüterrechte, sowie
- Kosten der seitens der aws durchgeführten operativen Unterstützung (Vermarktung und Durchsetzung betreffend).

Die Unterstützung bzw. Förderung seitens der aws erfolgt dabei einerseits mittels monetären Zuschusses und/ oder andererseits mittels operativer Unterstützung/ Serviceleistungen. Den **monetären Zuschuss** betreffend besteht die Förderung in der Gewährung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in der Höhe von bis zu 50 % der genannten förderbaren Kosten; die maximale Höhe des Zuschusses beträgt dabei 250.000 Euro. Die von der aws direkt erbrachten bzw. veranlassten Beratungsleistungen im Rahmen der operativen Unterstützung und Patentkosten werden im Gegensatz dazu zu 100 % gefördert; diese Förderung darf in einem Zeitraum von drei Jahren nicht mehr als 200.000 Euro pro Begünstigten überschreiten. Was die **direkte operative Unterstützung bzw. Serviceleistungen** betrifft, so differenziert die aws zwischen Vermarktungsmaßnahmen (Erstellung von Verwertungsunterlagen, Ermittlung von Marktdaten, Verhandlungen mit Lizenznehmern etc.) und Durchsetzungsmaßnahmen (Beratung bezüglich Patentierungsstrategien, Empfehlung von Rechtsberatern in den Schwellenländern, Monitoring, Koordinierung von Durchsetzungsverfahren, Lobbying etc.). Generell gilt, dass für operative Unterstützungsmaßnahmen ein erfolgsabhängiges Entgelt, typischerweise gekoppelt am zu erwartendem Erlös und den Aufwänden, vereinbart wird.

4.3. ASSESSMENT DES PROGRAMMS IPP

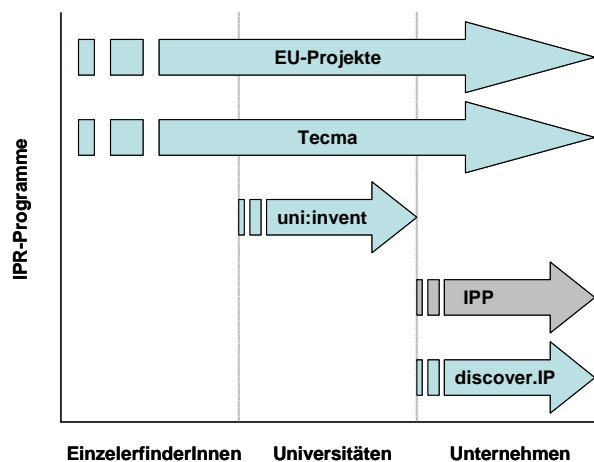
Das Innovationsschutzprogramm IPP wurde im Jahr 2006 etabliert, im darauf folgenden Jahr 2007 voll gestartet. Konzipiert für eine Laufzeit von sechs Jahren sollen infolge die bisherigen Aktivitäten dargestellt und auf Basis ausgewählter Leistungsindikatoren eine zwischenzeit-

liche Bewertung des Programms gemacht werden. Ergänzt durch eine Erhebung auf Nachfragerseite soll auf Verbesserungspotentiale sowie mögliche Weiterentwicklungen des Programms hingewiesen werden. Um jedoch auch auf die Expertise der aws als abwickelnde Institution im Bereich der Patentberatung und -verwertung etwas näher eingehen zu können, soll zunächst auf deren Programmportfolio im Rahmen des Patent- und Lizenzmanagements kurz eingegangen werden.

4.3.1 Positionierung des Programms IPP innerhalb des IPR-Programmportfolios der aws

Die aws hat in den vergangenen Jahren zum Thema Innovationsschutz und Vermarktung ein umfangreiches Programmportfolio aufgebaut, welches (wie Abbildung 11 demonstriert) mit ihren Leistungen unterschiedliche Zielgruppen – von EinzelerfinderInnen über Universitäten bis hin zu Unternehmen – anspricht. Die Leistungen umfassen dabei über alle Programme hinweg awarenessbildende Maßnahmen, sowie Management- und Beratungsaktivitäten, wie auch bei den Programmen tecma, uni:invent und IPP monetäre Instrumente, allesamt das Ziel verfolgend, die kommerzielle Umsetzung und wirtschaftliche Nutzung von Forschungsergebnissen zu fördern und somit die österreichische Wertschöpfung aus der Grundlagen- und angewandten Forschung und Entwicklung nachhaltig zu erhöhen.

Abbildung 11: IPR-Programmportfolio der aws



Quelle: eigene Darstellung

Im Programmportfolio der Patentberatung und -verwertung ist tecma das älteste und auch umfassendste Programm; vom BMWFJ gefördert seit dem Jahr 1997 begleitet und unterstützt es ForscherInnen, ErfinderInnen und Unternehmen bei der Vermarktung wirtschaftlich aussichtsreicher Erfindungen, wobei die aws eine exklusive Lizenzvermittlung mit oder ohne Finanzierung zur Verfügung stellt. Auf die österreichischen Universitäten fokussiert sich hingegen das Programm uni:invent; gestartet im Jahr 2004 und gefördert von zwei Ministerien, dem BMWF und dem BMWFJ, hat es zum Ziel, die österreichischen Universitäten bei der

Verwertung von Erfindungen zu unterstützen; nehmen heute bereits 17 Universitäten an diesem Programm teil, so wurde dieses nach der ersten Programmphase (von 2004 bis 2006) inhaltlich weiterentwickelt und der „PRIZE“-Wettbewerb initiiert. Im Rahmen von PRIZE werden herausragende neue und patentfähige Konzepte ausgewählt, um diese bei der Erarbeitung von Prototypen (proof of concept) zu unterstützen.

Speziell für österreichische Unternehmen (vornehmlich für KMU) werden das Innovationschutzprogramm IPP und die 2008 gemeinsam mit dem Österreichischen Patentamt neu gestartete Initiative „discover.IP“ angeboten. Geht es bei IPP vor allem um die Durchsetzung geistigen Eigentums in Wachstums- und Schwellenländern, so hilft discover.IP technologieorientierten Unternehmen ihr geistiges Eigentum effizienter umzusetzen. Dazu werden beim Unternehmen die Chancen und Risiken der verschiedenen Schutzrechtsformen analysiert und individuelle Optionen aufgezeigt. Im Gegensatz zu tecma und IPP führt das im Portfolio neu etablierte Programm discover.IP weder Marktstudien noch eine Überprüfung der Patentierbarkeit durch; auch bietet es keine Finanzierung von Patentanmeldungen an.²²

Ist der Know-how und Kompetenzaufbau im Bereich IPR auf nationaler Ebene nun offensichtlich Schritt für Schritt seitens der aws vorangegangen, so ist die aws seit einigen Jahren auch bestrebt, an IPR-relevanten EU-Projekten erfolgreich teilzunehmen. Ziel ist es, durch den Austausch auf europäischer und internationaler Ebene weitere Expertise und auch Kontakte hinzuzugewinnen. Angesichts dessen sind in diesem Zusammenhang die Projekte „The Transatlantic IPR Collaboration“ (finanziert von der Europäischen Kommission, DG Relex) und „Enforcement“ (koordiniert durch DG Enterprise) zu nennen. Darüber hinaus hat die aws im Jahr 2009 Gespräche aufgenommen, um in Zukunft beim Aufbau eines Crossborder Patentfonds in Südosteuropa unterstützend tätig zu sein bzw. eine koordinierende Rolle zu übernehmen.²³ Allesamt lässt sich konstatieren, dass die aws im Bereich IPR ein durchaus breites, über alle Zielgruppen hinweg abgestimmtes und konsistentes Programmportfolio zur Verfügung stellt und der Kompetenzaufbau im Bereich Innovationsschutz und Vermarktung mittlerweile sicherlich von beachtlichem Umfang ist.

4.3.2 Erfolgsnachweis anhand ausgewählter Leistungsindikatoren

Nach einer nunmehr dreijährigen Laufzeit soll ein zwischenzeitlicher Erfolgsnachweis des Innovationsschutzprogramms IPP anhand ausgewählter Leistungs- und Wirkungsindikatoren vorgenommen werden. Im Speziellen sollen die Aktivitäten im Bereich Awareness- und Bewusstseinsbildung sowie die Anzahl der Projektanträge und geförderten Projekte, sowie deren Art und Umfang dargestellt werden. Eine nähere Betrachtung der Fördernehmer soll im Rahmen dessen ebenfalls gegeben sein. Das Aufzeigen ausgewählter Indikatoren zur Wirkungssteuerung soll schließlich dazu beitragen, über den zwischenzeitlichen Programmerfolg Aussagen treffen zu können.

²² Siehe hierzu aws (2008) sowie Pawlek (2009).

²³ Siehe aws (2010a), S. 3.

Awareness- und Bewusstseinsbildende Maßnahmen

Um die Bewusstseinsbildung bei den österreichischen Unternehmen für den Schutz geistiger Eigentumsrechte in Schwellenländern und Wachstumsmärkten zu forcieren, wurden im Zeitraum 2006 bis 2009 insgesamt 64 Informationsveranstaltungen mit über 3.100 TeilnehmerInnen seitens der aws organisiert und abgehalten (siehe Tabelle 11). Im Zuge dessen wurden auch neun Tagungsbände über Patentschutz in China, Indien und Russland erstellt und u.a. auf der aws-Homepage publiziert. Demgegenüber stehen vier Publikationen in Druckform, wie z.B. die Bücher „Made in China – Marken und Produktpiraterie“ (2007) und „Patentschutz in wichtigen Exportmärkten“ (2008), sowie die Broschüre „Intellectual Property Rights in China“ (2008). Zudem führte die aws bislang 27 Aussendungen zum Leistungsangebot des Innovationsschutzprogramms IPP in den jeweiligen Ländern und zum Thema Patentschutz im Allgemeinen an über 3.600 Unternehmen durch, wie auch 55 themenrelevante Pressemeldungen in Österreichs Medien.

Tabelle 11: Awareness- und Bewusstseinsbildung

	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Veranstaltungen	11	27	17	9	64
TeilnehmerInnen daran	715	1272	507	617	3111
Aussendungen	9	11	4	3	27
Damit erreichte Aussendungsadressaten	1438	1214	496	457	3605
Pressemeldungen	22	11	17	5	55
Publikationen	0	1	2	1	4

Quelle: aws (2010b)

Um seitens der aws weitreichende und kompetente Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten zu können, ist es unabdingbar, ein breites Netzwerk an lokalen Partnerorganisationen und Kontaktpersonen/-institutionen aufzubauen. Reisen der aws-MitarbeiterInnen führten daher in den vergangenen Jahren nach China, Indien und Russland, um Kontakte insbesondere mit Patentämtern, österreichischen Handelsdelegierten und auf Innovationsschutz spezialisierte Rechtsanwaltskanzleien zu knüpfen. Heute zählt die aws (dargestellt in Tabelle 12) allen voran 22 Partnerorganisationen in Indien, sechs in China (wie z.B. Außenwirtschaft Österreich, European Union Chamber of Commerce in China, China Patent Agent) und zwei in Russland, sowie 124 Kontakte zu ausländischen Experten/ Institutionen wie Patentanwälten, Rechtsanwaltskanzleien, Investigatoren, Patentämtern, Höchstgerichten und IPR-Organisationen, Tendenz in den Jahren 2006 bis 2009 stark steigend. Als überaus erfolgreich ist dabei die Kooperation mit der Außenwirtschaft Österreich (AWO) zu bewerten; diese soll auch in Zukunft beibehalten werden. Ebenfalls wurde 2009 versucht, das Netzwerk in Österreich gerade mit IPR relevanten Förderstellen wie der AWO, der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und dem WIFI zu be- und verstärken; ein bis dato mit diesen stakeholdern erstmalig stattgefundenen Workshop soll daher auch in Zukunft wiederholt werden.

Tabelle 12: Netzwerkaufbau und -ausbau

	2006 - 2007	2008	2009
Zahl der Partnerorganisationen in China	5	5	6

Zahl der Partnerorganisationen in Indien	22	22	22
Zahl der Partnerorganisationen in Russland	2	2	2
Kontakte mit Experten, Institutionen	61	80	124

Quelle: aws (2010a)

In Österreich selbst wird das Innovationsschutzprogramm IPP von drei aws-MitarbeiterInnen betreut, wobei diese nicht nur in fachlicher Hinsicht, sondern auch wichtige Voraussetzungen (wie etwa sprachlich interkulturell gebildet zu sein) erfüllen. Zusätzlich stehen der Betreuung des Programms noch 13 weitere Patentexperten, tätig im IPR-Programmportfolio der aws, zur Verfügung. Um jedoch den Netzwerkaufbau bzw. die Betreuung der Kunden auch vor Ort, in diesem Fall in China, vorantreiben zu können, hat die aws von 2007 bis 2009 ein Büro in Shanghai mit einer Halbtagskraft betrieben. Dieses Büro war vor allem bei Programmstart durchaus von Nutzen, ist jedoch aufgrund budgetärer Einschränkungen Anfang 2010 wieder geschlossen worden.

Förderanträge und geförderte Projekte

Insgesamt verzeichnet die aws in der Förderperiode 2006 bis 2009 für das Innovationsschutzprogramm IPP (dargestellt in Tabelle 13) 145 eingegangene Förderanträge, wobei die Anzahl der Anträge von 12 im Jahr 2006 auf 45 im Jahr 2009 gestiegen ist. Davon wurde etwa die Hälfte der Projekte (insgesamt 68 von 2006 bis 2009) gefördert; bemerkenswert ist, dass im Jahr 2009 die Förderquote um etliches geringer ist als in den vorangegangenen Jahren; im Jahr 2009 betrug die Förderquote lediglich 24%.

Von insgesamt 68 geförderten Projekten entfällt die Mehrheit (etwa 84 %) auf monetäre Förderleistungen, in diesem Fall auf Zuschüsse; im Vergleich dazu verhalten sich die Fallzahlen in den Durchsetzungsverfahren mit insgesamt sechs geförderten Projekten von 2006 bis 2009 gering; ähnlich stellt sich die Anzahl der insgesamt geförderten Projekte, welche sowohl monetäre Förderleistungen als auch Durchsetzungsverfahren enthalten, dar: In der gesamten Förderperiode sind hierzu fünf Projekte zu verzeichnen. Was die Durchsetzungsverfahren anbelangt, so sind diese zumeist noch im Laufen; dennoch konnte die aws auch bereits Erfolge wie z.B. die Rückgewinnung von Domains, erfolgreiche Beschlagnahmungen auf Messen oder die Veränderung von Produktdarbietungen (in Form von Werbeauftritten, Verpackungen etc.) erzielen. Patentverletzungsverfahren vor dem Höheren Volksgericht in Guangzhou oder ein Oppositionsverfahren gegen eine verletzende Markenmeldung beim Chinesischen Markenamt können ebenfalls beispielhaft für Rechtsdurchsetzungsaktivitäten genannt werden.

Beratungsleistungen seitens der aws-Experten ergänzen die monetären Förderleistungen im Innovationsschutzprogramm IPP; beginnend mit sechs Beratungen im Jahr 2006 haben sich diese im darauf folgenden Jahr verfünffacht und schließlich auf etwa 15 Beratungen pro Jahr (2009) eingependelt; über die Förderperiode hinweg kann die aws somit 67 Beratungen verzeichnen.

Tabelle 13: Förderanträge und geförderte Projekte

Projekte	2006	2007	2008	2009*	2006 - 2009
Eingegangene Förderan-	12	40	48	45	145

träge**					
Geförderte Projekte (gesamt)	7	21	29	11	68
Davon Zuschuss	7	16	23	11	57
Davon Durchsetzungsverfahren	0	3	3	0	6
Davon sowohl Zuschuss als auch Durchsetzungsverfahren	0	2	3	0	5
Beratungen	6	30	16	15	67
Betreute Großkunden	0	3	4	0	7
Davon (auch) Durchsetzungsverfahren	0	0	2	0	2
Patentförderungen	18	52	125	58	253

* Die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren geringe Anzahl an geförderten Projekten im Jahr 2009 erklärt sich in den noch nicht abgeschlossenen Förderprojekten zum Zeitpunkt der Berichterstellung.

** Die Anzahl der eingegangenen Förderanträge gibt die Anzahl der um Förderung ansuchenden Unternehmen wieder, unabhängig davon wie viele Leistungen der Projektantrag enthält.

Quelle: aws (2010b)

Sind die IPP Förderleistungen vor allem für österreichische Klein- und Mittelunternehmen eingerichtet, so können durchaus auch Großunternehmen die Expertise und Serviceleistungen der aws hinsichtlich Schutzrechtsanmeldungen und Rechtsdurchsetzung zu marktkonformen Bedingungen²⁴ in Anspruch nehmen. So zeigt sich, dass in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt sieben Großkunden Betreuung gefunden haben (typischerweise geht es dabei um die Entwicklung einer effizienten Patentstrategie bzw. Weitervermittlung von Netzwerkpartnern), wovon zwei Projekte Durchsetzungsverfahren umfassen.

Die Anzahl der Patentförderungen ist beginnend mit 18 im Jahr 2006 auf zwischenzeitlich 125 im Jahr 2008 gestiegen; über die gesamte Förderperiode hinweg betrug die Anzahl der Patentförderungen 253.

Tabelle 14: Geförderte Schutzrechte

Geförderte Schutzrechte	2006	2007	2008	2009	2006 - 2009
In China	13	36	32	18	99
In Indien	13	13	22	10	58
In Russland	1	10	23	15	49
In sonstigen Nicht-OECD-Staaten	0	16	50	20	86
Gesamt	27	75	127	63	292

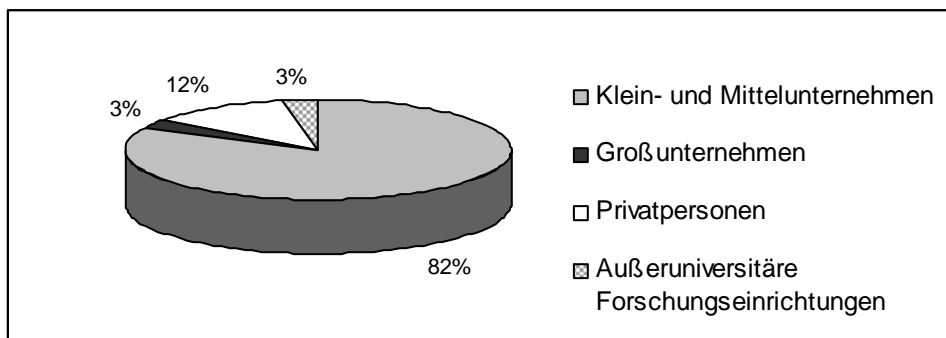
Quelle: aws (2010b)

Tabelle 14 stellt die geförderten Schutzrechte nach Ländern im Rahmen des Innovationschutzprogramms IPP von 2006 bis 2009 dar; insgesamt wurden 292 Schutzrechte gefördert, wobei die Mehrzahl, ein Drittel, auf China, gefolgt von den Nicht-OECD Staaten, entfällt. Einen absoluten Spitzenwert erreichte das Jahr 2008, wo immerhin 32 Schutzrechte in China,

²⁴ Anmerkung: "zu marktkonformen Bedingungen" bedeutet in diesem Fall gegen vollem Kostenersatz.

23 in Russland und 22 in Indien, im Vergleich dazu aber 50 Schutzrechte in den Nicht-OECD-Staaten gefördert wurden. Die Bedeutung von Schutzrechtsanmeldungen in Nicht-OECD-Staaten scheint somit für österreichische Unternehmen in den letzten Jahren nicht nur an Bedeutung gewonnen zu haben, sondern durchaus prioritär zu sein.

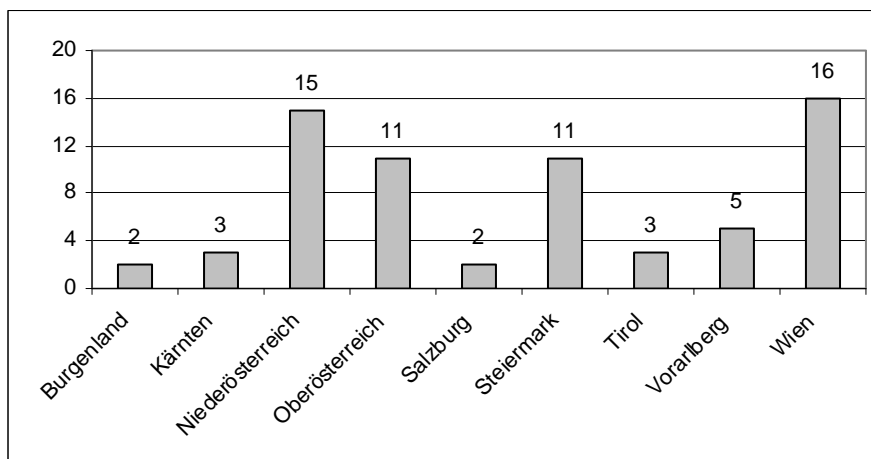
Abbildung 12: Geförderte Teilnehmer nach Unternehmensgröße, 2006 - 2009



Quelle: aws (2010b)

Abbildung 12 zufolge stellen 82 % (56 von insgesamt 68) der Fördernehmer Klein- und Mittelunternehmen dar, gefolgt von 12 % der Gruppe Privatpersonen vornehmlich aus den Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik, Medizintechnik sowie Chemie Verfahrenstechnik. Die Mehrzahl kommt dabei aus den Bundesländern Wien und Niederösterreich, gefolgt von Oberösterreich und der Steiermark (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Geförderte Teilnehmer nach Bundesländer, 2006 - 2009



Quelle: aws (2010b)

Im Rahmen des Innovationsschutzprogramms IPP wurde im Zeitraum 2006 bis 2009 – wie Tabelle 15 darstellt - ein Fördervolumen von insgesamt 662.840 Euro zugesagt; davon wurde bislang ein Drittel, im Konkreten 223.585,91 Euro, ausbezahlt. Der gegenüber dem zugesagten Fördervolumen offensichtlich geringe Auszahlungswert ist auf die bis dato noch nicht

abgeschlossenen Förderprojekte und daher auf die noch nicht eingereichten förderbaren Kosten zurückzuführen.

Tabelle 15: Zugesagte und ausbezahlte Förderungen (in Euro), 2006 - 2009

	2006	2007	2008	2009	2006 - 2009
Zugesagte Förderungen	67.500,00	254.000,00	275.600,00	65.740,00	662.840,00
Ausbezahlte Förderungen	35.721,71	70.749,62	109.374,58	7.740,00	223.585,91

Quelle: aws (2010a)

Indikatoren zur Wirkungssteuerung

Im Programmdokument gemäß Punkt 1.3 der Richtlinie „Jungunternehmer- und Innovationsförderung für KMU – Prämienförderung“ vom 19. Mai 2009 wurden drei Indikatoren zur Wirkungssteuerung (sog. Impact-Indikatoren) des Innovationsschutzprogramms IPP festgelegt:

- IP-Bewusstsein österreichischer Unternehmen,
- Anzahl wirtschaftlich genutzter Patente als direkte Folge des Programms und
- Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums in den Zielländern, sowie die erfolgreiche Umsetzung bzw. Verteidigung bestehender Patentrechte.

Konzipiert für eine Laufzeit von sechs Jahren, etabliert seitens der aws im Jahr 2006, voll gestartet jedoch erst im darauf folgenden Jahr lassen sich nun nach der ersten Förderperiode nur begrenzt Aussagen über den Impact des Innovationsschutzprogramms darstellen. Als Gründe hierfür sind vor allem zu nennen: 1) Jegliche Maßnahme zwecks Awareness bzw. Bewusstseinsbildung (speziell im Bereich solch heikler Themen wie IPR) korreliert mit dem Zeitfaktor; 2) geht es um Durchsetzungsverfahren, so spielt auch hier der Zeitfaktor eine wesentliche Rolle; Status quo ist, dass zwar bereits erste Erfolge gegen Verletzungen bestehender Rechte erzielt werden konnten, andere Streitverfahren jedoch erst aufgegriffen bzw. stets im Laufen sind, und schließlich 3) die Patentanmeldung *per se* sich als langwieriger und zeitintensiver Prozess gestaltet.

Dennoch Tabelle 16 soll einen ersten Einblick in die Wirkungsweise des Innovationsschutzprogramms IPP geben. Dargestellt am Beispiel China zeigt sich, dass sowohl die Anzahl der Patentanmeldungen als auch die Anzahl der erteilten Patente im Zeitraum 2006 bis 2009 gestiegen sind. Stellt der Anstieg an erteilten Projekten (von 141 im Jahr 2006 auf 251 im Jahr 2009) *implizit* eine direkte Folge des Innovationsschutzprogramms IPP dar, so spiegelt der Anstieg der Patentanmeldungen in China das erhöhte IP-Bewusstsein österreichischer Unternehmen wieder. Letzteren Impactfaktor betreffend ist zu bedenken, dass vor allem die Breite und Vielzahl der Awareness-Maßnahmen seitens der aws ihren Impact hierzu geliefert haben. So haben in der ersten Förderperiode 64 Veranstaltungen zu IPR relevanten Themen mit insgesamt 3.111 TeilnehmerInnen stattgefunden und hat die aws 27 Aussendungen zum Innova-

tionsschutzprogramm selbst bzw. zu (rechtlichen) Rahmenbedingungen in den jeweiligen Schwellenländern an 3.605 Unternehmen in Österreich durchgeführt.

Tabelle 16: Indikatoren zur Wirkungssteuerung am Beispiel China

Anzahl	2006	2007	2008	2009*	2006 - 2009
Patentanmeldungen in China	309	422	447	371	1.549
Erteilte Patente in China	141	179	216	251	787

* Zahlen aus 2009 wurden per November 2009 erhoben; Quelle ist das chinesische Patentamt SIPO (State Intellectual Property Office of the P.R.C.).²⁵

Quelle: aws (2010b)

Ingesamt kann somit festgehalten werden, dass das Innovationsschutzprogramm in der ersten Förderperiode durchaus dazu beigetragen hat, das IP-Bewusstsein österreichischer Unternehmen zu erhöhen und den Schutz geistigen Eigentums in Zielländern wie etwa China zu verbessern. Um jedoch eine detailliertere Impactanalyse durchführen zu können, bedarf es zum einen eines längeren Beobachtungszeitraum und zum anderen einer Datenbereitstellung seitens der Fördernehmer. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass beides zum Zeitpunkt der Programm(end)evaluierung nach etwa sechs Jahren Laufzeit gegeben sein wird.

4.3.3 Erfolgsnachweis anhand von Erfahrungen seitens der Fördernehmer

Um nun auch die Erfahrungen mit dem Innovationsschutzprogramm IPP seitens der Fördernehmer erfassen zu können, wurden im März 2010 fünf Interviews telefonisch durchgeführt. Die Probanden waren österreichische Klein- und Mittelunternehmen sowie ein/e EinzelerfinderIn, welche bereits am Programm teilgenommen haben und deren Projekt entweder bereits abgeschlossen oder in Bearbeitung/ im Laufen ist. Von Interesse für das vorliegende Assessment waren vor allem vier strukturierte Schwerpunktfragen:

1. Wie sind die Fördernehmer auf das Innovationsschutzprogramm IPP aufmerksam geworden?
2. Welche Erfahrungen haben die Fördernehmer mit dem Programm, aber auch mit der abwickelnden Institution aws gemacht?
3. Wie ist das Projektergebnis aus Fördernehmersicht zu bewerten? Wäre das Projektergebnis auch ohne die Förderung des Innovationsschutzprogramms IPP möglich gewesen?
4. Gibt es aus Sicht der Fördernehmer das Innovationsschutzprogramm IPP betreffend Verbesserungspotentiale?

²⁵ Angesichts dessen dass die in Tabelle 16 dargestellten Zahlen von SIPO stammen, kann es zu unterschiedlich dargestellten Zahlen von Patentanmeldungen und angemeldeten Patenten in China im Vergleich zur OECD-Erfassung (dargestellt im Kapitel 4.1.1) kommen.

Die Ergebnisse der Befragung sollen infolge kurz dargestellt werden, wenn sie auch aufgrund der geringen Fallzahl nur einen Einblick in das Programmprozedere erlauben, sowie aufgrund der qualitativen Erhebung von anekdotischer Evidenz sind.

Bemerkenswert ist, dass die meisten Fördernehmer bereits vor Projektbeginn bzw. Antragsstellung mit der aws (engen) Kontakt hatten; d.h. dass sie im Rahmen eines anderen Förderprogramms bereits Unterstützung erhalten hatten. In diesen Fällen hatte die aws die aktive bzw. akquirierende Rolle übernommen, die potentiellen Fördernehmer für das Innovationschutzprogramm IPP anzuwerben, sei es mittels Zusendung von Informationsmaterialien über das Programm selbst oder sei es mittels Einladung zu einer IPR-relevanten Informationsveranstaltung. Ein Fall berichtete, dass das Unternehmen stets Probleme mit Kopien in China hatte und sich zwecks Hilfestellung an die Außenhandelsstelle in Shanghai wandte. Deren Empfehlung war es, die aws in Österreich zu kontaktieren und mittels deren Unterstützung eine Strategie zwecks Innovationsschutzes in China zu entwickeln; in diesem Fall ist somit die Kompetenz und Expertise seitens der aws im Bereich IPR durchaus auch in den Schwellenländern vor Ort bekannt.

Die Bewusstseinsbildenden Maßnahmen wie die Informationsveranstaltungen der aws werden von den Fördernehmern als höchst interessant und sehr gut organisiert bewertet. Überhaupt wird die aws als abwickelnde Institution des Innovationsschutzprogramms IPP als sehr kompetent und unkompliziert wahrgenommen; so hält sich zum einen der administrative Aufwand in Grenzen, zum anderen wird die Betreuung seitens der aws-Experten als problemlos, rasch, freundlich und angenehm wahrgenommen. Was die fachliche Kompetenz der aws-Experten anbelangt, so wird diese als hoch und umfassend eingeschätzt; für den Fall dass die aws für das eine oder andere anzumeldende Schutzrecht nicht genügend Kompetenz zur Verfügung hatte, so wurden die Fördernehmer zu kompetenten Kontaktpersonen bzw. -institutionen wie z.B. zu Patentanwälten in China weitergeleitet; die aws wird somit durchaus auch als „Brückenbauer“ zu wichtigen stakeholdern im In- und Ausland angesehen.

Insgesamt wird nicht nur die Abwicklung und Betreuung des Programms seitens der aws als sehr gut, sondern auch das Innovationsschutzprogramm IPP selbst als durchaus sinnvoll bewertet. Die Fördernehmer betonen, dass gerade für Klein- und Mittelunternehmen (geschweige denn für EinzelerfinderInnen) die Anmeldung von Schutzrechten in China oder Japan ohne die Förderung der aws nicht leistbar gewesen wäre; sie weisen darauf hin, dass es hierzu nicht nur der Expertise der Rechtslage und Rahmenbedingungen und somit eines Netzwerkes von Kontakten vor Ort bedarf, sondern dass es bereits die Vorarbeiten (wie z.B. die Übersetzung in die jeweilige Landessprache) sind, welche eine Schutzrechtsanmeldung in Nicht-OECD Ländern oder Schwellenländern extrem kostspielig machen.

Angesichts dessen zeigen sich alle Fördernehmer motiviert, ihre unternehmensinterne Strategie zwecks Innovationsschutzes auszubauen und in Zukunft Patente in weiteren Ländern anzumelden. In diesem Sinne ist aus Fördernehmersicht auch eine höhere Dotierung des Förderolumens durchaus wünschenswert.

5 Schlussfolgerungen

Die Motivation, ein solches Innovationsschutzprogramm wie IPP in Österreich zu etablieren, war im Jahr 2006 durchaus begründet: Erstens haben Schwellenländer wie z.B. China, Indien oder Russland in den vergangenen Jahren nicht zuletzt angesichts der voranschreitenden Internationalisierung als Absatzmarkt für österreichische Unternehmen, speziell auch für Klein- und Mittelunternehmen, zunehmend an Bedeutung gewonnen; eine unternehmensindividuelle Strategie zwecks Innovationsschutzes in diesen Ländern zu entwickeln, ist daher nicht nur für das jeweilige Unternehmen selbst, sondern durchaus auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von Vorteil und somit erstrebenswert; zweitens hat sich im europäischen Kontext eine Vielzahl von vergleichbaren Aktivitäten entwickelt; sowohl seitens der Europäischen Kommission als auch auf Länderebene werden heute, zumeist politisch motiviert, Dienstleistungen zwecks Bewusstseinsbildung im Bereich IPR angeboten; und drittens ist Österreichs Förderlandschaft zwar hochdifferenziert und allumfassend, jedoch hat sich gerade im Bereich Innovationsschutz und –vermarktung eine Lücke für das Programm IPP herauskristallisiert.

Bezugnehmend auf das breite Angebot an öffentlichen Informations- und Beratungsleistungen zum Thema Patentwesen und Schutz von geistigen Eigentumsrechten in Österreich zeigt sich, dass die bestehenden Maßnahmen sich vor allem in der Art der zu erbringenden Serviceleistungen bzw. der mit den jeweiligen Maßnahmen angesprochenen Ebenen unterscheiden. In Summe setzen die Maßnahmen somit an den unterschiedlichen Stufen der Bedürfnisse von Unternehmen in Bezug auf spezifisches Wissen über Patentwesen im Allgemeinen bzw. Patentverwertung und –vermarktung im Besonderen an. Dazu sei wie folgt festzustellen:

- Maßnahmen wie innovative-unternehmen.at setzen auf der **Awareness-Ebene** an und sollen somit die Bereitschaft der Unternehmen, ihre Erfindungen patentrechtlich schützen zu lassen, erhöhen. Gleichzeitig zielen sie auf ein Schließen der spezifischen Informationslücke ab, die vor allem kleinere Unternehmen in Bezug auf das Patentwesen aufweisen. Ihre Bedeutung liegt nicht zuletzt darin, die Unternehmen in punkto des notwendigen Schutzes ihrer geistigen Eigentumsrechte zu sensibilisieren.
- **Recherchetätigkeiten** in Datenbanken (serv.IP) setzen an der Informationsfunktion von Patenten (Patente als „Wissensspeicher“) an und stellen eine wichtige Dienstleistung wiederum vor allem für kleinere Unternehmen dar, insofern sie das in Patenten weltweit gespeicherte Wissen zielgerecht für Unternehmen aufbereiten und so einerseits Unternehmen in ihrer Erfindungstätigkeit beraten und andererseits den Patentanmeldungsprozess von Unternehmen effizienter gestalten helfen (z.B. durch Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und somit von allfälligen Fehlinvestitionen). Gerade kleine und mittlere Unternehmen verfügen vielfach nicht über die entsprechenden materiellen und immateriellen Ressourcen, derartige Recherchetätigkeiten eigenständig durchzuführen. Solche Programme sprechen somit eine deutliche Informationsasymmetrie an.
- Speziell zugeschnittenen Bedarfserhebungen und **individuelle Beratungen** bei Unternehmen werden durch discover.IP abgedeckt. Entsprechende ExpertInnen des Pa-

tentamts erarbeiten dabei gemeinsam mit ExpertInnen der aws für interessierte Unternehmen spezifische Patentverwertungsstrategien für ihre Erfindungstätigkeit.

- Ein entsprechender Teil der **Kosten**, die für den Patentanmeldungsprozess bzw. für die Durchsetzung der Schutzrechte anfallen, werden heute nur vom Programm IPP abgedeckt, wobei mittels monetären Zuschusses Beratungs-, Übersetzungskosten, Kosten zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung des Immaterialgüterrechts etc. in Zielländern wie China, Indien oder Russland unterstützt werden.

Festzuhalten ist, dass das Angebot an Patentberatung gerade auch in den einzelnen Bundesländern sehr breit und umfassend ist; so können jene Beratungsleistungen, die bei den Programmen serv.IP und discover.IP angeboten werden, als direkte Vorleistungen für IPP angesehen werden (während die Awareness-Maßnahmen indirekte Vorleistungen darstellen, indem sie die allgemeine Kenntnis über die Funktionsweise des Patentwesens und die Vorteile des Patentschutzes kommunizieren). Nimmt ein Unternehmen Recherchetätigkeiten im Rahmen der Maßnahme serv.IP wahr, so können die Bedürfnisse dieses Unternehmen im Zuge einer Beratung bei discover.IP weiter konkretisiert werden. In einer darauffolgenden individuellen Beratung durch discover.IP werden Vorschläge für eine spezielle auf das Unternehmen zugeschnittene Patent- und Vermarktungsstrategie entwickelt. Neben den Patentberatungen im klassischen Sinne wie Informationsveranstaltungen sowie Potential- und Marktanalysen wird die direkte Unterstützung bei Patentierungs- sowie Lizenzierungsaktivitäten jedoch nur vom Innovationsschutzprogramm (IPP) angeboten.

Das Innovationsschutzprogramm IPP bietet somit eine vergleichsweise große Spannbreite von Dienstleistungen an, beginnend mit (1) IP Bewusstseinsbildung und (2) Bereitstellung von Informationen zu IPR, über (3) Schulungen, Workshops zu (4) kundenspezifischer Beratung und (5) finanzieller Unterstützung bei der Patentregistrierung in schutzbedürftigen Märkten. Im Vergleich dazu beschränken sich die meisten Programme auch auf EU-Ebene auf (1) IP Bewusstseinsbildung, (2) Bereitstellung von Informationen zu IPR und (3) Schulungen sowie Workshops. Bemerkenswert ist, dass die Programme auf EU-Ebene zumeist eine größere Zielgruppe (z.B. Forscher, Politiker) ansprechen, sowie zu einer stärkeren Zusammenarbeit aller beteiligter Akteure aufrufen; selten hingegen gibt es eine Spezialisierung auf besonders schutzbedürftige Märkte.

Zusammen mit der Option eines monetären Zuschusses und der Spezialisierung auf Schwellenländer/ -märkte wie China, Indien oder Russland verfügt das Innovationsschutzprogramm IPP somit – sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene - über ein Alleinstellungsmerkmal bzw. eine sog. *unique selling proposition*. Hat die aws im Bereich Innovationsschutz und –vermarktung zielgruppenübergreifend, über die letzten Jahre hinweg nicht nur ein breites Netzwerk an Kontakten zu in- und ausländischen Experten und Institutionen aufgebaut, so ist auch die Expertise der aws-MitarbeiterInnen selbst im Bereich Innovationsschutz und –vermarktung als durchaus hoch zu bewerten. Dies wird sowohl von den Fördernehmern als auch von anderen nationalen stakeholdern wie der WKO angekannt; die WKO hat nicht zuletzt angesichts der weitreichenden Expertise und des gut ausgebauten Netzwerkes der aws mittels einer Richtlinienänderung des Programms „go international“ per 1. April 2009 darüber verfügt, dass der Bereich Innovationsschutz und –vermarktung der aws übertragen wurde; d.h. dass die WKO zwar (auch in Zukunft) durchaus eine Kooperation im Rahmen von Informati-

onsveranstaltungen und Bereitstellung von Informationsmaterialien zu IPR-relevanten Themen mit der aws anstrebt, die Beratung und Förderung im Bereich IPR aber explizites Themenfeld und Aufgabe der aws bleibt.

Der Programmserfolg des IPP ist somit nicht nur angesichts der Anerkennung seitens nationaler stakeholder gegeben, sondern spiegelt sich auch in den Indikatoren des Programms wieder: So sind in der Förderperiode 2006 bis 2009 insgesamt 145 Förderanträge bei der aws eingegangen, wovon 68 Projekte gefördert wurden; ein Großteil der Fördernehmer wurde dabei mittels Zuschusses unterstützt. Zusätzlich haben 64 Veranstaltungen mit über 3.100 TeilnehmerInnen sowie 67 individuelle (Unternehmens-)Beratungen zum Thema IPR stattgefunden. Das Innovationsschutzprogramm hat somit offensichtlich nicht nur zu einer Erhöhung des IP Bewusstseins österreichischer Unternehmen, sondern auch zu einer Erhöhung der Anzahl wirtschaftlich genutzter Patente beigetragen. So zeigt sich, dass im Rahmen des Innovationsschutzprogramms IPP von 2006 bis 2009 insgesamt 253 Patente gefördert wurden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Bedeutung von Schutzrechtsanmeldungen in China für österreichische Unternehmen zwar nach wie vor hoch ist, die Nicht-OECD-Staaten jedoch zunehmend an Interesse gewinnen. Angesichts dessen gilt es auch für die zukünftige Ausrichtung des Innovationsschutzprogramms IPP zu überlegen, inwieweit weitere Fördermittel zwecks Finanzierung des Netzwerk- und Kompetenzausbaus seitens der öffentlichen Hand bereitgestellt werden können.

6 Literaturverzeichnis

- AWS (2006): Innovationsschutzprogramm: Konzept zur Unterstützung der Absicherung geistiger Eigentumsrechte österreichischer Unternehmen in Schwellenländern, Wien.
- AWS (2008): Leistungsbericht der austria wirtschaftsservice 2008, Wien.
- AWS (2009): Innovationsschutz und Innovationsvermarktung, Programmdokument gemäß Punkt 1.3. der Richtlinie „Jungunternehmer- und Innovationsförderung für KMU – Prämienförderung“ vom 19. Mai 2009, Wien.
- AWS (2010a): Status & Entwicklung des Innovationsschutzprogramms IPP, vorläufiger Jahresbericht, Jänner 2010, Wien.
- AWS (2010b): Indikatoren zur Prüfung der Zielerreichung 2009, aws-internes Papier, Wien.
- AWS-tecma: Patentverwertung für Universitäten, Folder uni:invent.
- Blind, K., Edler, J., und Friedewald, M. (2005): Software Patents: Economic Impacts and Policy Implications. Cheltenham: Edward Elgar.
- BMVIT (2006): Sonderrichtlinien für die Förderung von Zentren zur Unterstützung akademischer Gründer und Gründerinnen. AplusB Acadmia Business Spin-off Gründerprogramm 2001-2006, AplusB Richtlinien, Stand September 2006.
- Bosworth, D.L. und Wilson, R.A. (1989): Infrastructure for technological change: intellectual property rights, in Andersson, A.E., Batten, D.F. und Karlsson C. (eds.): Knowledge and Industrial Organization, pp. 197-215. Berlin, Heidelberg, New York und Tokio: Springer.
- Brockhoff, K.K. (1993): Instruments for patent data analyses in business firms. Technovation, vol. 12, pp. 41-58.
- Egeln, J., Rammer, C., Fryges, H., Gottschalk, S. und Gassler, H. (2008): Performance von akademischen Spinoff-Gründungen in Österreich, in: Joachim Merz, Reinhard Schulte Joachim Wagner, Neue Ansätze der Mittelstandsforschung, Entrepreneurship, Professionalism, Small Business Economics, Bd. 4, Münster u.a., 93-116.
- Evenson, R.E. (1984): International invention; Implications for technology market analysis, in Griliches, Z. (ed.): R&D, Patents and Productivity, pp. 89-126. Chicago und London: The University of Chicago Press.
- Evenson, R.E. (1990): Intellectual property rights, R&D, inventions, technology purchase, and piracy in economic development; An international comparative study, in Evenson, R.E. und Ranis G. (eds.) (1990): Science and Technology. Lessons for Development Policy, pp. 325-355. Boulder und San Francisco: Westview Press.
- Gassler, H., Egeln, J., Almus, M. und Engel, D. (2001): Unternehmensneugründungen in Österreich: Empirische Befunde auf der Basis des ZEW-Gründungspanel-Österreich. In: Klandt, H., Nathusius, K., Mugler, J., Heil, H. (Hrsg.): Gründungsforschungs-Forum 2000. Dokumentation des 4. G-Forums, Wien, 5./6. Oktober, 2000, Band 26 d. Reihe FGF Entrepreneurship-Research Monographien, Lohmar-Köln, 15-29.
- Gräser, P.F. (1987): Erfindungs- und Lizenzrecht. Einführung in das österreichische Patentrecht. Wien: Orac.

- Heydebreck, P. und Petersen, K. (2008): Zwischenevaluierung – AplusB Academia Business Spin-off Gründerprogramm. Endbericht, inno GmbH, Karlsruhe.
- Horvath, G. und Janger, J. (2008): Zwischenbilanz der Internationalisierungsoffensive “Go International”, Update 2008, Wien.
- Konzeptpapier: Hintergrund, Zielsetzungen und Schwerpunkte von go international, <http://www.go-international.at/fileadmin/go/Programm/gointernationalHintergrundZielsetzungenSchwerpunkt.pdf>
- Moser, R. (2009): Evaluierungsstudie zu den Maßnahmen der Internationalisierungsoffensive 2004-2007, im Auftrag des BMWA; Institut für Betriebswirtschaftslehre des Außenhandels, Wirtschaftsuniversität Wien.
- OECD (1980): The Measurement of Scientific and Technical Activities - Frascati Manual, Paris.
- OECD (2002): Frascati Manual 2002: Proposed Standard Practice for Surveys on Research and Experimental Development, Paris.
- Oppenländer, K.H. (1984): Die wirtschaftspolitische Bedeutung des Patentwesens aus der Sicht der empirischen Wirtschaftsforschung, in: Oppenländer, K.H. (ed.): Patentwesen, technischer Fortschritt und Wettbewerb, pp. 67-82. Berlin und München: Duncker und Humblot.
- Radauer, A., Streicher, J. und Ohler, F. (2007): Benchmarking National and Regional Support Services for SMEs in the Field of Intellectual and Industrial Property. Final Benchmarking Report. Pro Inno Europe. Brüssel und Luxembourg.
- Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung (2003): Verwertung von F&E: Intellectual Property Rights – Patente, Ratsempfehlung vom 14.2.2003.
- Schartinger, D., Schibany, A., Gassler, H. (2001): Interactive Relations Between Universities and Firms: Empirical Evidence for Austria, In: Journal of Technology Transfer, Vol. 26/3, 255-268.
- Schibany, A. und Dachs, B. (2003): Patente – Ein Indikator für technologische Leistungsfähigkeit und Internationalisierung. tip-Studie. Wien-Seibersdorf.
- Schibany, A. und Streicher, G. (2006): 4. Zwischenbericht uni:invent, Bericht im Rahmen der begleitenden Programmevaluierung, Wien.
- Schibany, A., Streicher, G. und Nones, B. (2008): Geistige Eigentumsrechte an Hochschulen: Evaluierung des Programms uni:invent (2004-2006), im Auftrag des BMWF und BMWFJ, Wien.
- Schibany, A., Streicher, G. und Ecker, B. (2009): Zwischenevaluierung uni:invent II, im Auftrag des BMWF und BMWFJ, Wien.
- Scholz, L. und Schmalholz, H. (1984): Patentschutz und Innovation, in: Oppenländer, K.H. (ed.): Patentwesen, technischer Fortschritt und Wettbewerb, pp. 189-211. Berlin und München: Duncker und Humblot.